

# Rezensionen

*Rezensionsschwerpunkt*

| **Erster Weltkrieg**

ALEKSANDR VATLIN: *Sovetskoe écho v Bavarii. Istoričeskaja drama 1919 g. v šesti glavach, pjati kartinach i dvadcati dokumentach* [Das sowjetische Echo in Bayern. Das historische Drama des Jahres 1919 in sechs Kapiteln, fünf Bildern und zwanzig Dokumenten]. Moskva: Novyj chronograf, 2014. 464 S. ISBN: 978-5-94881-231-1.

Das Gedenkjahr 2014, das in den Medien wie auch in den Geschichtswissenschaften vor allem dem Beginn des Ersten Weltkriegs gewidmet war, hat andere Jahrestage, wie etwa die Ausrufung der Bayerischen Räterepublik vor 95 Jahren, in den Hintergrund treten lassen. In Russland etwa hat die unermüdliche Suche nach eindeutig heroischen Momenten des „vergessenen Krieges“ dazu geführt, dass umstrittene und mehrdeutige revolutionäre Ereignisse völlig in Vergessenheit gerieten. Das Buch von Alexander Vatlin bildet in diesem Zusammenhang eine glückliche Ausnahme: Seine Untersuchung ist eine wichtige Ergänzung zur aktuellen internationalen Diskussion über die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für die Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa in der Zwischenkriegszeit.

Die vorliegende Monographie stützt sich auf umfangreiches Quellenmaterial aus russischen und deutschen Archiven (darunter auch höchst interessante, gleichwohl schwer zu interpretierende Gerichtsakten), auf Presseberichte, Ego-Dokumente und Memoiren, wie auch auf die zahlreiche Sekundärliteratur zur Münchner Räterepublik, die vom Autor mit den jeweiligen politischen Trends in Beziehung gesetzt wird, die das kulturelle Gedächtnis prägen. Besonders anschauliche Dokumente sind in den einzelnen Kapiteln im Volltext veröffentlicht.

Dem Autor ist es zwar mit großer sprachlicher Klarheit gelungen, die Menge an Fakten, Personen und Vorgängen analytisch zu ordnen, doch verwirrt er den akademischen Leser in seiner Einleitung durch die Beschreibung sei-

nes methodologischen Instrumentariums, das er als „traditionelle, chronologisch geordnete Quellenanalyse“ bezeichnet, ergänzt um fünf mikrohistorisch untersuchte Fälle – Vatlin spricht von „fünf Bildern“. Auch hat er sich entschieden, in seiner Darstellung „das Geschehen bewusst zu dramatisieren, um die verborgenen Mechanismen der Entwicklung sichtbar werden zu lassen“. Am Ende der äußerst spannenden Lektüre wird dem Leser jedoch klar, dass es sich um eine Arbeit handelt, die in Form der interdisziplinär angelegten „Neuen Politikgeschichte“ geschrieben ist und damit Elemente von Gender- und Generationenproblemen, visueller Anthropologie, wie auch kommemorativer und (auto-)biographischer Analyse umfasst. Bei einigen Exkursen, zur generationentypischen Erfahrung von Kombattanten des Ersten Weltkriegs oder zur Rolle der Frau in europäischen Revolutionen, wäre eine Erweiterung und Vertiefung wünschenswert gewesen. Allerdings gelingt es dem Autor mit seinen „fünf Bildern“, die eher in literarischem als in einem für die Mikrohistorie üblichen Stil verfasst sind, dem Leser die individuelle wie auch die kollektive Tragödie besonders eindrücklich vor Augen zu führen.

Zu einem der Hauptthemen der Untersuchung ist die akteursbezogene Dimension der bayerischen Revolution geworden. Vatlin zeigt höchst anschaulich, wie im Frühjahr 1919, als sich der revolutionäre Furor in Deutschland bereits abschwächte, die Berufsrevolutionäre den Weg nach Bayern fanden, in der Hoffnung, in den Wirbel der Ereignisse zurückzukehren; manche beflügelt von Gerüchten über eine finanzielle Unterstützung aus Sowjetrußland. Es war dieses Bild von „Spartakisten mit Rucksack“, vor allem von Politemigranten aus dem ehemaligen Zarenreich, die überall bereit waren, revolutionäre Unruhe zu entfachen, das die führenden Vertreter der Bayerischen Räterepublik in den Augen der einheimischen Bevölkerung diskreditierte und von der konterrevolutionären Propaganda erfolgreich eingesetzt wurde. Der Autor zeichnet eine eindrucksvolle

und überzeugende Porträtgalerie der Kommune: von überzeugten Ideologen und arbeitslosen demobilisierten Soldaten des Ersten Weltkriegs über fanatische Anhängerinnen der Emanzipation und realitätsferne, in den Wolken schwebende Künstler aus Schwabing bis hin zu Hochstaplern und eiteln Karrieristen. Vor allem der Mangel an geeignetem Personal war ursächlich für das administrative Chaos und für unterschiedlichste planlose Maßnahmen wie etwa eigeninitiativ vorgenommene Requisitionen, die Ankündigung eines Generalstreiks, oder auch die Auseinandersetzungen mit den Banken. Die meisten Maßnahmen, vor allem auf dem Finanzsektor, waren auf eine langfristige Perspektive ausgerichtet, in der sich nicht nur die erklärten Feinde, sondern auch die potentiellen Verbündeten gegen die Räterepublik stellten. Zweifel an der Langlebigkeit des Räteexperiments bestimmten das Handeln der gesamtdeutschen KPD-Führung, die die süddeutschen Kommunarden förmlich im Stich ließ, die Beamten der lokalen Behörden ignorierten die Befehle der neuen Macht, und die bayerische Bauernschaft stand den Reformvorschlügen völlig teilnahmslos gegenüber.

Während der „rote“ Terror nach Einschätzung des Autors ohne größeres Blutvergießen ausging – der berüchtigten Hinrichtung im Luitpold-Gymnasium fielen zehn Menschen zum Opfer –, überstieg der „weiße“ Terror alle denkbaren Maßstäbe: Neben den Opfern militärischer Auseinandersetzung und hunderten außergerichtlicher Erschießungen standen über hunderttausend Menschen (ein Sechstel der damaligen Münchner Bevölkerung) wegen ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen Sympathien für die Roten vor Gericht. Dabei wurden Nichteinheimische bei gleichen Delikten strenger verurteilt als die Einwohner Bayerns. Was in der Geschichtsschreibung noch wenig erforscht ist, so der Autor, sind die in ganz Bayern bis hin zur österreichischen Grenze vorgenommenen Durchsuchungsmaßnahmen. Und selbst die führenden Akteure der Räterepublik, denen es gelungen war zu fliehen, gerieten später in die Mühlen des nationalsozialistischen und des stalinistischen Terrors.

Der Autor befasst sich in seiner Untersu-

chung nicht nur mit der Rolle der Freikorps, deren Brutalität weitgehend erklärbar ist, sondern auch mit der sozialdemokratischen Regierung in Berlin, die das Blutbad im Süden aus eigenem Interesse zuließ: Es ging ihr darum, die letzten kommunistischen Brandherde auszulöschen, Einfluss auf die Siegermächte zu nehmen hinsichtlich ihrer Vorstellung von Deutschland als europäischem Vorposten gegen den Bolschewismus und auch darum, dem Streben Bayerns nach Unabhängigkeit ein Ende zu setzen. Auch wenn der Autor die These von einem direkten Zusammenhang zwischen der blutigen Niederschlagung der roten Revolution und der Umwandlung Bayerns in ein Bollwerk der braunen Revolution als grobe Vereinfachung bezeichnet, so weisen doch viele seiner Schlussfolgerungen, wie etwa die personelle Kontinuität, in ebendiese Richtung.

Das „sowjetische Echo“ ist eine sehr gelungene, anschauliche Metapher als Antwort auf die Frage, inwieweit sich russisch-bolschewistische und bayerische Modelle bei der Umsetzung der revolutionären Experimente wechselseitig beeinflusst haben. Die auf sowjetischer wie auch auf bayerischer Seite vermittelte Darstellung des Anderen beruhte auf irreführenden Vorstellungen über den Verlauf der Ereignisse im jeweils anderen Teil Europas. Dies war teils auf den Abbruch der regulären Kommunikation zurückzuführen, teils aber auch von Wunschdenken getragen. Weder die von der weißen Propaganda verbreiteten Gerüchte über eine großzügige Finanzierung der süddeutschen Revolutionäre durch Sowjetrussland, noch der Glaube an die Möglichkeit einer direkten Steuerung der bayerischen Revolution aus Moskau entsprachen der Wirklichkeit. Gleichwohl gelingt es dem Autor nicht nur, die verbindende Logik der revolutionären Ereignisse in beiden Ländern nachzuzeichnen – der unerwartet leichte Sturz einer tausendjährigen Monarchie, die anfängliche Euphorie im Lager der Sieger und dessen rasche Zersplitterung unter dem Einfluss demokratischer Verfahren –, sondern auch gegenläufige Tendenzen herauszuarbeiten: ein unterschiedliches Verständnis von Räten und Räterepublik, eigene Vor-

stellungen im Hinblick auf Krieg und Frieden, wie auch in Bezug auf die Doppelherrschaft. Diese Kontextualisierung von unterschiedlichen Prozessen und Ereignissen der europäi-

schen Zwischenkriegszeit wie auch der *longue durée* der Revolution gehört zweifellos zu den besonderen Stärken dieser Arbeit.

Oksana Nagornaja, Čeljabinsk

JOCHEN BÖHLER / WŁODZIMIERZ BORO-DZIEJ / JOACHIM VON PUTTKAMMER (Ed.): *Legacies of Violence. Eastern Europe's First World War*. München: Oldenbourg, 2014. VII, 334 S. = Europas Osten im 20. Jahrhundert. Schriften des Imre Kertész Kollegs Jena, 3. ISBN: 978-3-486-74195-7.

Das östliche Europa veränderte nicht nur durch den Zerfall der kontinentalen Imperien und die Entstehung neuer Nationalstaaten am Ende des Ersten Weltkriegs sein Gesicht, sondern seine Gesellschaften wurden auch durch die damit einhergehenden Gewaltexzesse nachhaltig geprägt. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die zahlreichen Wechsel der Frontverläufe und nicht zuletzt durch die vergleichsweise lange Kriegszeit, die in dieser Region mit den Balkankriegen begann und nach Ende des Weltkriegs in traumatisierende Grenz- und Bürgerkriege überging, die bis zum Anfang der 1920er Jahre andauerten. Krieg war daher über 1918 hinaus für die entstehenden Staaten ein Mittel, das entstandene politische Machtvakuum zu füllen und eigene territoriale Ansprüche zu realisieren, zugleich setzte sich anders als im Westen bewaffnete Gewalt auch außerhalb von Kriegshandlungen als Handlungsoption und -strategie durch. Das östliche Europa wurde daher von unterschiedlichen Formen von Gewaltanwendung erschüttert, zumal zahlreiche Fragmentierungen entstanden, die die bestehenden ethno-konfessionell und sozial bedingten Spannungen aus der Vorkriegszeit intensivierten.

Erst seit einigen Jahren sind der Erste Weltkrieg und seine Folgen für das östliche Europa allmählich wieder in das Blickfeld der Historiker gewandert, so dass diesbezüglich noch zahlreiche Desiderate offen sind. Ein zentrales Thema ist hierbei die Frage nach Folgen der Gewalt für die jeweiligen Gesellschaften im Sinne von Kriegserfahrungen. (Wegweisend

war hier der Tübinger SFB Kriegserfahrung und insbesondere die Studie von CHRISTOPH MICK: *Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt. Lemberg 1914–1947*. Wiesbaden 2010; vgl. auch MARK HATLIE: *Riga at War. War and Wartime Experience in a Multi-Ethnic Metropolis*. Marburg 2014), aber auch die sich seit einigen Jahren entwickelnde historisierende Perspektive der Gewaltforschung. Dieses Desiderat greift der Band mit insgesamt dreizehn Beiträgen auf, die im Anschluss an einen Workshop am Imre-Kertész-Kolleg (Jena) entstanden sind: Ausgehend von der Prämisse, dass der Erste Weltkrieg mehr Katalysator denn Ausgangspunkt der entstehenden Gewaltausbrüche war, sehen die Herausgeber die sich im Zuge des Zweiten Weltkrieges entfesselnde Welle von Pogromen, ethnischen Säuberungen und Genoziden und nicht zuletzt die Welle von paramilitärischer Gewalt und Bürgerkrieg als wesentliche Hinterlassenschaften des Ersten Weltkrieges. Um dies auszuführen, wird der Band nach einer kurzen Einführung in vier thematisch ineinandergreifende Sektionen unterteilt und von einem längeren zusammenfassenden Kommentar abgerundet:

In der ersten Sektion *A World in Transition* behandeln die Beiträge von JOACHIM VON PUTTKAMER, MARK BIONDICH und JOCHEN BÖHLER in vergleichender Perspektive die durch den Ersten Weltkrieg hervorgerufenen Veränderungen. Zunächst legt Joachim von Puttkamer als Mitherausgeber mit seinem Vergleich der an 1918 anschließenden Welle von Gewalt im östlichen Europa den konzeptionellen Rahmen des Bandes dar, indem er sie mit der gegenseitigen Beeinflussung von Zusammenbruch und Instandsetzung, dem Wechselspiel von Politik und kriegsbedingten Deformationen des gesellschaftlichen Gefüges erklärt. Mark Biondich verdeutlicht anhand der gegenseitigen Beeinflussung von nationaler Identität und Konflikt in Ostmittel- und Süd-

osteuropa am Vorabend des Ersten Weltkriegs, dass diese ethno-konfessionell und kulturell sehr unterschiedlichen Gebiete bereits vor 1914 zu potentiellen Konfliktzonen herangereift seien. Die Tatsache, dass vor allem auch in der lokalen Bevölkerung Bruchstellen verlaufen seien, erklärt für Jochen Böhler den Wandel von Generälen und Warlords zu Politikern, wobei Gewaltanwendung nicht „domestiziert“ (S. 65) worden sei.

Die folgende Sektion diskutiert die *Besatzungsherrschaft*. JOHNATHAN E. GUMZ beschreibt, wie die Vorkriegsnormen der Besatzungsherrschaft in Ostmitteleuropa allmählich kollabierten, wobei die Revolution von 1917 diesen Prozess des Kontrollverlustes beschleunigt habe. STEPHAN LEHNSTEDT erläutert anschließend die Besatzungspolitik während des Ersten Weltkriegs, die zwischen wirtschaftlicher Nutzbarmachung und Ausbeutung changiert habe. Eine weitreichende Folge der Besatzungspolitik sei daher auch gewesen, dass Vorstellungen zur zwangsweisen Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen und von ethnischen Säuberungen entwickelt worden seien. ROBERT L. NELSON legt anschließend die Entwicklung der deutschen Visionen von Bevölkerungstransfers dar, um zu zeigen, dass sie als Mittel der Kolonisationspolitik aus der Beobachtung von Praktiken in den USA, im Russländischen Reich und auf dem Balkan abgeleitet und im Laufe des Krieges weiter radikalisiert worden seien.

Dieser ideengeschichtliche Beitrag leitet zur nächsten Sektion über, die ausdrücklich die weitere *Radikalisierung* im Ersten Weltkrieg beleuchtet. So verdeutlicht MACIEJ GÓRNY am Beispiel der Somatologie wie Wissenschaft in den Dienst der Staaten und Nationen gestellt wurde. Daher habe der Weltkrieg für die Wissenschaften eine Zäsur dargestellt, weil sie nun einem rein nationalen Paradigma unterworfen worden seien. Die Radikalisierung der nationalen Gesellschaften in Bezug auf den Antisemitismus sieht PIOTR WRÓBEL daher in seinem Beitrag als Vorahnung des Holocaust an. Dass die Traumatisierungen durch Krieg und Niederlage, Revolution und territorialen Verlust bei der Gewaltanwendung Hemmungen niederbrechen ließen, wird auch in der

Entstehung von namhaften paramilitärischen, extrem nationalistischen Subkulturen nach Beendigung der Kriegshandlungen sehr deutlich. ROBERT GERWARTH, dessen Beitrag als einziger bereits veröffentlicht worden ist, zeigt somit, dass es den Paramilitärs gelang, ihre gesellschaftliche Randständigkeit dadurch zu überkommen, dass die Veteranen sich mehrheitlich in eng miteinander verbundenen Vereinigungen zusammengeschlossen und diese in allen besiegten Staaten ein Netzwerk gebildet hätten. Da ihre Mitglieder in den Staaten Karriere gemacht hätten, sei Gewalt als Praktik von Exklusion stets präsent gewesen.

Die anschließenden drei Beiträge thematisieren die Nachwirkungen dieser Entwicklungen. So dekonstruiert JULIA EICHENBERG insbesondere am polnischen Fall das Narrativ einer Dichotomie von Zwang und Konsens in Bezug auf die Kriegserfahrungen. Der Übergang vom Weltkrieg zu Grenz- und Bürgerkriegen sei ohne wirkliche Zäsur verlaufen und habe daher zu einer Brutalisierung aller Kriegsveteranen geführt. Anschließend greift PHILIPP THER die Frage von ethnischen Säuberungen im „langen“ Ersten Weltkrieg wieder auf und diskutiert die Legalisierung von Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung. So seien ethnische Säuberungen und andere gewaltsame Eingriffe der Homogenisierung der Bevölkerung als ein Ausweg nationaler und internationaler Politik akzeptiert worden. DIETRICH BEYRAU beschließt die Sektion mit einem Blick auf die entstehende Sowjetunion. Hier sei eine Spirale der Gewaltanwendung entstanden, die er weniger als eine Folge einer kumulativen Radikalisierung, sondern vielmehr als Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren sieht. Organisierte und lokale Gewalt sei von einem Kollateralschaden und von teilweise institutionalisierten Verbrechen, aber auch von Hunger und Epidemien begleitet worden, so dass die Staatsbildung Gewalt und Zwang teilweise als konstitutive Faktoren integriert habe.

In seinem zusammenfassenden Kommentar kritisiert JÖRN LEONHARD die bisherige Historiografie, die die Ereignisse aus einer nationalstaatlichen oder regionalen Perspektive bewerte und im Lichte des Zweiten Weltkrieges eine

rückblickende Kausalkette entwerfe, um die Notwendigkeit einer vertiefenden, West und Ost vergleichenden Perspektive zu betonen. Dabei müsse der Weltkrieg als doppelte Wasserscheide zwischen 19. und 20. Jahrhundert gesehen werden, weil er eine neue Qualität der Kriegsführung hervorgebracht habe und neue Ausdrucksweisen von Loyalität sowie neue Instrumente und Akteure hervorgebracht habe. Mit diesem Fazit wendet er sich ausdrücklich gegen die suggestive Klassifizierung der östlichen Grenz- und Übergangsregionen als *bloodlands* (I. Snyder).

Da alle sehr lesenswerten und kenntnisreichen Beiträge die Kriegshandlungen als Katalysator für die weitere gesellschaftliche und ideale Entwicklung verstehen, zeigen sie zusammenfassend, dass die Folgen der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (G. F. Kennan) weit über die Opferzahlen, die materiellen und territorialen Folgen hinausgingen und im besonderen Maße prägend für die Ge-

sellschaften des 20. Jahrhunderts im östlichen Europa wurden. Sie verdeutlichen durch ihre Fokussierung auf den Gebrauch von Gewalt und die daraus resultierende, sich radikalisierende Begründungen der Gewaltanwendung, dass gerade für das östliche Europa der zeitliche Analyserahmen weiter gespannt und die Balkan- und die sich nach 1918 anschließenden Grenz- und Bürgerkriege einbezogen werden müssen. An ihrem Beispiel wird deutlich, wie wichtig vergleichende Perspektiven auf die Ereignisse, Erfahrungen und Folgen der Kriegereignisse sind, um zahlreiche Facetten ihrer Hinterlassenschaft zu begreifen. Zu hoffen bleibt daher, dass hieraus weitere, vergleichende und zugleich das Erbe des Ersten Weltkriegs vertiefende analysierende Aufarbeitungen der Kriegshandlungen und folgenden Gewaltexzesse durch diesen empfehlenswerten Band initiiert werden.

Heidi Hein-Kircher, Marburg

Pervaja mirovaja vojna, Versal'skaja sistema i sovremennost'. Sbornik statej [Der Erste Weltkrieg, das Versailler System und die Gegenwart. Sammelband]. Otv. red. I. N. Novikova / A. Ju. Pavlov. S.-Peterburg: Izdat. SPB GU, 2012. 352 S. ISBN: 978-5-288-05279-8.

Velikaja vojna 1914–1918. Al'manach Rossijskoj asociacii istorikov Pervoj mirovoj vojny. Vyp. 2 [Der Große Krieg 1914–1918. Almanach der Russischen Vereinigung der Historiker des Ersten Weltkriegs. Nr. 2]. Moskva: Kvadriga, 2013. 141 S., Tab. ISBN: 978-5-91791-067-3.

Die beiden hier vorgestellten Sammelbände geben die Vorträge auf zwei Konferenzen wieder, die unter dem Titel *Der Erste Weltkrieg, das Versailler System und die Gegenwart* in St. Petersburg stattfanden. Die Materialien der ersten Konferenz vom 24./25. April 2009 wurden in zwei Ausgaben des Almanachs veröffentlicht, von denen hier die zweite von 2013 vorliegt. Die zweite Tagung vom 7./8. November 2011 führte zur Herausgabe des erstgenannten, be-

reits im Jahr 2012 erschienenen Sammelbandes. In beiden Fällen traten die Fakultät für Internationale Beziehungen der St. Petersburger Universität und die Russische Vereinigung der Historiker des Ersten Weltkriegs als Gastgeber auf, bei der zweiten Tagung im November 2011 fungierte auch noch das Institut für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften als zusätzlicher Veranstalter. Die Hälfte der 14 Autorinnen und Autoren des später publizierten Werkes (über die Konferenz von 2009) verfassten auch Beiträge für den erstgenannten Sammelband (über die Tagung von 2011), der insgesamt jedoch 30 Vorträge vereinigt.

Der große Verdienst des Sammelbandes, der auf die zweite Konferenz im Jahre 2011 zurückgeht, ist, dass er einen Überblick über den Stand der Erste-Weltkriegs-Forschung in Russland in ihrer ganzen Breite und Vielfalt gibt. Ansonsten scheint seine Konzeption wenig nachvollziehbar. Die Zuordnung der Aufsätze zu den sechs Abschnitten (*1. Militärisch-politische Aspekte des Ersten Weltkriegs, 2. Nationale Idee und Krieg, 3. Der Erste Weltkrieg und die Gesellschaft,*

4. *Der Erste Weltkrieg und die internationalen Beziehungen*, 5. *Die Diplomatie von Versailles* und 6. *Die internationalen Folgen des Systems von Versailles und Washington*) erscheint in vielen Fällen willkürlich und austauschbar. Einige Beiträge fallen aus dem Rahmen, so der sehr solide gearbeitete Artikel von A. A. MALYGINA zur chemischen Kriegsführung. Welchen Bezug der Vortrag von V. A. KARELIN über die russisch-norwegischen Beziehungen 1905–1912 zum Thema des Tagungsbandes hat, blieb dem Rezensenten dagegen verschlossen. Daneben erscheint die These von D. JU. KOZLOV, dass der Seekrieg ausschlaggebend für den Ausgang des Ersten Weltkriegs gewesen sei, zumindest gewöhnungsbedürftig. Der Aufsatz von S. N. BAZANOV (*Die Bildung von militärischen Einheiten aus kriegsgefangenen Slaven in den Jahren des Ersten Weltkriegs*) macht überdies einen oberflächlichen Eindruck. Er stützt sich im Wesentlichen auf Forschungsliteratur aus der Sowjetzeit, und an dem Patriotismus des Verfassers bleibt nach dieser Studie kein Zweifel. Schwer nachvollziehbar wirkt zudem, dass sich eine beträchtliche Zahl von Beiträgen mit ausschließlich innenpolitischen Problemen Großbritanniens beschäftigt, was disproportioniert erscheint. Die Qualität dieser Arbeiten ist aber sehr unterschiedlich. Wie Fremdkörper wirken auch die englischsprachigen Aufsätze der beiden italienischen Konferenzteilnehmer und des britischen Konferenzteilnehmers. Sie behandeln zwar interessante Themen und sind solide gearbeitet, zeigen aber in ihrer Andersartigkeit in der russischen Umgebung, wie sehr sich auch heute noch westliche und russische Historiographie im Allgemeinen unterscheiden. Jedoch kann eine ganze Reihe von Abschnitten durchaus überzeugen. So wurden von einigen Historikerinnen und Historikern aus der Provinz (I. B. BELOVA, D. S. LAVRINOVIČ, S. V. BUKALOVA) aufschlussreiche Lokalstudien vorgelegt, die in der Regel auf umfangreiche Recherchen in russischen Archiven zurückgehen. Hierzu kann auch der Vortrag von T. V. KOTJUKOVA (Moskau) über die Lage der Kriegsgefangenen in Turkestan 1914–1916 gezählt werden. Die Beiträge von L. V. LANNIK und I. N. NOVIKOVA zu genuin deutschen Themen (*Die deutsche mili-*

*tärische Elite von Compiègne bis Versailles: Soll man den Krieg beenden?* bzw. *Schweden in den Plänen der militärisch-politischen Eliten Deutschlands [1914–1915]*) beruhen auf intensivem Studium deutschsprachiger Quellen. Bei den Altmeistern der russischen Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg wie E. JU. SERGEEV und V. K. ŠACILLO ist ihre Routine klar spürbar. E. JU. DUBROVSKAJA entwickelt überdies in ihrer Studie über die russischen Truppen in Finnland in den Jahren des Ersten Weltkriegs einleuchtend ihren mentalitätsgeschichtlichen Ansatz.

Im Unterschied zu dem ambitionierten Sammelband von 2012 macht das zweite hier besprochene Werk, der Almanach von 2013, einen wesentlich homogeneren Eindruck. Die Kapiteleinteilung ist einleuchtender und die Beiträge sind meist umfangreicher und können deshalb auch mehr in die Tiefe gehen. Die meisten von ihnen behandeln interessante Themen und sind solide fundiert. So stützt sich der Aufsatz von S. E. NOVIKOV (*Der Kreis Weißrussland und das „Projekt Ober-Ost“. Auf der Suche nach der historischen Wahrheit*) auf eine breite Quellenbasis. Allerdings muss hier einschränkend hinzugefügt werden, dass der Autor das bahnbrechende Werk von VEJAS G. LIULEVICIUS (*War Land at the Eastern Front*. Cambridge 2000; deutsch: „Kriegsland im Osten“. Hamburg 2002) leider nicht rezipiert hat. Auch der materialreiche Beitrag von D. JU. KOZLOV über das Thema der Marinezusammenarbeit Russlands mit seinen Alliierten am Vorabend des Krieges kann mehr überzeugen als seine Studie in dem Sammelband von 2012. Sehr negativ fällt allein der Artikel von V. A. KOTENEV auf, der für die Verfolgung der Armenier im Osmanischen Reich eine abstruse jüdisch-zionistisch-armenisch-türkische Freimaurertheorie konstruiert. Unter der ganzen Reihe von interessanten Untersuchungen sei hier ausgerechnet die von S. N. BAZANOV, der im erstbesprochenen Werk enttäuschte, über die Rolle von A. A. Brusilov bei der Bildung von Freiwilligen-Einheiten in der russischen Armee 1917 besonders hervorgehoben.

Abschließend soll festgehalten werden, dass, auch wenn sie Mängel aufweisen, die beiden

hier besprochenen Sammelbände ein Muss für die Historikerinnen und Historiker darstellen, die sich über den Stand der russischen For-

sung zum Ersten Weltkrieg informieren wollen.

*Georg Wurzer, Wilhelmsdorf*

Vojna vo vremja mira. Voenizirovannye konflikty posle Pervoj mirovoj vojny. 1917–1923. Sbornik statej [Krieg in Friedenszeiten. Militärische Konflikte in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, 1917–1923]. Red. R. Gervart / D. Chorn. Moskva: NLO, 2014. 397 S., 4 Ktn., 17 Abb., 2 Tab. = *Historia Rossica / Studia Europaea*. ISBN: 978-5-4448-0184-0.

Der vorliegende Sammelband ist eine Übersetzung aus dem Englischen ins Russische und er liegt auch in einer deutschen Fassung vor. Im Vergleich zur englischsprachigen Version wurde er um einen Beitrag von Nikolaus Katzer ergänzt. So kann sich der Leser entscheiden, welche Sprache er bevorzugt. Der Band ist das Ergebnis von Tagungen in Dublin und Moskau sowie der teilweise langjährigen Kooperation der Autoren miteinander. Dadurch gelang es ausgesprochen gut, die Beiträge innerhalb eines gemeinsamen Rahmens zu fokussieren. Die einzelnen Aufsätze sind allesamt von hohem Niveau und fassen den aktuellen Forschungsstand in nationalen oder regionalen Fallstudien zusammen. In dem Sinne haben die Herausgeber gute Arbeit geleistet.

Paramilitärische Gewalt und Konflikte nach dem Ersten Weltkrieg waren ein gesamteuropäisches Phänomen, und nach dem einen großen Krieg folgten noch die vielen kleinen, wie durch ein Zitat Winstons Churchills am Anfang illustriert wird. Doch abgesehen von den deutschen Freikorps und dem Fall Irlands wurden die Paramilitärs von der Forschung eher stiefmütterlich behandelt. Durch einen vergleichenden und transnationalen Ansatz bietet der Band eine hervorragende Einführung in das Thema, jedoch basieren die einzelnen Aufsätze eher auf Literatur als auf umfangreichen, neuen Archivrecherchen.

Die Herausgeber ROBERT GERWARTH und JOHN HORNE bieten in ihrer Einleitung einen geeigneten Rahmen für den gesamten Band. Sie formulieren das Ziel, die Ambitionen, die

Ursprünge, Ausprägungen und Auswirkungen paramilitärischer Gewalt in Europa im Zeitraum von 1917 bis 1923 zu untersuchen, und argumentieren überzeugend, warum es folgerichtig ist, die untersuchte Periode mit den Russischen Revolutionen zu beginnen und mit dem Ende des Bürgerkriegs in Irland und dem Ausklingen des Ruhrkampfes enden zu lassen. Doch eine Reihe von Beiträgen überspringt sinnvollerweise die gesetzte Zeitgrenze, denn die paramilitärische Gewalt lief weiter. Die Autoren nutzen wiederholt das Konzept der „shatter zones“ von Donald Bloxham und weisen die Brutalisierungsthese von George L. Mosse eher zurück. Die Konkurrenz verschiedener Ideologien bildet einen zentralen Faktor der Analyse des Bandes; besonders galt dies für die Überbleibsel von Imperien, die zumeist auch noch ethnische Konflikte und keine klar definierten Grenzen aufwiesen. Revolution, der Zusammenbruch von Imperien und ethnische Konflikte sind daher Schlagworte, die den Band durchziehen und die eingesetzte Gewalt nachvollziehbarer machen. Wichtig war in bestimmten Regionen auch der Verlust des Gewaltmonopols des Staates.

Der erste Teil der Aufsätze steht unter der Überschrift *Revolution und Gegenrevolution*. Dies macht mit Sicherheit die Bedeutung der so genannten Oktoberrevolution und der Reaktion auf sie deutlich. WILLIAM G. ROSENBERG untersucht die Gewalt in den Russischen Bürgerkriegen, wobei er nicht die Niederlage im Weltkrieg als eine Ursache betont, sondern vielmehr die unzureichende Versorgungslage und die große Knappheit wichtiger Güter, welche es erlaubte, dass paramilitärische Gruppen entstanden. Es verschwammen auch zunehmend die Grenzen zwischen regulären und irregulären Einheiten. Rosenberg stellt auch die wichtige Frage, ob die Gewaltanwendung der Bolševiki den gegenrevolutionären Kräften in Europa nicht eher als eine Art Muster und als Rechtfertigung für eigene Gewalt diene. Die

beiden Herausgeber setzen sich im folgenden Beitrag damit auseinander, wie man sich die „bolschewistische Gefahr“ vorstellte – sowohl unter den Siegern als auch unter den Verlierern des Weltkriegs. Anschließend stellt GERWARTH den Kampf gegen die „rote Gefahr“ in Mitteleuropa dar. Es bestand sozusagen ein transnationales Netzwerk von Paramilitärs in Gegnerschaft zum „jüdischen Bolschewismus“. PERTTI HAAPALA und MARKO TIKKA zeigen in ihrem ausführlichen Aufsatz zum Finnischen Bürgerkrieg, wie dieser sich zwar schnell brutalisierte, diese Tatsache aber nicht so sehr auf die Russischen Revolutionen zurückzuführen war, als auf Faktoren vor Ort. Da die Bevölkerung Finnlands während des Weltkriegs von der Wehrpflicht befreit war, spielte das Kriegserlebnis auch keine besondere Rolle. EMILIO GENTILE liefert eine detaillierte Beschreibung der Entstehung und Etablierung von faschistischen paramilitärischen Strukturen in Italien in den Jahren 1919–1923. NIKOLAUS KATZER rundet diesen Block mit einem Beitrag über den weißen Mythos des russischen Antibolschewismus in der Nachkriegszeit ab. Er behandelt die Führungselite der Weißen Armeen und ihre politischen Aktivitäten in der Emigration.

Der zweite Teil trägt die Überschrift *Nationen, Grenzen und ethnische Gewalt*. Er beginnt mit einem Aufsatz von SERGEJ EKEL'ČUK über den Ukrainischen Bürgerkrieg, welcher das heutige Geschichtsbild in der Ukraine ein wenig in Frage stellt. Der Autor betont den lokalen und gar nicht so ideologischen Charakter der Akteure. TOMAS BALKELIS gibt einen Überblick über die Entwicklung in den baltischen Staaten, wo Paramilitärs an den Unabhängigkeitskriegen beteiligt waren und deren Organisationen nach Friedensschluss als vom Staat finanzierte Mobilisierungsreserven und „Schulen der Nation“ dienten. Der Aufsatz endet erst mit dem Zweiten Weltkrieg und so kann Balkelis auf die Rolle der Paramilitärs bei den Staatsstreichen im Baltikum eingehen sowie auf die Beteiligung von Mitgliedern dieser Organisationen an Vergeltungsmaßnahmen im Sommer 1941 während des deutschen Einmarsches und am Holocaust. Doch angesichts des

verhältnismäßig geringen Ausmaßes politischer Gewalt in den baltischen Staaten in der Zwischenkriegszeit erscheint der Vergleich mit Italien oder der Weimarer Republik, den der Autor zieht (S. 242), als etwas überzogen. JOHN PAUL NEWMAN untersucht das Beispiel des Balkans und kann überzeugend auf Kontinuitäten mit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg verweisen. Sowohl nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns als auch im Zweiten Weltkrieg lebten die paramilitärischen Traditionen wieder auf. UĞUR ÜMIT ÖNGÜR beschreibt die Entstehung unterschiedlicher paramilitärischer Einheiten im zusammenbrechenden Osmanischen Reich. Er verweist auf ihren teilweise lang andauernden Einfluss auf die Einstellung führender türkischer Politiker. Am Beispiel von Polen und Irland belegt JULIA EICHWALD, dass die Erklärung einer Kontinuität der Gewalt in Weltkrieg und Nachkriegszeit zu kurz greift. Dies gelingt ihr durch die Betrachtung von untypischen Paramilitärs, nämlich von Frauen und Kindern. In der späteren Erinnerung wurden die Frauen dann wieder ausgeblendet. ANNE DOLAN geht ebenfalls auf den irischen Fall ein, indem sie die eskalierende Wirkung von Kampfhandlungen und die Kultur der Gewalt der in Irland eingesetzten britischen Kräfte untersucht. Diese hätten sich alle sehr ähnlich verhalten – ob es sich nun um reguläre oder irreguläre Verbände handelte. Dolan appelliert für ein erweitertes Verständnis paramilitärischen Verhaltens. JOHN HORNE setzt schließlich einen Kontrapunkt zu den vorangegangenen Beiträgen, indem er zeigt, wie es Frankreich gelang, das Ausufer paramilitärischer Gewalt zu vermeiden.

Nach der Lektüre und all den negativen Beispielen paramilitärischer Gewalt ging dem Rezensenten der Gedanke nicht aus dem Kopf, paramilitärische und staatsreue Verbände können in einer Demokratie auch drei wichtige Aufgaben erfüllen: Sie können helfen, im Krisenfall die innere Ordnung aufrechtzuerhalten oder die Folgen von Naturkatastrophen zu beseitigen, und sie dienen im Kriegsfall als zusätzliche Mobilisierungsreserve. Schließlich besaß auch die alte Bundesrepublik mit der Bereitschaftspolizei und dem Bundesgrenzschutz



paramilitärische Formationen, die nicht nur an kleinen Waffen ausgebildet wurden.

Alles in allem handelt es sich um einen leistungswerten Sammelband, dem eine weite Verbreitung zu wünschen ist. Angesichts der heutigen Situation paramilitärischer Gewalt in der Ost-Ukraine wird dem Leser umso mehr die

Aktualität dieses Forschungsthemas bewusst. Der transnationale und vergleichende Ansatz liefert manches Aha-Erlebnis. Paramilitärische Gewalt war eben nicht beschränkt auf den ‚rückständigen Osten‘ oder die instabile Weimarer Republik.

*Olaf Mertelsmann, Tartu*

Bol'shaja vojna Rossii. Social'nyj porjadok, publičnaja komunikacija i nasilie na rubeže carskoj i sovetkoj epoch. Sbornik statej [Der Große Krieg Russlands. Soziale Ordnung, öffentliche Kommunikation und Gewalt an der Schwelle der zarischen und der sowjetischen Epoche. Eine Aufsatzsammlung]. Red. K. Bruiš / N. Katcer. Moskva: NLO, 2014. 207 S. = Studia Europaea. ISBN: 978-5-4448-0155-0.

Zu seinem Zentenarium ist der Erste Weltkrieg in vieler Munde. Kaum ein Tag vergeht, an dem die printmediale Öffentlichkeit nicht einer Begebenheit, meist einer Schlacht oder einem bedeutenden Akteur, die Reverenz erweist. Die Monographien Christopher Clarks *Die Schlafwandler*, Herfried Münklers *Der Große Krieg* oder Jörn Leonhards *Die Büchse der Pandora* haben in der Bundesrepublik breiten Widerhall gefunden. Zahlreiche Besprechungen, Repliken und Kommentare, an denen sich auch die Doyens der bundesdeutschen Historikerzunft wie Hans-Ulrich Wehler und Hermann August Winkler in den großen Presseorganen beteiligten, haben dazu geführt, dass die herrschende Meinung der Post-Fischer-Kontroverse bezüglich der Kriegsschuld des Deutschen Reichs hinterfragt wird. Der Begriff der „Revision“ ist bereits gefallen.

Dass angesichts seines Jubiläums der Erste Weltkrieg Gegenstand zahlreicher Tagungen auch in Russland war und ist, nimmt nicht wunder. Der hier zur Besprechung vorliegende, angenehm schmale Sammelband mit seinen neun Beiträgen reicht auf eine Tagung zurück, die im Deutschen Historischen Institut in Moskau bereits im Herbst des Jahres 2011 stattfand.

PIOTR SZLANTA behandelt das Verhältnis von russischer Armee und polnischer Zivilbe-

völkerung in Galizien in den ersten Kriegsmonaten bis zur Rückeroberung des Gebiets durch die Mittelmächte im Frühjahr 1915. Die russischen Behörden sahen in den Polen eine Stütze der eigenen Herrschaft, avisierten ihnen kulturelle Autonomie und versprachen sich durch Gewalt gegenüber Juden, aber auch durch eine Landreform auf Kosten des (polnischen) Großgrundbesitzes Akzeptanz. Nicht nur die tief verwurzelten antirussischen Ressentiments in der polnischen Bevölkerung, eine aggressive Russifizierungspolitik der russischen Verwaltung, sondern auch eine ausgeprägte polnische Loyalität gegenüber der Donaumonarchie verhinderten jedoch ein gedeihliches Verhältnis (S. 31–33).

FRANZISKA DAVIS untersucht, inwieweit sich die zarischen Streitkräfte der Loyalität und der Akzeptanz der Untertanen des multiethno-konfessionellen Imperiums erfreuten. Sie verdeutlicht, dass der Armee eine einheitliche Strategie zur Integration der Muslime des Reichs gefehlt habe: Während Baškiren und Wolgatataren einberufen wurden, galten für Krimtataren Sonderregelungen, während die Muslime des Kaukasus und Zentralasiens eximiert waren. Die Hoffnungen muslimischer intellektueller und politischer Eliten, dass Regime werde ihre Loyalität und ihren Beitrag zur Landesverteidigung honorieren und umfassendere Bürgerrechte konzederen, erfüllten sich nicht (S. 53–57).

ALEXANDRE SUMPFS Beitrag ist dem sich wandelnden Verständnis von Kriegsinvaliden sowie dem Verhältnis von Invalidität und Expertise gewidmet. Etwa 40 % aller Kriegsverletzten erwiesen sich nicht mehr als fronttauglich. Laut einer Statistik eines Minsker Militärkrankenhauses aus dem zweiten Kriegsjahr hatten sich über 6 % ihre Verletzungen selber

zugefügt. Angesichts dieser Zahlen überrascht es weder, dass sich die Alimentierung der Invaliden, die sich an dem Grad der Beeinträchtigung orientierte, als eine Belastung der sozialen Fürsorge erwies, noch dass sie bei dem leisen Verdachtsmoment auf Selbstverstümmelung gestrichen wurde. Die Wiedereingliederung der Invaliden in den Arbeitsprozess bereitete große Schwierigkeiten. Nach dem Oktoberumsturz erfuhr die soziale Hierarchisierung der Invaliden eine Erweiterung um eine politische Dimension. Die Sowjetmacht versorgte nicht nur Versehrte des Bürgerkriegs besser als Bedürftige der Armee des *Ancien régime*, sondern sie weigerte sich auch, Invaliden aus den Gebieten, die nicht zu Sowjetrußland gehörten, überhaupt zu bedenken.

JULIJA ALEKSANDROVNA ŽERDEVA beschäftigt sich mit der propagandistischen Visualisierung von Zerstörung, Leid und Elend in Postkarten, Holzschnitten, Karikaturen, Photos, Illustrierten und im Film während des Ersten Weltkriegs. Ziel sei es gewesen, die eigene Gesellschaft moralisch über die gegnerische zu erheben und letztere als ‚barbarisch‘ zu diffamieren. Dabei wurden auch Nichtkombattanten wie Frauen der Täterschaft, beispielsweise des Marodierens, bezichtigt.

BORIS IVANOVIĆ KOLONICKIJS Beitrag beschäftigt sich mit den Repräsentationen der Krankenschwestern in der russischen Kultur. Zumindest unter den Mannschaftsgraden der zarischen Armee galt die Krankenschwester als Sexualobjekt. Diesen Eindruck unterstrich ein Artikel der in Helsingfors erscheinenden sozialrevolutionären Tageszeitung *Narodnaja Niva* (No. 11, 6.5.1917, S. 3). Sie berichtete, Großfürst Boris Vladimirovič habe sich einen Harem an Kokotten gehalten, die alle wie Krankenschwestern gekleidet gewesen seien. In dem Maße, indem sich die Zarin und ihre Töchter in den Dienst der patriotischen Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte stellten und in den Hospitälern alle möglichen Aufgaben bis hin zum Waschen der Füße von Soldaten verrichteten, büßten sie ihre sakrosankte Aura und ihre Stellung ober- bzw. außerhalb der Ständepyramide ein. Die Zarin und ihre Töchter wurden zum Gegenstand anzüglicher

Bemerkungen und lieferten Gerüchten über anrühigen Lebenswandel und sexuelle Lasterhaftigkeit Vorschub. Die Zarin wurde desakralisiert, letztlich demokratisiert und popularisiert, so dass ihre Tätigkeit in propagandistischer Hinsicht zwar in den Entente-Staaten auf Anerkennung stieß, innerhalb des Russländischen Reichs aber genau das Gegenteil erreichte: Der Zarismus wurde in den Augen der Gesellschaft diskreditiert.

OKSANA SERGEEVNA NAGORNAJAS Beitrag beschäftigt sich zum einen mit dem Wandel der in der Gesellschaft vorherrschenden Repräsentationen der Kriegsgefangenen. Generell gilt, dass die großen Zahlen russischer Kriegsgefangener in der russischen Gesellschaft immer wieder dem Verdacht Vorschub leisteten, dass sie massenhaft desertiert seien. Gleichwohl ist ein Wandel der herrschenden öffentlichen Rezeption erkennbar: Wurden Kriegsgefangene bis zum Februar 1917 als Opfer deutscher Grausamkeiten und Inkarnation der Loyalität gegenüber Zar und Vaterland dargestellt, galten sie seit der Revolution als Medium eines etwaigen Separatfriedens und nach dem Oktoberumsturz als Träger des Atheismus. Zum anderen untersucht der Aufsatz die Darstellung der Kriegsgefangenschaft im Werk der drei sowjetischen Schriftsteller Anton Ul'janskij, Kirill Levin und Konstantin Fedin, deren künstlerische Verarbeitungen des Themas sich mit der Memoirenliteratur und den Erlebnissen der Betroffenen nicht immer deckten, aber gleichwohl glänzend zu einem Masternarrativ verweben ließen.

OLEG VITAL'EVIC BUDNICKIJ untersucht die Judenpogrome der Bürgerkriegsjahre auf dem Territorium der Ukraine und stellt diese in ein Kontinuum der antijüdischen Gewalt und des in der zarischen Armee verbreiteten Antisemitismus.

CHRISTOPHER GILLEY bindet seine Untersuchung über die „Gewalträume“ in der Ukraine in den Jahren 1917 bis 1922 mit Rekurs auf die Überlegungen von Robert Gerwarth und John Horne in ein größeres Narrativ der Gewalt ein. Vier Faktoren steckten gleichsam den Rahmen ab: erstens die Erfahrung „industriellen Tötens“ im Ersten Weltkrieg, zweitens Revoluti-

on und Konterrevolution, drittens der Zusammenbruch des Imperiums und viertens die Erfahrung der Niederlage. Darüber hinaus thematisiert er den Stellenwert von Ideologie und Nationalismus für die Entwicklung des *warlordism* in der Ukraine. Gilley wendet sich gegen Felix Schnells Erklärungsansatz, dass allein schon die Gewaltpartizipation sinnstiftend gewirkt habe, und hebt, ungeachtet mancher programmatischer Widersprüche, auf politische Aussagen der *warlords* als Komponenten einer Gruppenidentität, bei der auch die Wiederbelebung von Traditionen eine wichtige Rolle gespielt habe, ab (S. 173, 176).

IGOR' VLADIMIROVIČ NARSKIJ erörtert am Beispiel des Urals die Bellifizierung der Lebenswelten in der russischen Provinz in den Jahren von Krieg und Bürgerkrieg. Während das Gebiet im Weltkrieg ruhiges Hinterland gewesen sei, penetrierte der Bürgerkrieg es bereits im November 1917 und es habe dann einen mehrfachen Herrschaftswechsel erlebt. „Erfahrung“ sei daher für die lokale Bevölkerung eine Schlüsselkategorie geworden. Der Aufsatz greift zwar die Überlegung entstaat-

lichter Gewalträume auf, unterlässt es aber, das weiterreichende, von Gilley herangezogene Modell auf den Ural anzuwenden. Ob der von den Bol'seviki verwendete und Gewalt legitimierende Bürgerkriegsmythos in weiten Teilen der Bevölkerung des Urals auf Akzeptanz gestoßen ist, wäre angesichts der heterogenen politischen Gemengelage des Gebiets zu überprüfen. Dies konzediert Narskij allerdings selbst (S. 197–198, 200). Zu fragen wäre ferner, ob und inwieweit die Bellifizierung nach dem Bürgerkrieg andauerte. Hierfür müsste allerdings der Untersuchungszeitraum erweitert werden.

Alle Autoren sind als Spezialisten ihrer hier behandelten Fragen ausgewiesen. Neue Thesen präsentieren sie nicht. Dieser Sammlung ist im Lektürekanon zum Ersten Weltkrieg – angesichts der wahren Springflut neuer Publikationen – nicht höchste Priorität beizumessen. Gleichwohl bieten die sorgfältig recherchierten, oft auf umfangreichen Archivforschungen basierenden Beiträge einen schnellen Zugriff auf tiefere Einsichten.

Lutz Häfner, Göttingen

CHRISTOPHER READ: War and Revolution in Russia, 1914–22. The Collapse of Tsarism and the Establishment of Soviet Power. Houndmills, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, 2013. XIV, 249 S., 1 Kte. = European History in Perspective. ISBN: 978-0-230-23986-9.

JOSHUA A. SANBORN: Imperial Apocalypse. The Great War and the Destruction of the Russian Empire. Oxford, New York: Oxford University Press, 2014. IX, 287 S., 11 Ktn. = The Greater War. ISBN: 978-0-19-964205-2.

Der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs 2014 und das bevorstehende Centennium der Russischen Revolution 2017 haben den Buchmarkt fest im Griff. Die Titel von Christopher Read und Joshua A. Sanborn sind rechtzeitig vor dem 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs erschienen und betten die Revolutionen in Russland 1917

in den größeren Zusammenhang des Ersten Weltkriegs ein. Beide Autoren wenden sich nicht zum ersten Mal ihren Themen zu. Read hat seit 1979 mehrere Publikationen über die Russische Revolution vorgelegt, und Sanborn knüpft an seine Forschung über Militär und Gesellschaft in Russland von 1905 bis 1925 an. Über diese formalen Gemeinsamkeiten hinaus läuft die Lektüre beider Bücher in einem inhaltlichen Punkt zusammen: Nikolaus II. und die Armeeführung des Zarenreiches erscheinen in ihnen als die größten Revolutionäre. Nikolaus' II. autokratische Beratungsresistenz und die Praktiken der Militäradministration in den Frontregionen haben zu einem Großteil erst jene Unzufriedenheit und Nöte geschaffen, auf deren Boden die Revolution gedeihen konnte.

Darin erschöpfen sich jedoch die Gemeinsamkeiten beider Bücher. Read hat für seine Überblicksdarstellung einen nüchternen Titel gewählt, der Zeitraum, Region und zwei Ereignisse sachlich benennt. Sanborns *Imperial Apo-*

*calypse* ist ein symbolträchtiger Titel, der den Fokus auf den Untergang des Russländischen Reiches im Untertitel trägt. Während Read seinen Lesern den aktuellen Forschungsstand gebündelt präsentiert, hat Sanborn ein analytisch-typologisches Konzept erarbeitet, mit dem er die russische Revolutionsgeschichte in die Geschichte der Dekolonisation einschreiben möchte. Sanborn unterscheidet vier Phasen der Dekolonisation: *imperial challenge*, *state failure*, *social disaster* und *state-building* (dekolonisierter Gesellschaften). In Kapiteln über den Kriegsausbruch und die Randregionen des Zarenreiches, die wandernden Fronten, die Mobilisierung von Militär und Gesellschaft, Revolution und Dekolonisation sowie einem Schlusskapitel über die imperiale Apokalypse buchstabiert Sanborn seine Typologie der vier Phasen aus. Read stützt sich auf das reichhaltige Material edierter Quellen und Literatur. Sanborn hat umfangreiche Archivarbeit geleistet. Neben individuellen Überlieferungen in Moskau und den Hoover Institution Archives hat er vor allem Bestände zur Geschichte der Armee und Gendarmerie, aber auch der zivilen Administration in Riga, Kiev, St. Petersburg und Moskau eingesehen.

Reads Buch hält, was sein Titel verspricht. Aus dem ganzen Fundus der Revolutionsliteratur schöpfend, hat Read einen prägnanten und eleganten Überblick geschrieben. Meistens gelingt es Read sehr gut, den unverwüstlichen Kern zentraler Ereignisse und Figuren der Revolutionsgeschichte mit den Befunden der jüngeren Forschungen vor allem über die Bauern und verschiedene Regionen Russlands zu einem flüssigen Text zu verknüpfen. Allein die Verflechtungen der Nationsbildungen an den Rändern des ehemaligen Imperiums mit der Revolutionsgeschichte wirken ab und zu additiv an die Kapitelenden angereicht. Hier wird deutlich, wie schwierig es ist, dem Überblickscharakter der Revolutionsgeschichte Genüge zu tun und zugleich die immensen Ergebnisse der jüngeren Forschungen zu Regionen und Nationsbildungen in die Erzählung der Revolution zu integrieren.

Die chronologische Vorgehensweise, die nicht auf den Beleg einer Generalthese zielt, er-

möglicht es Read, die Qualitäten von Fluktuation, Offenheit und Kontingenz der Revolution gut zur Geltung zu bringen. Insbesondere für die Zeit von der Abdankung Nikolaus' II. im Februar 1917 bis zum Ende des Bürgerkriegs 1922 weist Read immer wieder auf Erwartungshorizonte der Akteure und teils nicht-intendierte Folgen ihres Handelns hin. Die Darstellung von Selbstverständnissen, Kalkulationen und Fehlperzeptionen einzelner Akteure verhindert, dass die Revolutionsgeschichte als zwangsläufiger Prozess erzählt wird. Ein gewichtiger kollektiver Akteur ist in Reads Darstellung die Revolution der gewöhnlichen Menschen (*popular revolution*). Frieden, Brot und Land erhofften sich die meisten Menschen und gaben ihre politische Unterstützung jenen Gruppen, denen sie die Erfüllung ihrer Wünsche in der jeweiligen Situation am ehesten zutrauten.

Aufgrund des analytisch-konzeptionellen Anspruchs, eine neue Geschichte der Dekolonisation des Zarenreiches zu schreiben, ist Sanborns Buch nicht so sensibel gegenüber der Kontingenz der Revolutionsepoche. Die Dekolonisation des Zarenreiches zwingt der Darstellung einen Fluchtpunkt auf. Sie entlastet Sanborn jedoch zugleich vom Anspruch der ausgewogenen Überblicksdarstellung. Das führt dazu, dass die Auswirkungen von Krieg und Revolution in verschiedenen Räumen des Imperiums viel stärker im Vordergrund stehen. Wenn Sanborn die Interaktion zwischen Hauptquartier und einzelnen Armeen und zwischen Militär und Ziviladministration oder die Geschichte von Flüchtlingen und Deportationen darstellt, nimmt er seine Leser immer wieder in verschiedenste Regionen des Zarenreiches mit. Die räumliche Dimension des Imperiums kommt in Sanborns Darstellung zu ihrem vollen Recht. Problematisch ist demgegenüber Sanborns Analyse des Endes des Zarenreiches als ein Vorgang von Dekolonisation. So gewiss das Ende des Zarenreiches Nationalbewegungen neue Handlungsmöglichkeiten bot, erschöpft sich die Geschichte der Dekolonisation in den Räumen des ehemaligen Russländischen Reiches nicht im Ende der Zarenherrschaft. Während an die Stelle der österrei-

chisch-ungarischen Doppelmonarchie und des Osmanischen Reiches tatsächlich neue Nationalstaaten traten, reintegrierte die Sowjetunion einen Großteil des Territoriums des ehemaligen Zarenreiches. Lediglich die letzten fünf Seiten seines Buches widmet Sanborn diesem Phänomen. Dem janusköpfigen Phänomen sowjetischer Nationalitätenpolitik der frühen zwanziger Jahre – und damit auch dem Bürgerkrieg – hätte hier wesentlich mehr Aufmerksamkeit zukommen müssen. Während die Bolševiki einerseits einen großräumigen Herrschaftsverband wiederherstellten und Nationalstaatsgründungen wie die in der Ukraine zum Scheitern brachten, entwickelten sie in ihrem „*Affirmative Action Empire*“ (Terry Martin) eine Nationalitätenpolitik, die nach dem Ende des *Wilsonian Moment* 1919 das Potential eines globalen Modells besaß. Nachdem gerade in Indien und China alle auf Wilson projizierten Hoffnungen auf Dekolonisation zerstoben wa-

ren, präsentierten die Bolševiki eine Nationalitätenpolitik, die ihrem normativen Anspruch nach Differenz nicht hierarchisierte wie in den Kolonialreichen der Briten und Franzosen, sondern in einen Bund gleichberechtigter Nationen im sowjetischen Haus überführte. Dass Stalins Politik ab den späten zwanziger Jahren von dieser Konzeption abrückte, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls erschöpft sich eine Geschichte der Dekolonisation in Russland nicht in der Geschichte vom Ende des Zarenreiches. Die Globalgeschichte der jungen Sowjetunion muss im Konzept der Dekolonisation mitbedacht sein. Eine ganz andere Frage wäre es noch einmal, welchem Platz dem Vierteljahrhundert seit 1991 in einer Geschichte der Dekolonisation im Raum des ehemaligen Zarenreiches und der einstmaligen Sowjetunion zukommt.

Martin Aust, Bonn

WILLARD SUNDERLAND: *The Baron's Cloak. A History of the Russian Empire in War and Revolution*. Ithaca, NY, London: Cornell University Press, 2014. XVIII, 344 S., 9 Ktn., Abb. ISBN: 978-0-8014-5270-3.

Der *biographical turn* hat zweifelsohne die Imperien-geschichte erreicht. Willard Sunderland, der gemeinsam mit Stephen Norris bereits 2012 den lesenswerten Band *Russia's People of Empire: Life Stories from Eurasia* herausgegeben hat, zeigt in seinem neuen Buch das große Erkenntnispotential biografischer Forschung für die Geschichte Russlands aus imperienhistorischer Perspektive. Im Mittelpunkt der hervorragend geschriebenen Studie steht die Lebensgeschichte von Baron Roman Fedorovič von Ungern-Sternberg (1885–1921), einer schillernden und mythenumwobenen Gestalt, deren Name vor allem aus der Geschichte der Spätphase des russischen Bürgerkrieges im Fernen Osten bekannt ist. Sunderland nutzt die Biografie seines Protagonisten als Ausgangspunkt einer facettenreichen Innenschau des Russländischen Reiches, die dem Leser die Vielfalt der Regionen und Lebenswelten des Imperiums im späten

19. und frühen 20. Jahrhundert eindrücklich vor Augen führt. Die Wahl der Biografie Ungern-Sternbergs erweist sich dabei als echter Glücksgriff. Der Baron, der einer berühmten deutsch-baltischen Familie entstammte, hatte eine „imperiale Biografie“ (*imperial life*) im wahrsten Sinne des Wortes. Geboren in Graz in der Habsburgermonarchie und aufgewachsen auf einem Gut in Estland, zog es den jungen Baron in Jugendjahren nach einem Besuch in Tiflis in die Zarenresidenz St. Petersburg. Nach Startschwierigkeiten an verschiedenen Militärschulen meldete er sich als Freiwilliger in den russisch-japanischen Krieg und kam auf den Schlachtfeldern der Mandschurei in Kontakt mit der *frontier*-Gesellschaft an der östlichen Peripherie des Russländischen Reiches. Nach einem Aufenthalt in St. Petersburg ließ sich Ungern-Sternberg erneut zu Kosakenregimentern in der Trans-Baikal-Region und am Grenzfluss Amur versetzen. Während des Ersten Weltkrieges kämpfte er an verschiedenen Frontabschnitten – von Ostpreußen bis zur russisch-persischen Grenze. In seinen letzten Lebensjahren macht er sich als „verrückter Baron“ (*mad baron*) in Sibirien und im Fernen Os-

ten einen zweifelhaften Namen. Unter Ataman Semenov kämpfte er auf der Seite der „Weißen“ gegen die Bol’ševiki, ehe ihn die Kriegswirrnisse auf mongolisches Territorium führten. Von hier aus startete er als Anführer eines Kosakenregiments sein letztes Gefecht gegen den „roten Feind“. Nach seiner Niederlage nahmen ihn die Bol’ševiki im Sommer 1921 gefangen und ließen ihn nach einem spektakulären Schauprozess in Westsibirien exekutieren.

Ungern-Sternberg war in geografischer und kultureller Hinsicht ein Grenzgänger. Er entstammte einer protestantischen Adelsfamilie, beherrschte fünf Sprachen, fühlte sich in der rauen Welt der Kosakenregimenter an der östlichen Reichsgrenze zuhause und heiratete in Harbin in einer orthodoxen Kirche eine chinesische Konvertitin. In sein obskures Weltbild nahm er buddhistische Versatzstücke ebenso auf wie antisemitische Klischees und den Glauben an eine russische imperiale Mission in Asien: „Cultural in-betweenness was a common condition of imperial life.“ (S. 61) – Sunderland folgt seinem Protagonisten an alle Stationen seines bewegten Lebens. Er rekonstruiert detailliert, was unsere Quellen über Ungern-Sternberg hergeben, und benennt offen, was wir nicht wissen können. Dafür hat er in akribischer Detektivarbeit Quellenmaterial aus russischen, chinesischen, mongolischen, estnischen und österreichischen Archiven und Bibliotheken ausgewertet. Gleichzeitig widmet er jeder Lebensphase seines ‚Helden‘ ein eigenes Kapitel, wobei jeder Abschnitt mit einer ‚Spurensuche‘ am Ort des Geschehens bzw. einer detaillierten Ortsbeschreibung beginnt. Sunderland hat tatsächlich alle uns bekannten Orte des Lebens von Ungern-Sternberg persönlich bereist, von Graz im Westen bis an die Ufer des Amur im Fernen Osten. In seinem Buch stellt er diese Schauplätze der Biografie Ungern-Sternbergs als Mikrokosmen imperialer Lebenswirklichkeit vor. Die Lebenswelt des verwestlichten russländischen Adels wird ebenso detailliert und anschaulich nachgezeichnet wie die der Militärschulen in St. Petersburg. Wir lernen die russländische Armee und die Kosakenregimenter an den östlichen Reichsgrenzen als Institutionen imperialer Vergesell-

schaffung und individueller Sozialisation kennen und erleben die *frontier* als Ort der Auseinandersetzung imperialer Macht. – Es sind solche Biografien der Vertreter der mobilen Reichselite, die uns einen panoptischen Blick auf die Vielfalt imperialer Lebenswirklichkeit im russländischen Reich ermöglichen und zum besseren Verständnis der Kohäsionsmechanismen imperialer Ordnungen beitragen. Der durch die Lebensdaten Ungern-Sternbergs abgesteckte Untersuchungszeitraum fällt dabei mit jener Phase der Geschichte Russlands zusammen, in der sich das Vielvölkerreich den Herausforderungen des aufkommenden Nationalismus, der revolutionären Bewegung, des Krieges gegen Japan, der Revolution von 1905, des Ersten Weltkriegs und schließlich der Revolutionen von 1917 gegenüber sah: In den gut dreißig Jahren seines Lebens „the tsarist world passed from possibility to extinction“. (S. 8)

Bei seiner Analyse der Kräfte, die das russländische Reich vor 1917 zusammenhielten bzw. im Jahr der Revolutionen zerfallen ließen, schlägt sich Sunderland ins Lager der sogenannten Optimisten: Das Imperium sei Anfang des 20. Jahrhunderts alles andere als zum Scheitern verdammt gewesen, so seine These (S. 99, S. 231). Auch die nationalen Bewegungen hätten das Reich nicht im Kern bedroht (S. 129). „The Russian Empire was held together by state power, or, more often than not, by the *myth* of state power.“ (S. 149) Gescheitert sei das Imperium – wie die Reiche der Habsburger und der Osmanen – letztendlich im verlorenen Ersten Weltkrieg, wobei sein Schicksal mit dem seiner Peripherien aufs engste verflochten gewesen sei (S. 160). Hier, an den Rändern des Reiches, kämpften Männer wie Ungern-Sternberg (vergeblich) um den Erhalt der alten imperialen Ordnung. Ihr Scheitern ebnete einem neuen imperialen Projekt den Weg, das von Menschen getragen wurde, die – wie Ungern-Sternberg – einer Welt entstammten, auf welcher der „Schatten des Imperiums“ lastete. (S. 233)

Sunderland hat mit seinem grandiosen Buch neue Standards in der Historiografie zum russländischen Imperium gesetzt. Dem Band ist eine breite Leserschaft zu wünschen. Für Stu-

dierende und Doktorierende, die zur Geschichte des späten Zarenreiches arbeiten, ist es eine

Pflichtlektüre!

*Frühjoh Benjamin Schenk, Basel*

ALEXANDRE SUMPFF: *La Grande Guerre oubliée. Russie, 1914–1918*. [Der vergessene große Krieg. Russland 1914–1918]. Paris: Perrin, 2014. 527 S., 23 Abb., 6 Ktn. ISBN: 978-2-262-04045-1.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war für das Zarenreich und seinen Nachfolgestaat, die Sowjetunion, eine Zeit der Krisen, Kriege und Katastrophen. Trotz ihres traumatischen Charakters sind einige dieser Ereignisse und Vorgänge im historischen Gedächtnis derjenigen Völker, die im Zarenreich und in der Sowjetunion lebten, kaum präsent. Das gilt vor allem für den Ersten Weltkrieg. In der kollektiven Erinnerung der Russen, Ukrainer, Weißrussen und Balten spielt er seit langem eine untergeordnete Rolle. Die Kriegserfahrungen und menschlichen Verluste der Jahre 1914 bis 1917 wurden von den Heimsuchungen der folgenden drei Jahrzehnte in den Schatten gestellt und relativiert (Bürgerkrieg, Zwangskollektivierung, Hungersnot, Großer Terror, Großer Vaterländischer Krieg). Eine umfassende Aufarbeitung und Verarbeitung des Ersten Weltkrieges fand in der Sowjetunion nicht statt, nicht in der Zwischenkriegszeit und erst recht nicht nach 1945. Von der sowjetischen Geschichtswissenschaft wurde der Krieg als bloßer Prolog der Oktoberrevolution abgetan, aber nicht als historisches Phänomen eigenen Rechts ernst genommen und erforscht. Bis heute wird ein Großteil der Forschung zur Geschichte des Ersten Weltkrieges in Osteuropa außerhalb Russlands geleistet. Gesamtdarstellungen zu diesem Thema, seien sie russischer, seien sie westlicher Provenienz, sind selten. Umso mehr ist es zu begrüßen, wenn sich ein Historiker der Aufgabe stellt, den aktuellen Forschungsstand zur Geschichte Russlands im Ersten Weltkrieg zusammenzufassen und für einen breiten Leserkreis aufzubereiten.

Anders als etwa Orlando Figes oder Peter Holquist, die Weltkrieg, Revolution, Bürgerkrieg und alliierte Intervention als zusammen-

hängendes „Kontinuum der Krise“ (Holquist) verstehen und darstellen, lässt Alexandre Sumpf sein Buch im Jahr 1918 enden. Den Bürgerkrieg und den Sieg der Bol’ševiki behandelt er nicht. Die ersten fünf Kapitel beleuchten aus unterschiedlichen Perspektiven, wie die Streitkräfte des Zaren und die russische Gesellschaft den Krieg erlebten. Militärische und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte werden in einer panoramahaften Rundumschau nacheinander abgehandelt und zu einer *histoire totale* gebündelt, die der Front und dem Hinterland, den Erfahrungen von Soldaten und Zivilisten gleichermaßen Rechnung trägt. Besondere Aufmerksamkeit widmet Sumpf jenen Herrschaftstechniken, die im Weltkrieg erstmals erprobt und später von den Bol’ševiki aufgegriffen und perfektioniert wurden: zentralistische Lenkung der Wirtschaft; ideologische Mobilmachung gegen äußere und innere Feinde; Deportation missliebiger Bevölkerungsgruppen. Die Kapitel 6 bis 8 bieten in konventioneller Form einen Überblick des Ereignisablaufes von der Februarrevolution bis zum Frieden von Brest-Litovsk. Auch der Zerfall des Russländischen Reiches, die Loslösung zahlreicher peripherer Regionen, findet Erwähnung. Im neunten und letzten Kapitel geht Sumpf der Frage nach, warum die gesellschaftliche, wissenschaftliche und künstlerische Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg in der Sowjetunion über bescheidene Ansätze nicht hinausgelangte. In der Erinnerungspolitik des Regimes spielte der Krieg nie eine nennenswerte Rolle. Anders als die Industrialisierung der 1930er Jahre und der Zweite Weltkrieg besaß er kein identitätsstiftendes Potential, das sich die Machthaber hätten zunutze machen können, um ihre Herrschaft zu legitimieren und das Volk an sich zu binden. Obgleich der Erste Weltkrieg 1945 kaum dreißig Jahre zurücklag, war er für die sowjetische Bevölkerung längst ferne Vergangenheit.

Sumpf wartet nicht mit neuen Erkenntnissen auf. Er bietet eine souveräne Synthese der

Sekundärliteratur, die sich ungeachtet der thematischen Bandbreite nie in Nebensächlichkeiten oder übertriebener Detailfülle verliert. Sumpf erzählt eine Geschichte, deren Grundzüge jedem Kenner der Materie bereits gut vertraut sind. Es ist die Geschichte einer Großmacht, die von Anfang an vom Krieg überfordert war. Russlands militärische Schlagkraft und wirtschaftliche Ressourcen reichten nicht aus, um die außen- und machtpolitischen Ambitionen der Autokratie zu realisieren. Die anfängliche Kriegsbegeisterung, ohnehin nur auf einzelne Segmente der Bevölkerung beschränkt, verflüchtigte sich rasch, und die schweren Niederlagen des Jahres 1915 wirkten nachhaltig demoralisierend. Dauer und Intensität des Krieges, die hohen Verluste und die Flüchtlingsströme aus den Frontregionen trafen die Armee und die Gesellschaft im Hinterland unvorbereitet. Je länger sich der Krieg hinzog, je größer die Zweifel an einem für Russland siegreichen Ausgang wurden, desto lauter wurde die Kritik am verkrusteten autokratischen System. Im Februar 1917 brach die Monarchie nicht etwa zusammen, weil das Reich eine verheerende militärische Niederlage erlitten hätte. Die Lage an der Front war schwierig, aber keineswegs aussichtslos. Auch die Versorgungsengpässe in den Großstädten und Industriezentren hätten nicht zwangsläufig zur Revolution führen müssen. Ausschlaggebend war der Ansehensverlust der Autokratie. Der Zar, seit Herbst 1915 Oberkommandierender, hatte aus Sicht der politisch und wirtschaftlich tonangebenden Kräfte jeglichen Kredit verspielt. Er und seine Coterie unfähiger Höflinge und Minister schienen den Weg zum Sieg zu blockieren und mussten deshalb beiseite geräumt werden.

Die Geschichte des Zarenreiches im Ersten

Weltkrieg ist auch eine Geschichte gesteigerter gesellschaftlicher Aktivität und Selbstorganisation. Wo der Staat versagte oder Ungenügendes leistete, dort fanden Stadtverwaltungen und Zemstva neue Betätigungsfelder. Im Krieg vollzog die Zivilgesellschaft einen Entwicklungssprung. Das Gleiche gilt für die Wirtschaft. Eine neue technokratische Elite trat selbstbewusst auf den Plan. Wie Sumpf betont, wäre es verkehrt, die Geschichte Russlands im Ersten Weltkrieg ausschließlich als Geschichte absehbarer Misserfolge und unausweichlichen Scheiterns zu erzählen. Der Krieg brachte die erstarrten Verhältnisse in Bewegung; er setzte Staat und Gesellschaft unter Veränderungsdruck; er eröffnete neuartige Zukunftsperspektiven. Selbst nach einem Sieg hätte die Autokratie nicht ohne Weiteres zum Status quo von 1914 zurückkehren können. Erst der Krieg ermöglichte einen Systemwechsel, der zu Friedenszeiten undenkbar gewesen wäre. Die Tragik besteht darin, dass die Provisorische Regierung nicht den Mut aufbrachte, aus dem Krieg auszusteigen. Damit setzte sie die Erregungszustände vom Februar 1917 aufs Spiel. Unrealistische Hoffnungen auf einen Sieg und die Überzeugung, den Verbündeten unbedingt die Treue halten zu müssen, machten die Provisorische Regierung blind für die Kriegsmüdigkeit der Armee und der Bevölkerung. Welche Folgen das hatte, ist zur Genüge bekannt. Im Revolutionsjahr 1917 stand Russland vor einer Weggabelung. Dem Versagen der bürgerlich-liberalen Kräfte und dem unerwarteten Siegeszug einer radikalen Minderheit ist es zuzuschreiben, dass Russland auf einen Weg gezwungen wurde, der es von Europa entfernte, anstatt es ihm anzunähern. Diese historische Weichenstellung wirkt bis heute nach.

*Andreas Oberender, Berlin*

SERGEJ G. NELIPOVIČ: Krovavij oktjabr' 1914 goda [Der blutige Oktober 1914]. Moskva: Minuščee, 2013. 803 S., 64 Abb., zahlr. Tab. = Vek dvadcatyj. ISBN: 978-5-902073-95-6.

Der Geschichte des Ersten Weltkrieges, dieses in seinen Ausmaßen beispiellosen militärischen

Konfliktes am Anfang des 20. Jahrhunderts, wurde schon eine beachtliche Zahl wissenschaftlicher Arbeiten gewidmet. Der Schwerpunkt der Forschung lag bisher zu Recht bei den militärischen Operationen, stachen doch hier die neuen Muster, Methoden und Formen der Gefechtsführung unter Einsatz der neues-



ten Waffentechnik besonders ins Auge. In der Regel sind Abhandlungen solcher Art mit dem Makel behaftet, dass Historiker aus Ländern, die den einst verfeindeten Blöcken angehörten, bei ihrer Interpretation den Verlauf von Kampfhandlungen zu Gunsten der ‚eigenen‘ Seite verzerren. Es ist daher wichtig, von der einzelnen militärischen Auseinandersetzung ein möglichst umfassendes Bild zu rekonstruieren und, angefangenen von den Planern einer Schlacht in den Generalstäben bis hin zu den einfachen Akteuren, den Soldaten und Offizieren, die unterschiedlichen Wahrnehmungen wiederzugeben.

Ein solches Buch mit dem Titel *Der blutige Oktober 1914* hat der russische Militärgeschichtler Sergej Nelipovič, Mitglied des Wissenschaftlichen Rates des Russischen Militärgeschichtlichen Staatsarchivs, veröffentlicht. Das Werk ist den Operationen bei Warschau und Ivangorod [im Deutschen bekannt als Schlacht an der Weichsel – Anm. d. Übers.] gewidmet. Sie wurden zu „einer der größten kriegerischen Auseinandersetzungen der Armeen Österreich-Ungarns, Deutschlands und Russlands auf dem osteuropäischen (russischen) Kriegsschauplatz des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914“. (S. 6)

Als Ziel nennt der Autor, „ein Gesamtbild der Kämpfe im Oktober des Jahres 1914 auf dem russischen Kriegsschauplatz zu schaffen, die Handlungen der Streitkräfte der beteiligten Seiten und deren sich im Verlaufe der Schlacht ändernden Pläne darzustellen, die Gründe für den Ausgang der Schlacht für alle feindlichen Seiten zu analysieren sowie die Verluste der Seiten und deren Einfluss auf Verlauf und Ausgang sowohl der eigentlichen Schlacht, als auch der noch folgenden Kampfhandlungen zu ermitteln.“ (S. 18)

Das Buch ist entsprechend der Zielstellung klar strukturiert: Vorwort, die beiden Teile *Die Weichsel im Feuer* und *Vom San bis zu den Karpaten*, Nachwort und Anlagen, Quellen- und Literaturverzeichnis, Personenregister, „gebräuchliche Abkürzungen“ und eine komplette deutsche Übersetzung des Nachworts. Die Kapitel gliedern sich entsprechend dem Verlauf der Schlacht streng chronologisch in 22 Paragraphen, was das Lesen des Buches zweifellos

erleichtert. Der Autor selbst schreibt: „Das Buch besteht aus zwei Teilen, von denen der erste der Schlacht zwischen den sogenannten „Hauptkräften“ der russischen Armeen der Nordwest- und Südwestfront sowie der deutschen 9. Armee und der k. u. k. 1. Armee am mittleren Weichselabschnitt, der eigentlichen klassischen ‚Schlacht an der Weichsel‘, gewidmet ist. Der zweite Teil befasst sich mit der dem russischen Leser bis heute unbekannt Operation der Galizischen Armeegruppe der Südwestfront gegen die Hauptkräfte Österreich-Ungarns [...] am San, bei Chyrov, Sambor und Stryj sowie in der Bukowina ab Mitte September bis zum letzten Drittel des Oktobers 1914 nach dem Julianischen Kalender bzw. von Ende September bis zum 5./7. November nach dem Gregorianischen Kalender.“ (S. 20)

Im Vorwort analysiert Nelipovič Arbeiten seiner Vorgänger, wobei er darauf verweist, dass in der russischen Historiografie „die Untersuchung der Schlacht an der Weichsel nicht [...] über den Erkenntnisstand von allgemeinen Studien aus den 1920er Jahren hinausgekommen ist.“ (S. 7) Der Autor geht kurz auf Forschungsarbeiten ausländischer Autoren und die Memoirenliteratur ein, wobei er zu dem allgemeinen Schluss kommt, dass es keine zusammenfassende Arbeit zu dieser Thematik gebe. Des Weiteren wird auf die archivalische Quellsituation eingegangen: Befehle, Anordnungen, Weisungen von Kommandeuren, Meldungen und Berichte über den Verlauf von Kampfhandlungen, Beschreibungen von Kämpfen und Heldentaten. Hervorzuheben ist die fundamentale Quellenbasis (insgesamt wurde auf 465 Aktenbestände zurückgegriffen) der Archive in Österreich (Militärarchiv des Österreichischen Staatsarchivs), Ungarn (Militärarchiv des Kriegsministeriums), Polen (Staatsarchiv der Hauptstadt Warschau) und in der Russischen Föderation (Russisches Militärgeschichtliches Staatsarchiv).

Einen eigenständigen Block bilden Tagebücher und Briefe von Befehlshabern der verschiedenen Seiten. Dadurch wird es möglich, das objektive Bild der Schlacht durch menschliche Emotionen und Wahrnehmungen zu er-

gänzen, die sich zweifellos nur dann offenbaren, wenn man zwischen den Zeilen dieses Werkes liest.

Wichtig ist, dass der Autor dem Leser die „Spezifik der Streitkräfte der Seiten“ erläutert, wobei die kaiserlich-russische Armee, das deutsche Heer und die österreichisch-ungarischen (kaiserlichen und königlichen) Streitkräfte detailliert beschrieben werden, was das Erfassen der recht komplizierten und spezifischen Informationen erleichtert.

Nelipovič rekonstruiert mit trickfilmgleicher Präzision, ja, man kann sagen: geradezu stundengenau, die Kampfhandlungen aller beteiligten Kampfseinheiten und taucht den Leser förmlich in den blutgetränkten Schlamm der Schlacht. Dabei ist es dem Autor nicht nur gelungen, den Verlauf „der Oktober-Schlachten des Jahres 1914“ aus Sicht des Militärgeschichtlers zu schildern, sondern auch den ganzen Schrecken des Krieges aufzuzeigen. An ‚trockenen‘, fast enzyklopädischen Daten zu diesem kriegerischen Konflikt, zur Verlegung von Truppen und Technik und zu anderen Aspekten, fädelt er „psychologische Momente“ auf, bringt Zitate aus Briefen, beschreibt er Landschaftsbilder des Krieges und sogar das Wetter zu verschiedenen Zeiten der Schlacht. Aus dem Tagebuch des deutschen Generals Max von Gallwitz zitiert der Autor folgende Zeilen: „Es regnet in Strömen, die Leute stürzen zu Boden und kommen nicht vorwärts. Ein trauriger Anblick. Ich habe befohlen, mit Bajonetten anzugreifen, aber alles umsonst. Nur schwache Versuche.“ (S. 93) Auf eine ähnliche Stimmung trifft man auch in den Aufzeichnungen des russischen Chefs des Stabes der 69. Infanteriedivision, Oberst Belousov: „Die Regimenter hocken in feuchten Schützengräben; Essen gibt es mit Mühe und Not, und es ist nicht von besonderer Qualität. Die angespannte und ermüdende Stimmung, die unter den Offizieren und besonders unter den niederen Rängen herrscht, und die ständige Lebensgefahr zermürben die physischen Kräfte und lassen die Nerven blank liegen.“ Die Kampfhandlungen werden tatsächlich mit den Augen einzelner Akteure betrachtet – eine interessante Vorgehensweise für die Darstellung von Geschich-

te in einem solchen Werk.

Nelipovič hat zutreffend formuliert, dass „man diesen bewaffneten Kampf zurecht als einen Krieg ganzer Völker bezeichnen kann, wobei Polen, Deutsche und Juden sowohl in den Reihen der kaiserlichen deutschen, als auch in der kaiserlich-königlichen und der kaiserlich-russischen Armee gekämpft haben.“ (S. 285) Und doch waren alle diese Menschen nur Bauern in einem komplizierten diplomatischen Spiel der Herrschenden, das außer Kontrolle geriet und eine blutige Fortsetzung nahm.

Sehr begrüßenswert ist, dass dieses Buch mit seinem imposanten Umfang (808 Seiten) über ein ausführliches Personenregister (S. 755–792) und ein Verzeichnis der gebräuchlichen Abkürzungen verfügt. Es sei speziell noch darauf hingewiesen, dass das Literaturverzeichnis (140 Positionen) überwiegend deutsch- und englischsprachige Werke umfasst (132 Positionen). Auch die Archivreihen sind detailliert aufgeführt.

Für das Buch wurde sehr viel illustratives Material ausgewählt: Fotos von der Bewaffnung und Ausrüstung der kämpfenden Seiten, Porträts von Befehlshabern, düstere Kriegslandschaften und natürlich die Opfer des Krieges – gefallene Soldaten und Flüchtlinge.

Die sorgfältig zusammengestellten 20 Anlagen (S. 645–739) ergänzen den textlichen Teil der Monografie aussagekräftig. Die Anlagen 1 bis 5 geben Aufschluss über die „Schlachtpläne“ der an den Kämpfen beteiligten Armeen. In den Anlagen 6 bis 20 werden bereits die unmittelbaren und indirekten Verluste an Menschen aufgelistet: „gefallen, den Verletzungen erlegen“, „verwundet, verschüttet“, „verschollen, in Gefangenschaft“. Es wäre allerdings von Vorteil gewesen, alle Anlagen zusammen an einer Stelle unterzubringen, denn ein Teil davon ist über das Buch verteilt. Nelipovič, einer der ersten Historiker, der sich mit der Berechnung der menschlichen Verluste in der Schlacht an der Weichsel befasst, hat es verstanden, anhand der Myriaden von Zahlen sowohl die Tragik des Krieges als auch den Mechanismus der Massenvernichtung auf dem Schlachtfeld zu zeigen.

Das Fehlen von Kartenmaterial – Ausnahmen bilden lediglich die *Karte des Weichsellandes (in Kongresspolen)* und die *Karte Ostpreußen* auf den Vorsätzen des Buches – macht es dem, wie der Autor selbst treffend sagt, „im Umgang mit Fachbegriffen unerfahrenen“ Leser schwer, sich das ganze bizarre Bild der „Kämpfe vom Oktober 1914“ vorzustellen.

Letztendlich ist das Erscheinen dieses Buchs von Sergej Nelipovič erstens für den Autor selbst die Bilanz einer bestimmte Etappe

seiner wissenschaftlichen Tätigkeit, zweitens ein außergewöhnliches Ereignis für Militärhistoriker und es präsentiert drittens all denen eine sehr wertvolle Studie, die an der Geschichte des Ersten Weltkrieges, der auf so grundlegende Art und Weise den Verlauf der Geschichte des 20. Jahrhunderts verändert hat, interessiert sind.

*Ljubov' Žvanko, Char'kov*

*Übersetzung aus dem Russischen: Norbert Krallemann*

RUDOLF A. MARK: *Krieg an fernen Fronten. Die Deutschen in Zentralasien und am Hindukusch 1914–1924*. Paderborn [usw.]: Schöningh, 2013. 285 S., 24 Abb., 2 Ktn., Tab. ISBN: 978-3-506-77788-1.

World War One or the “Great War” (1914–1918) is one of the most significant events in the recent history of mankind. It is over 100 years since it broke out. Still, numerous volumes on the subject continue to be published, and much hitherto unknown information has come to light. In this interesting book Mark focuses on one of these little known subjects – Germans and German POWs in Central Asia and Hindukush during World War One and in the years following up to 1924 when “Russian Central Asia” was firmly folded into the Soviet Union. Mark uses Hindukush to denote Afghanistan but excludes Xinjiang (Chinese Turkestan), focusing on Russian Turkestan or Russian Central Asia. Likewise by “German” Mark includes German-speaking people from the former Austro-Hungarian Empire and people of German origin in Central Asia.

Mark argues two critical points. First, the importance of Central Asia and Hindukush for the geopolitical strategy of the German Empire, especially during World War One. Second, the role ethnic Germans and German-speaking POWs in these areas were assigned to play in its implementation. The first issue has recently been argued by other scholars but in this book Mark sheds further light on the subject. In fighting against the Entente powers, Germany naturally turned attention to their

weaknesses: in particular Muslim peoples of Russia’s Central Asia and Hindukush (as well as the Middle East) whose aspirations for freedom from the Entente powers Germany wanted to use to advance its own geopolitical interests. If Germany could buy the hearts and minds of these Muslims, the Entente would become weaker and Germany finally would emerge as a power comparable to Britain, France, and Russia. Germany thus wanted to “revolutionize the Islamic lands of our enemies” (p. 22) or help organize a “Jihad” against the Entente powers. For this purpose, the Oriental Information Office (*Nachrichtenstelle für den Orient*) was created in the Foreign Ministry soon after the breakout of the war.

One of the most important operations came to be known as the Niedermayer-Hentig expedition to Afghanistan in 1915 and 1916 (so named after Oskar Ritter von Niedermayer [1885–1948], military intelligence officer, and Werner Otto von Hentig [1886–1984], a diplomat, who led the mission). They were accompanied by two Indian revolutionaries, Maulana Barkatullah and Raja Mahendra Pratap Singh (pp. 110–111). Afghan Emir Habibullah was a shrewd politician. While he signed an Afghan-German friendship treaty, he skillfully avoided making any commitment to invading India and maintained neutrality. The German mission ultimately failed. The German calculations had included utilizing numerous Germans POWs held in Russian Central Asia for its purposes. There were tens of thousands of German and Hungarian POWs there (some 90,000 in 1916 and 32,000 in 1917 [pp. 57, 72, 91]). Some of

them had fled to Afghanistan. The Niedermayer-Hentig scheme had planned to use them for Indian campaigns, which did not materialize, however.

Nor did Germany's scheme against Russia succeed. Russia, like Britain, considered German diplomats and merchants as dangerous agents and closely watched their activity and took appropriate counter-measures. Almost certainly Germany played no role in the famous Central Asian rebellions against the tsarist government in 1916, although locals did hope for a German attack on Russian Turkestan. The Russian government made every effort to emphasize the alleged political disloyalty of ethnic Germans to the tsarist government and the alleged existence of a well-organized network of German secret agents consisting of Volksdeutsche and German POWs.

The fall of the tsarist government and the rise of Soviet power changed the dynamic of the situation. There was a real possibility of Russian Turkestan being emancipated from Russian control. Yet there was no consensus among the German policy makers on whether or not to support the Islamic movements (pan-Turkic, pan-Islamic, and other anti-colonial

movements). Some feared that an independent Turkestan might become an English, rather than a Russian, domain. In any case, Germany's defeat in World War One in 1918 rendered the question moot for the time being. Meanwhile, many German POWs in Central Asia, influenced by Communism, helped to establish Soviet power there.

Mark concludes plausibly that the German failure was due largely to the fact that the resources of Germany (especially expertise on these parts of the world) were incommensurate with its ambitious political plans. Mark notes that Germany's interests in Central Asia and Hindukush did not disappear, adding that Central Asia, however, played no role in the German expansion plan during World War Two.

In placing the German experience during World War One within a wider context, Mark could have done a little more. He does not discuss Germany's ambitions in Afghanistan in the 1930s. Nor does he discuss the fate of those German POWs turned Communists who stayed on in the Soviet Union. The majority of them are likely to have been arrested as German spies in 1937–38.

*Hiroaki Kuromiya, Indiana University, Bloomington*

BENJAMIN CONRAD: *Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung. Die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik 1918–1923.* Stuttgart: Steiner, 2012. 382 S., 9 Ktn. = Quellen und Studien zur Geschichte des Östlichen Europa, 84. ISBN: 978-3-515-10908-6.

Kein europäisches Land hat in so hohem Maße die Aufmerksamkeit der deutschen Historiografie beansprucht wie Polen. Keine andere als die polnische Nachbarnation war schicksalhafter mit der deutschen verbunden. Und nicht einmal der „Erbfeind“ Frankreich musste eine derart emotional verfälschte Darstellung seiner Geschichte aus deutscher Feder hinnehmen. Am Bemühen um Korrekturen hat es vor allem in beispielhaften Gesamtdarstellungen nicht gefehlt, wie sie Gotthold Rhode und

Hans Roos bereits zu Beginn der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts vorlegten. Immer wieder sind an der Universität Mainz wissenschaftliche Studien zur Versachlichung der Diskussion erschienen bzw. vernachlässigte Felder polnischer Geschichte beachtet worden, zu denen auch die vorzustellende Dissertation zählt.

Der Autor führt dem Leser zum Einstieg in seine eigentliche Thematik das politische Schicksal der polnischen Nation von deren staatlichen Teilungen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges vor Augen. Es ist dies die geschichtliche Spanne, in der die polnische Frage von der europäischen Politik weitgehend als Angelegenheit der jeweiligen Teilungsmacht oder als trinationales Problem erachtet wurde, das zwischen Russland, Preußen/Deutschland und Österreich-Ungarn auszutarieren war. Seit

der 1915 erfolgten Besetzung durch die Mittelmächte war Kongress-Polen zunächst Objekt russischer Besitzstandsrestitution und zwischen Berlin und Wien Gegenstand konkurrierender territorialer sowie wirtschaftspolitischer Begierde. Russland betrieb Sympathiewerbung durch weitreichende Autonomieversprechen. Die Mittelmächte proklamierten für die Nachkriegszeit einen Satellitenstaat, den sie vorab mit provisorischen Selbstverwaltungsorganen ausstatteten.

Mit der Deklaration nationalstaatlicher Selbstbestimmung seitens der Bol'seviki und im Rahmen der 14 Punkte Wilsons erhielt die Errichtung eines zukünftigen polnischen Staatswesens einen weltkriegspolitischen Rang. Nun änderte sich die polenpolitische Kräftekonstellation. Fortan lag die Installation eines polnischen Staates in den Händen der Westalliierten. Die zuvor russophile Dmowski-Gruppe wirkte jetzt in der Emigration eng mit diesen zusammen, während die staatsbildenden Aktivisten der Pilsudski-Anhänger in Polen selbst agierten. Diesen Wechsel der politischen Initiative, die die deutschen und österreichischen Teilungsgebiete in die Überlegungen zur Gestaltung der Polenpolitik mit einschloss, nimmt Conrad zum Anlass, die Perspektive seiner Untersuchung zu ändern. Er rückt nun die polnischen politischen Akteure in den Mittelpunkt seiner Betrachtung und den Schwerpunkt seiner Untersuchung in die unmittelbare Nachkriegszeit. Da Frankreich seine beabsichtigten Amputationen deutschen Territoriums an Rhein und Ruhr zur industriellen und militärstrategischen Schwächung des Reiches nicht realisieren konnte, profitierte Polen von der alliierten Entschlossenheit, Teile der deutschen Ostprovinzen als Hort des preußischen Militarismus zu polonisieren.

Die Tatbestände um die militärischen Auseinandersetzungen und die Problematik der Volksabstimmung in Oberschlesien sind bekannt. Das Verdienst des Autors ist es, die ethnisch und historisch begründeten Konflikte mit in die Betrachtung einzubeziehen, die die Etablierung eines polnischen Staates mit fremdnationalen Nachbarterritorien auslöste. Gemeint sind insbesondere Litauen, die Ukrai-

ne/Sowjetunion sowie die Tschechoslowakei.

Die einzelnen bilateralen Reibungsverluste sind von besonderer historischer Bedeutung, weil sie bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das Verhältnis Polens zu den benachbarten nationalstaatlichen Neugründungen belastet haben. Zwischen Warschau und Prag war bekanntlich das sogenannte Olsa-Gebiet, nach ethnischen Gesichtspunkten aufgeteilt, so umstritten, dass die Abmachung 1918 von beiden Seiten mit militärischem Einsatz in Frage gestellt wurde, nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen. Da sich beide Kontrahenten des gesamten Gebietes zu bemächtigen suchten, erzwangen die Westalliierten Mitte 1920 die Annahme der ersten Vertragsregelung. Warum das nationalsozialistische Deutschland bei der Besetzung der Tschechoslowakei 1938 den polnischen Einmarsch in das industrialisierte tschechische Olsa-Gebiet und dessen Annexion erlaubte, ist vor dem Hintergrund des sich im selben Jahr anbahnenden polnisch-deutschen Zerwürfnisses noch nicht hinlänglich untersucht worden.

Volksabstimmungen wurden immer nur von dem Staat befürwortet, der mit einem vorteilhaften Ausgang rechnete. Dass die bislang gültigen polnischen Zahlen über die Abstimmung in Oberschlesien eine grobe Fälschung sind, wie wir jetzt wissen, ist ein bedeutsames Einzelergebnis. Es verdeutlicht aber, dass im Sinne der Staatsraison Rechtskategorien keine Gültigkeit besaßen, sondern der Zweck der territorialen Ausgestaltung des Staates selbst den Einsatz kriegerischer Mittel heiligte.

Dass Polen in mehreren Grenzregionen Krieg führte, ist ein weiteres Argument für eine vergleichende Betrachtung des gesamten Grenzziehungsprozesses, wie ihn Conrad stellt. Einzelne Grenzkonflikte können hier nicht nachgezeichnet werden. Trotzdem zeigen sie Gemeinsamkeiten auf, wie sie der damals herrschenden Nationalitäten-Ideologie entsprachen. So pflegte nicht nur Deutschland einen durch die Ostsiedlungsbewegung verkörpert Kulturkolonialismus, sondern auch Polen begründete seinen Anspruch auf litauisches Gebiet vor historischem Hintergrund mit dem

Argument kultureller Überlegenheit. Conrads Arbeit zeigt, wie der Gedanke des reinen Nationalstaates bzw. des Rechts der politischen Dominanz einer tragenden Staatsnation selbst bei Gewährung einer Minderheiten-Autonomie im gesamten ostmitteleuropäischen Raum zu extremem Nationalismus pervertierte. Dieser hypertrophe Nationalismus war beileibe nicht nur ein Phänomen der Staatsgründung oder der Demografie, sondern des außenpolitischen Machtgebarens, wie es seinen Ausdruck in der Rivalität zwischen Warschau und Prag um die Vormachtstellung in Ostmitteleuropa fand.

Die vom Autor gewählte Methode der mehrnational vergleichenden „forschenden Synthese“ führt, so viel sei resümierend festgehalten, zu neuen Erkenntnissen über das von vielen Interdependenzen geprägte Gründungsgeschehen der Zweiten Polnischen Republik. Wir wissen jetzt mehr über die historischen Hintergründe der Belastungen, denen sich Po-

len in der Zwischenkriegszeit im Spannungsverhältnis von nationalstaatlicher Selbstfindung und außenpolitischen Zwängen ausgesetzt sah. Wir erfahren aber auch von politischen Hypothesen, die Polen zur „Finanzierung“ seiner Staatswerdung selbst aufgenommen hat. Was die beiden Lager der polnischen Entscheidungsträger, personifiziert durch Dmowski und Pilsudski, anbelangt, so erhalten sie in der Dissertation lediglich einen Bonus für die auf Grund politischer Arbeitsteilung erzielte Leistung der Etablierung des Staates. Während der eine in Paris die Anerkennung als außenpolitischer Sprecher erfuhr, genoss der andere den Respekt des Staatsoberhauptes. Conrad muss das hohe Verdienst angerechnet werden, einen vielschichtigen Inhaltsstoff auf polnischer und russischer Archiv- und Literaturgrundlage analysiert und verständlich darstellt zu haben.

*Hans-Erich Volkmann, Freiburg im Breisgau*

MANFRIED RAUCHENSTEINER: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918. Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2013. 1222 S., 32 Abb., 2 Ktn. ISBN: 978-3-205-78283-4.

Es ist ein wahrhaft episches Werk, das Manfred Rauchensteiner, ehemaliger Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien, vorlegt: Auf über 1200 Seiten und mit 2531 Fußnoten berichtet er über den Untergang Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg. Bereits vor über 20 Jahren hatte er mit *Der Tod des Doppeladlers* (MANFRIED RAUCHENSTEINER *Der Tod des Doppeladlers*. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Graz 1993) ein Buch zu diesem Thema verfasst, aber es handelt sich hier um mehr als bloß eine aktualisierte Neuauflage. Schon der annähernd verdoppelte Umfang verdeutlicht das, selbst wenn nicht wenige Passagen unverändert übernommen sind – und er entspricht auch einem stark gewachsenen Forschungsstand. Gleichzeitig ist Rauchensteiner sich und seinem Lebensthema treu geblieben; er arbeitet nach wie vor ganz überwiegend aus den Quellen, die er reichlich sprechen lässt.

Das fördert viele Details ans Licht und verdeutlicht Erkenntnisse auf sprechende Weise, etwa die zentrale Bedeutung der Festung Przemyśl für die Front gegen Russland: Unmittelbar nach Kriegsausbruch waren dort allein rund 27.000 Arbeiter damit beschäftigt, die Verteidigungsfähigkeit herzustellen, wofür 1000 Hektar Wald gerodet und 21 Dörfer geschleift wurden, um ein freies Schussfeld zu haben.

Die Studie ist chronologisch aufgebaut; einzelne sachliche Gesichtspunkte werden in gesonderten Kapiteln abgehandelt. Wie 1993 ist der Schwerpunkt aber hauptsächlich die Ereignisgeschichte, selbst wenn sozialgeschichtliche Fragestellungen nicht vollständig ausgeblendet werden. Die Perspektive ist freilich eine von oben, die nur selten durch die einfacher Soldaten und ‚kleiner Leute‘ aufgebrochen wird. Und sie ist auch ganz österreichisch, weshalb andere Nationalitäten der Doppelmonarchie oder gar die Kriegsgegner nur selten bzw. höchstens in Verhandlungen mit Wien aufscheinen; Ungarn, Tschechen oder Polen werden zudem vorwiegend unter dem Aspekt der Loyalität zum Hause Habsburg betrachtet.

Und während die Kriegswirtschaft oder beispielsweise Mentalitäten und Erlebniswelten eher blass bleiben, ist Rauchensteiners Stärke ganz eindeutig die Politik- und Militärgeschichte. Was er hierzu schreibt ist substanziell, von vielen Fakten getragen und im Urteil klar abwägend, etwa wenn er Kaiser Franz Joseph eine zentrale Rolle für die Entscheidungsprozesse bis 1916 zuweist oder trotz eines gewissen Faibles für die großen Namen die Unfähigkeit vieler Generäle klar benennt.

Opfer des Krieges sind allerdings vorwiegend die unter Hunger und desaströser medizinischer Versorgung leidenden k.u.k. Soldaten sowie die Kriegsgefangenen, zu denen in den letzten Jahren in Österreich viel geforscht worden ist. Nichts erfährt der Leser beispielsweise über die Dimension der schätzungsweise über 10.000 ermordeten Ruthenen aus Galizien – Untertanen der Monarchie –, die als fünfte Kolonne der Russen und daher potentiell gefährlich galten. In dem Zusammenhang, selbst wenn vielleicht eher die Deportation weiterer Tausender in Lager weitab der Front gemeint ist, schreibt Rauchensteiner irritierend: „Unsichere Kontonisten wurden aus den Aufmarschräumen entfernt.“ (S. 183) Im Kapitel *Im Schatten des Galgens* bringt er erneut viel Verständnis für Morde an Zivilisten auf und legitimiert diese mit den Worten: „Die k.u.k. Armee musste alles daransetzen, die Unruhen im Keime zu ersticken.“ (S. 271) Dass die Unruhen fast ausschließlich Hirngespinnste der Militärs waren, erfährt der Leser allerdings nicht.

Das bleibt nicht der einzige Kritikpunkt, was nicht zuletzt an der Literaturrezeption liegt, die sich auf deutsche und englische Werke beschränkt und nicht überall auf dem neuesten Stand ist. Für die Okkupation Serbiens wird beispielsweise die wichtige Studie von Jonathan Gumz ignoriert (JONATHAN GUMZ *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia 1914–1918*. Cambridge 2009), in dem die Schrecken der Besatzung eindrücklich geschildert sind. Die Aufbauleistung in Form von Elektrifizierung und Schulbildung, die Rauchensteiner stattdessen erwähnt, fand zwar durchaus statt und ist in den Quellen der k.u.k. Militärs zur Genüge ausgebreitet, aber

wohl nicht das entscheidende Charakteristikum der Herrschaft. Zudem wird auf die dort ebenfalls ständig betonte medizinische Versorgung abgehoben mit dem Hinweis, dass die Serben dazu nicht in der Lage gewesen seien – was schlicht verkennt, dass das kleine Land seit Sommer 1914 um sein Überleben kämpfte und nicht gewissermaßen per se rückständig war (S. 757–761). Auch im Falle Montenegros ist bloß lapidar von einem „Kampf jeder gegen jeden“ (S. 726) die Rede, wenn es eigentlich um brutale Gewalt gegen die Einheimischen geht, die keinesfalls bloß alle unter das Rubrum „Widerstandskämpfer“ zu subsumieren sind.

Rauchensteiner ist außerdem sehr kritisch gegenüber dem Nationalismus der Völker des Habsburgerreichs. Erkennbar steht ihm der „brave Soldat“ viel näher als ein Deserteur, der an sich selbst und die seinen denkt – anschaulich zeigt dies ein Ranking der Ordensverleihungen, in dem insbesondere die Nichtösterreicher hervorgehoben werden, weil es unter ihnen ebenfalls tapfere Kämpfer für die Krone gab. Besonderes Lob erhält die Infanterie, aber es könne auch anderen Waffengattungen „nicht abgesprochen werden, dass sie Herausragendes leisteten, Anerkennung verdienten und für sich reklamieren konnten, Dutzende Helden gestellt zu haben“ (S. 980). Diese doch martialisch anmutende Diktion zeigt den Militärhistoriker, für den der Krieg noch „Helden“ hervorbringt, also Männer, die sich durch das Töten fürs Vaterland auszeichnen.

Angesichts derartiger Blind- und Schwachstellen wird man das Buch eher nicht als innovativ oder übermäßig kritisch bezeichnen können, stattdessen ist es eine von viel Sympathie für ein untergegangenes Reich getragene große Erzählung, die eine Fülle von Informationen darbietet. Auch dank zahlreichen Bildern, einem umfassenden Personen- und Ortsregister sowie zwei Karten der beiden Hauptkriegsschauplätze ist es aber mindestens für die Militär- und Ereignisgeschichte ein Standardwerk, das für die Beschäftigung mit dem Untergang der Doppelmonarchie auf lange Zeit hin unverzichtbar bleiben wird. Gerade Rauchensteiners Kenntnis der Archive hat viele Details ans Licht gefördert und trägt, gemeinsam mit der

flüssigen Darstellung, zum bleibenden Wert der Studie bei. So lässt sie sich nicht nur mit Gewinn, sondern mit Genuss lesen – sofern das bei einem solchen Thema überhaupt möglich ist. Und es ist durchaus nicht vollkommen

übertrieben, dass die Verlagswerbung auf dem Buchrücken von einer „mitteleuropäischen Enzyklopädie des Ersten Weltkriegs“ spricht.

*Stephan Lehnstaedt, Warschau*

Frontwechsel. Österreich-Ungarns „Großer Krieg“ im Vergleich. Hrsg. von Wolfram Dornik / Julia Walleczek-Fritz / Stefan Wedrac unter Mitarbeit von Markus Wurzer. Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2014. 466 S., 6 Graph. ISBN: 978-3-205-79477-6.

Der Sammelband ist ein Beitrag zur breit angelegten Forschung der letzten zwei Jahre zur Geschichte des Ersten Weltkrieges und gleichzeitig ein Resümee des Projektes *Erster Weltkrieg im Vergleich* einer 2008 gegründeten Initiative österreichischer Historikerinnen und Historiker. In der Annotation des Buches heißt es, dass die „Autoren nicht nur die sogenannte ‚Heimatfront‘ des Ersten Weltkrieges untersuchen, sondern sie werfen gleichermaßen einen Blick auf andere Kriegsschauplätze“. Die zwanzig Beiträge versuchen allesamt die Ereignisse zwischen 1914 und 1918 in das „Lange 19. und 20. Jahrhundert“ einzubetten.

Die ersten Beiträge stellen eine methodisch-bibliographische Einleitung dar. GERHARD P. GROSS untersucht in dem Text *Annäherung an die „Urkatastrophe“: Vom Bild des Kriegsausbruches 1914 durch den Blick der „Fischer-Kontroverse“* die Weltkriegs-Interpretationen bis zur aktuellen Untersuchung von Christopher Clark. Sein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Handeln der Entente und Serbiens. Selbstverständlich hat auch Clark nicht das Schlusswort in der Debatte um die ‚Kriegsschuld‘. An dieser historiographischen Studie knüpft HANNES LEIDINGER mit einer Analyse der bei jüngeren Historikern im Trend liegenden vergleichenden Weltkriegsforschung an. Er setzt sich vorwiegend mit der Frage einer weiteren Notwendigkeit komparativer Methoden auseinander. Der dritte Text, ein mentalhistorischer Beitrag (*Kriegsmentalitäten. Miscellen aus Österreich-Ungarns letztem Krieg*), stammt von dem bedeutenden österreichischen Historiker MANFRIED RAU-

CHENSTEINER, Autor des Standardwerkes *Der Erste Weltkrieg* (2013). Er präsentiert ein buntes Bild von Expressionen in diesem Bereich und liefert einen Vorgeschmack auf die nächsten Beiträge dieses Bandes.

Der erste Abschnitt des Sammelbandes widmet sich in dem *Erleben vs. Erinnern* der Kultur- und Alltagsgeschichte. LIISI EGLIT vergleicht die Erfahrung österreichischer und estnischer Soldaten nach ihrer Heimkehr in die veränderten Verhältnisse, die besonders in Estland den Beginn einer dramatischen Zeit darstellen. Dass dabei ein Vergleich von west- und mitteleuropäischem Raum stattfindet, ist erfreulich. Das karitative Wirken österreichischer Ordensgemeinschaften in den Balkankriegen und im Ersten Weltkrieg interessiert ANTIJE BRÄCKER. Sie untersucht die kirchlich-karitative Sicht, die staatlichen Interessen und das nationale Denken, die besonders in der Habsburgermonarchie im Brennpunkt standen. Lobenswert ist die Rückschau auf die kirchliche Tradition des 19. Jahrhundert, in der besonders auf dem Balkan die Mission der Franziskaner aktiv war.

Zu diesem thematischen Umkreis gehört auch der Beitrag von JULIA WALLECZEK-FRITZ *Kontrolle durch Fürsorge. Neutrale humanitäre Organisationen und ihr Engagement für Kriegsgefangene in Österreich-Ungarn und Russland in Ersten Weltkrieg in vergleichender Perspektive*. Auf der Grundlage umfangreicher Forschungen zeigt sie, dass der Erste Weltkrieg etliches zum modernen Menschenrechtsverständnis beigebracht hat. *Sammeln, Dokumentieren, Erinnern?* nennt AIBE-MARLENE GERDES ihre vergleichende Arbeit über Kriegssammlungen in Deutschland und Österreich. Sie beschreibt den Sammeleifer von Institutionen und Privatpersonen über „Glorreiche Heldentaten-Dokumentationen“ vor und hinter der Kriegsfrente. Dies wurde in Österreich weniger ernst ge-



nommen, dafür umso mehr in Deutschland und auch in den deutsch-böhmischen Gebieten. Interessant wäre es, der Frage nachzugehen, wie sich hier die Loyalität gegenüber Franz Josef I. und Karl I. auf Deutschland und seinen Herrscher Wilhelm II. verlagerte. Für die Nachkriegszeit blieb meistens nur noch die Kraft, Kriegerdenkmäler zu bauen.

Der folgende Beitrag von RALPH ANDRASCHKE-HOLZER untersucht unter anderem das Verhältnis deutsch-österreichischer Prosaautoren zu ihren slawischen Mitbürgern während des Krieges. Er konstatiert auch, dass eine Synthese österreichischer Kriegsprosa fehlt.

Der Kulturgeschichte widmet sich auch der letzte Text dieses Abschnitts von MACIEJ GÓRNY: *Der „Krieg der Geister“ im Osten?* Górny bejaht nicht nur diese Frage, sondern er stellt auch fest, dass der „Krieg der Geister“ seine ostmittel- und südosteuropäischen Fronten hatte. Hinsichtlich ihrer Argumente und ihres intellektuellen Ranges waren sie nicht weniger bedeutend als ihre westlichen Schicksalsgenossen. Der Beitrag stellt eine gelungene Übersicht zu dieser Thematik dar.

Die Überschrift des zweiten Abschnitts lautet *Selbstbestimmung vs. Fremdherrschaft*. Er beschäftigt sich mit dem Thema Österreich-Ungarn als Okkupant mit all seinen Zusammenhängen. DANIEL MARC SEGESSER zielt mit seinen Ausführungen *Kriegsverbrechen? Die österreichisch-ungarischen Operationen des August 1914 in Serbien in Wahrnehmung und Vergleich* auf die Analogie zwischen der Monarchie in Serbien und dem Verhalten der Deutschen in Belgien. Er stellt fest, dass nach dem Krieg die Grausamkeiten der kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan kaum ein Thema waren. In diesem Zusammenhang wird auch die Auslegung der Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung thematisiert.

Die Besatzungsherrschaften an der West- und an der Balkanfront werden auch von HEIKO BRENDEL und EMMANUEL DEBRUYNE gegenübergestellt. Das öffentliche Interesse an den Ereignissen im Westen überstieg weit das an der Balkanfront.

ELISABETH HAID vergleicht Nationalpolitik und Kriegspropaganda Österreich-Ungarns

und Russlands am Beispiel der galizischen Ruthenen. Die Autorin betont mit Recht, dass schon die Spannungen der Vorkriegszeit zwischen beiden Imperien vor allem die Volksgruppe der Ruthenen betrafen. Unter dieser Bezeichnung versteht man die Sprecher der westukrainischen Variante des Ukrainischen. Um diese von der Mehrheit der Ukrainer, die unter russischer Oberhoheit lebten, zu unterscheiden, wurde von der k. u. k. Bürokratie der Begriff „Ruthenen“ eingeführt. Im Laufe und besonders zum Ende des Krieges komplizierte sich die Lage dieser Menschen im Zusammenhang mit den sich formierenden neuen (Ukraine) oder alt-neuen (Polen) staatlichen Identitäten.

Drei Beiträge im zweiten Abschnitt stellen einen diachronen Vergleich dar. STEPHAN LEHNSTAEDT bietet in seinem Artikel *Methodische Überlegungen zur Okkupation Polens im Ersten und Zweiten Weltkrieg*. Es ist erfreulich, dass der Verfasser dies als ein schwieriges Problem betrachtet, aber das schließt selbstverständlich eine Synthese nicht aus. Das gilt auch leicht modifiziert für den Beitrag *Italian interwar administration of Slovenian ethnic territory: Italian ethnic policy* von PETRA SVOLJŠAK und BOJAN GODEŠA. CLAIRE MORELON wirft einen Blick auf Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen Böhmens im Ersten und Frankreichs im Zweiten Weltkrieg in ihrem Beitrag: *A threat to national unity? The urban-rural antagonism in Prague during The First World War in a comparative perspective*. Wie schon betont, sind Vergleiche zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, noch dazu in verschiedenen Ländern, eine äußerst schwierige Unterfangen. Gut dargestellt ist aber der Antagonismus der städtischen und ländlichen Gesellschaft in Böhmen. Das gilt auch in Hinblick auf die nationalen Unterschiede zwischen den ärmeren deutsch-böhmischen und den viel reicheren tschechischen Agrargebieten, was zu Beschwerden über mangelhaften Lebensmittellieferungen führte.

Der dritte Abschnitt *Militär vs. Politik* beschäftigt sich mit traditionellen Themen wie Diplomatie, Armee und hoher Politik, dennoch fehlen keinesfalls komparative Aspekte. STRA-

TON N. DORDANAS schreibt über *Österreich-Ungarn und die Makedonische Frage während des Ersten Weltkriegs*. LOTHAR HÖBELTS „*Frock Coats and Brass Hats*“ – *Das Verhältnis von Politik und Militär im Ersten Weltkrieg* stellt das Thema in einen breiten europäischen Kontext. GÜNTER SANDNER untersucht *Otto Neuraths Kriegswirtschaftslehre* und zeigt, welche Anwendung sie während des Krieges in der Praxis fand. Einen spannenden Lesestoff bietet der Text von VERENA MORITZ über *Militärische Nachrichtendienste Österreich-Ungarns und Rußlands vor dem Ersten*

*Weltkrieg – ihre Potenz und Wirkung*. Der letzte Text von M. CHRISTIAN ORTNER ist der *Entwicklung des österreichisch-ungarischen Kampfverfahrens im Ersten Weltkrieg* in seiner ganzen Vielfalt gewidmet.

Der Sammelband *Frontwechsel* ist ein lobenswertes Projekt mit neuen Fragen im Rahmen der Erforschung des Ersten Weltkriegs. Gleichzeitig werden interessante wissenschaftliche Ergebnisse in komparativer Sicht auf der Grundlage guter Quellenanalysen vorgestellt.

Kristina Kaiserová, Ústí nad Labem

### Allgemeine Rezensionen | Nach Perioden, Ländern, Themen

LOTHAR FRITZE: *Anatomie des totalitären Denkens. Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung im Vergleich*. München: Olzog, 2012. 607 S. ISBN: 978-3-7892-8324-6.

Lothar Fritze ist überzeugt, dass „totalitäres Denken“ den Tätern erlaubt habe, ihre Verbrechen „mit gutem Gewissen“ (S. 12) zu begehen. Um zu klären, auf welchen Grundlagen das beruhte, nimmt er die Strukturelemente der kommunistischen und nationalsozialistischen Weltanschauung in den Blick. Es geht ihm nicht darum, empirisch aufzudecken, warum die Diktaturen so leicht willfährige Unterstützer gewinnen konnten und welche Motive diese leiteten. Er hat vielmehr die führenden Nationalsozialisten und Kommunisten im Blick und behauptet, Hitler und Stalin seien „Täter mit gutem Gewissen“ gewesen (S. 522). Ist ihr „Gewissen“ aber wirklich relevant? Fritze bewegt sich auf einer abstrakt-philosophischen Ebene. Dabei lehnt er sich explizit an Ernst Nolte an und unterstellt, Hitlers Handeln erkläre sich aus einer realen Angst vor dem Kommunismus. Für ihn ist deshalb Marx der eigentlich Verantwortliche (S. 474). Trennt man Fritzes Studie von dieser Selbstverortung, ist die von ihm aufgeworfene Frage allerdings durchaus von Interesse: Welche Elemente dieser Weltanschauungen bewirkten eine Entgrenzung gegenüber Gwalhandeln?

Fritze sieht es als notwendige Voraussetzung für Verbrechen gegen die Humanität und Zivilisation an, dass die verantwortlichen Akteure vom moralischen Gerechtfertigtsein ihres Tuns überzeugt waren. „In beiden Systemen waren auf allen Ebenen der Herrschaftsausübung Menschen beteiligt, die in dem Bewusstsein handelten, einer menschheitsgeschichtlich bedeutenden und moralisch höchst ehrenwerten Sache zu dienen“ (S. 16). „Wenn nun zwei inhaltlich sehr verschiedene Systemideologien in diesen Hinsichten tatsächlich vergleichbare Leistungen erbringen, dann liegt die Vermutung nahe, dass beide Ideensysteme übereinstimmende Strukturmerkmale aufweisen, die sowohl mit ihrer charakteristischen Verführungskraft als auch ihren Rechtfertigungspotenzialen in Zusammenhang stehen“ (S. 30). Diese Vermutung will Fritze prüfen, indem er zentrale Bestandteile beider Ideologien, die versprochen, „praktikable Lösungen für ungelöste Daseinsprobleme“ anzubieten (S. 36), vergleichend betrachtet.

Fritze behauptet, es sei bisher nicht beachtet worden, dass beide Weltanschauungen auch eine Reihe formaler Ähnlichkeiten aufweisen: das Arbeiten mit Denkfiguren etwa, die Gefahrenabwehr mit „Notwehr“ begründen (S. 18–19), und utilitaristische Opferkalkulationen (S. 373–418). Er postuliert, das Handeln totalitärer Täter sei rational erklärbar. Die Rechtfertigungsargumente für opferträchtiges

Handeln ließen sich aus der Systemideologie ableiten (S. 25). Fritze stellt korrekt fest, dass er diese Studie auch schon vor 50 Jahren hätte anfertigen können (S. 9–10). Sie basiert fast ausschließlich auf der Analyse bekannter programmatischer Texte. Die kritische Auseinandersetzung der Forschung mit Ernst Nolte ignoriert er einfach.

Der Text entstand am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden. Fritze gliedert seine Studie in Kapitel von ungleicher Länge. Er beginnt mit einem *Denkeinstieg* (S. 11–26), und geht dann auf die grundsätzliche Frage von Systemideologien und ihren Vergleich ein (S. 27–42). Beachtung verdienen vor allem die beiden kürzeren Kapitel *Strukturgleichheit* (S. 43–76) und *zentrale Denkfigur* (S. 373–418). Hier legt Fritze den Kern seines Arguments über die fatale Strukturgleichheit „totalitären Denkens“ dar. Es blende Reflexion aus und rechtfertige Morde mit der zu schaffenden besseren Ordnung. In dem mit Abstand längsten Kapitel zu den *strukturellen Parallelen* geht es um charakteristische Argumentationsmuster beider Ideologien, die einzeln, wie Fritze ausführt, aber durchaus nicht nur in Diktaturen anzutreffen sind (S. 77–372). Die Ausführungen zu den *inhaltlichen Differenzen* dienen ihm vor allem dazu, eine Überlegenheit von Hitlers Denken gegenüber dem von Marx zu suggerieren (S. 419–504). Abschließende Überlegungen finden sich im Kapitel 8 und den Nachbetrachtungen (S. 505–540).

Fritze rechtfertigt sich wiederholt umständlich dafür, dass er nicht die Verurteilung der beiden Weltanschauungen in den Vordergrund rückt (S. 11 ff.; 505 ff.). Er billigt beiden, dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus gleichermaßen, das Prädikat „Sozialexperiment“ (S. 9) zu. Angesichts der Ausrottungspolitik des Nationalsozialismus erscheint das äußert fragwürdig. Mit dem wichtigen methodischen Problem der Anlage seiner Studie beschäftigt sich Fritze dagegen überhaupt nicht: Ist ein Vergleichsansatz zulässig, der den philosophischen Schriften von Marx die Auslassungen des Massenmörders Hitler gegenüberstellt? Fritze tut so, als handle es sich um

Argumentationen auf der gleichen Stufe. Bei sorgfältiger Lektüre wird deutlich, dass dies vor allem darauf zielt, Marx die Schuld an beiden Ideologien zuzuweisen.

Methodisch ist dieses Vorgehen ohne Zweifel unzulässig. Fritze begründet es damit, dass der Marxismus ein reifes Ideengebäude verkörperere. Deshalb konzentrierte er sich auf die Schriften der Gründungsväter Marx und Engels. Bei der nationalsozialistischen Ideologie sei dagegen „das Denken Adolf Hitlers maßgeblich gewesen“. Er habe nicht nur die „politischen Weichenstellungen vorgenommen, sondern auch die ideologischen Rechtfertigungen dafür geliefert“ (S. 33–34). Fritze konstatiert zwar, dass die Schriften Hitlers im Vergleich „ein unvergleichbar niedriges Niveau des gedanklichen Gehalts und der theoretischen Durchdringung“ aufweisen (S. 34–35). Doch der Marxismus sei der weltanschauliche Gegner des Nationalsozialismus gewesen: Einiges spreche dafür, dass Hitler „wesentliche weltanschauliche Überzeugungen in Auseinandersetzung mit dem Marxismus (beziehungsweise dem, was er darunter verstand) gebildet“ und „sein Gedankengebäude bewusst als ein ‚Gegengift‘ zum Marxismus konstruiert“ habe (S. 40). Die potentielle Strahlkraft der nationalsozialistischen Ideologie sei aber von vornherein beschränkt gewesen. Ganz anders der Marxismus: Seine ethisch-universalistische Grundorientierung habe die Emotionen und das Engagement von Millionen humanistisch eingestellter Menschen in aller Welt bewirkt. „Spricht dieses eminente Verführungspotenzial des Marxismus nicht letztlich für seine in mancher Hinsicht größere Gefährlichkeit? Diesem Gedanken wird man sich nur schwer entziehen können.“ (S. 474)

Um ‚Gleichwertiges‘ zu vergleichen, hätte Fritze die Schriften von Lenin bzw. Stalin auf der Seite des Kommunismus auswählen müssen. Das wäre weit mühsamer gewesen, hätte aber für eine saubere Argumentation gesorgt. Das Werk von Marx war selbst den bolschewistischen Mördern weitgehend unbekannt. Allein deshalb konnte es ihnen mit Sicherheit kein „gutes Gewissen“ verschaffen. Sogar in dem mit *inhaltliche Differenzen* überschriebenen

Abschnitt ist Fritze vor allem bemüht, die Aussagen von Marx unter Verweis auf die Praxis unter Stalin in ihr Gegenteil zu verkehren (S. 419–504). Dass sich Hitler keine Illusion über die destruktiven und irrationalen Kräfte der menschlichen Natur machte, während der Marxismus sich den Menschen als ein vernünftiges, aufklärbares Wesen vorstellte, dient Fritze als Beleg, dass Hitler die menschlichen Schwächen realistischer zur Kenntnis genommen habe (S. 464–468). Geradezu rührend spinnt Fritze aus, dass Hitlers Sorge um die künftige Generation durch „den Schutz von Interessen Noch-nicht Geborener [...] universalistischer orientiert ist als eine Konzeption, die lediglich die Interessen der jeweils lebenden Individuen in den Blick nimmt“ (S. 482–483). Hitlers Interesse an der „Erhaltung der Art“ erfülle deshalb die Qualität der „Nachhaltigkeit“ (S. 483).

Der zentrale Begriff für Fritze ist „totalitäres Denken“. Dieses Denken und nicht etwa die Täter tragen für ihn die eigentliche Schuld an den Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er suggeriert, dass dieses Denken auf Marx zurückgehe. Er definiert es als „Denken ohne Maß und Verstand“, das sich in gänzlich ungenügender Weise dem Problem der Ungewissheit stelle: „Totalitäres Denken ist sehr häufig opferträchtiges Denken. Es ergeht sich in Opferkalkulationen und stellt ungültige Rechtfertigungen für die billigende Inkaufnahme von Menschenrechtsverletzungen bereit.“ (S. 524) „Totalitäres Denken wurzelt aber auch in Gedankenlosigkeit, Leichtfertigkeit und Fahrlässigkeit“, in der epistemischen „Praxis, weltanschauliche, insbesondere politische Überlegungen mit einem Wahrheits- und Unrevidierbarkeitsanspruch zu versehen und gegen Kritik abzuschirmen“ (S. 525). Es sei insofern religiösem Denken verwandt und immer auch antiwissenschaftlich.

Fritze behauptet, Marxismus und Nationalsozialismus seien durch ein übereinstimmendes Politikverständnis geprägt gewesen (S. 43–76). Hitler wie Marx hätten die Notwendigkeit einer gewaltförmigen Lösung vertreten (S. 56). Marx habe systemerhaltende Reformen ausgeschlossen und einen gewaltsamen Verlauf der revolu-

tionären Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft erwartet. Obwohl er postulierte, der Kapitalismus würde an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen, habe er die „Geburtswehen“ der neuen Gesellschaft durch entsprechendes politisches Handeln für abkürzbar gehalten. Ausgehend von den Disproportionen zwischen Volkszahl und Lebensraum habe Hitler einen strukturell ähnlichen Denkansatz verfolgt: Er leitete das Ziel des politischen Handelns aus Gesetzmäßigkeiten ab, die den Überlebenskampf von Menschengruppen bestimmten. Die Lebenskampftheorie sei der Kern seiner Weltanschauung gewesen. Jede Strategie, den Lebensraum der Volkszahl anzupassen, musste für Hitler zur Zuspitzung der internationalen Spannungen und letztlich zum Krieg führen (S. 55). Hitler argumentierte naturrechtlich bzw. moralisch mit dem Recht auf Leben. Mit dem „Recht des Stärkeren“ könne sich jeder nehmen, was er zu seiner Erhaltung und Entfaltung brauche. Hitler habe sein Handeln also aus einem Notstand heraus begründet. War für Marx die Eroberung von politischer Gewalt durch die Arbeiterklasse unabdingbar, hatte für Hitler ein kraftvolles Volk seinem Selbsterhaltungstrieb zu folgen (S. 62).

Höchst problematisch ist die enge Anlehnung an das geschichtsphilosophische Denken von Ernst Nolte (u.a. S. 40–41, 110, 128, 171). Von Nolte übernimmt Fritze den Gedanken, Hitler habe eine „biologische Version der Marxschen Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen“ entwickelt. „Es dürfte keinem vernünftigen Zweifel unterliegen, dass Hitler, Göring, Goebbels, Himmler, Rosenberg und andere Nationalsozialisten ernsthaft von einer kommunistischen Bedrohung ausgingen“ (S. 94).

Ärgerlich ist, was uns Fritze als Allheilmittel gegen „totalitäres Denken“ verkaufen will: Hitler hätte nur selbstkritischer gegenüber seinen „theoretischen“ Schlussfolgerungen sein müssen, um alles zu vermeiden (S. 515–522). Das Versagen von Hitler und Stalin „ist in letzter Instanz in einer unverantwortbaren, weil unkritischen und irrationalen, Haltung gegenüber den eigenen Überzeugungen zu suchen – in der Anmaßung, auf Basis eines vagen Für-

wahr-Haltens massenhaft Menschen opfern zu dürfen“ (S. 522). Hitler und Stalin litten also lediglich an der „Gewissheit der eigenen Unfehlbarkeit“. Aus Selbstüberschätzung seien sie in den Totalitarismus abgedriftet (S. 516). Das wird ihre Opfer kolossal beruhigen! „Angesichts der Folgen des Handelns der Nationalsozialisten muss man es bedauern, dass insbesondere Hitler verschiedene Einsichten in die menschliche Natur nicht auf sich selbst bezogen hat.“ (S. 518) Die Rekonstruktion habe gezeigt, „dass die großen Verbrechen nicht [...] in einem Defizit an moralischem Wollen, sondern ganz wesentlich [...] in einer radikalen Überschätzung der eigenen Erkenntnisresultate und persönlichen Prognosefähigkeit wurzeln“ (S. 520).

Gegenüber der großen Masse der Gefolgsleute ist Fritze weniger nachsichtig. Das Täterverhalten könne weder vollständig erklärt werden noch treffe die Diagnose vom „Täter mit gutem Gewissen“ auf jeden Tätertyp zu. Dieser Verhaltenstyp trete nur in Ausnahmefällen rein auf. Sehr viele Täter, etwa weltanschauliche Eliten, Propagandisten und Schreibtischtäter, fielen nur bedingt darunter. Viele hätten eigenmächtig und willkürlich Gewalt ausgeübt und das „befehlsgemäß“ geforderte Maß überschritten. Ihnen könne nicht unterstellt werden, dass sie subjektiv ihr eigenes Tun als gerechtfertigt empfunden hätten (S. 531–532).

Mit der Aufdeckung von Denkfiguren, die zu opferträchtigem Handeln motivierten und dies subjektiv rechtfertigten, will Fritze uns zugleich heute vor Gefahren bewahren: So behauptet er, der „Ökologismus“ arbeite mit ähnlichen Denkmustern (S. 527). Und er spart nicht mit guten Ratschlägen: Fanatismus und Dogmatismus seien die mentale Voraussetzung dafür, sich gegen Kritik zu sperren. Mangel an Skepsis mache wehrlos gegenüber Ideologien. „Totalitäres Denken“ verstoße gegen elementare Grundsätze einer „rationalen Handlungsorientierung“ (S. 526–528). Mit der Übertragung des „Lebensraum-Dilemmas“ auf die heutige Situation rechtfertigt Fritze dann auch noch moralisch Gewalthandeln: Angesichts

von Flüchtlingsbewegungen sei nicht zu leugnen, dass Hitlers Ideen an realen Problemen anknüpften. „Akzeptiert man das moralische Prinzip, wonach jedes Volk verpflichtet ist, [...] überschüssigen Lebensraum oder nicht genutzte Ressourcen an Bedürftige abzutreten“, befänden sich viele Menschen in einer Situation des „gerechtfertigten Notstands“ (S. 539). Wollte man sich vom „Recht des Stärkeren“ verabschieden, so Fritze, müsse man einen menschenrechtlich begründeten Anspruch auf Hilfeleistung zum Überleben anerkennen, und wenn dieser nicht erfüllt würde, das Recht, „sich zu nehmen, was man zum Überleben braucht“ (sic!) (S. 540).

Fritztes Studie zum „totalitären Denken“ überzeugt dort, wo sie sich auf die Argumentationsmuster zur Entgrenzung gegenüber Gewalthandeln beschränkt. Er verletzt aber grob Standards wissenschaftlicher Redlichkeit, wenn er Marx' Philosophie als platte aktionistische Handlungsanweisungen zum Massenmord verkauft und Marx zudem noch die Verantwortung für Hitlers Verbrechen aufbürdet. Das mag der Biographie von Fritze geschuldet sein, methodisch ist es unzulässig und es diskreditiert seine Argumentation. Er diskutiert noch nicht einmal, wie sich der Leninismus zu den Schriften von Marx verhielt. Anders als viele Deutsche *Mein Kampf*, haben Sowjetbürger die philosophischen oder theoretischen Schriften, die Fritze hier analysiert, nicht verschlungen, wohl aber die Propaganda, die ihnen bestimmte Feindbilder einbläute. Fritze unterstellt, es seien Denkgebäude gewesen, die die Bevölkerung in ihrer totalitären Logik überzeugten, und behauptet, mörderisches Handeln sei rational ableitbar gewesen. Die Analyse der Kommunikationsstrukturen in Diktaturen zeigt dagegen, dass diese vor allem bemüht waren, rationales und kritisches Denken zu unterbinden. Mit ihrer Kontrolle von öffentlichen Äußerungen verwiesen sie Kernelemente der Ideologie in den Bereich des Religiös-Sakralen und nahmen sie von jeglicher Reflexion aus.

*Stephan Merl, Bielefeld*

JOACHIM BAHLCKE: Geschichte Tschechiens. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München: Beck, 2014. 128 S., 2 Ktn. = C.H.Beck Wissen, 2797. ISBN: 978-3-406-66179-2.

Mit seiner Reihe *Beck Wissen* verfolgt der Beck-Verlag in München seit mehreren Jahren das Ziel, kompakte Überblicksdarstellungen zu historischen Themen anzubieten. Dieses zwischen Lexikonartikel und wissenschaftlicher Darstellung schwankende Kleinformat hat viele Vorteile, aber auch seine Grenzen: Es bietet einerseits einen raschen Zugriff auf komplexe Sachverhalte, andererseits können diese nur unzureichend diskutiert und in der Forschung verortet werden. Mit dem von Joachim Bahlcke vorgelegten Band zur Geschichte Tschechiens liegt nun eine weitere Publikation dieser Reihe vor, bei der zunächst die Frage zu stellen ist, wer vor der schwierigeren Aufgabe steht: der Autor, der auf 120 Seiten die komplexe Geschichte eines Landes – gemäß Untertitel „vom Mittelalter bis zur Gegenwart“ – abzudecken hat; oder der Rezensent, der dies angemessen beurteilen und einordnen soll.

Der Band selbst startet mit einer Neupositionierung. Der Autor schildert zunächst im Kapitel über Territorium, Sprache und Nation die Schwierigkeiten der Begriffe „böhmisch“ und „tschechisch“. Er entscheidet sich dann gegen die häufig in historischen Darstellungen deutscher wie auch tschechischer Autoren gebräuchliche Bezeichnung „böhmische Länder“ und für eine vom Gegenwartsbegriff ausgehende „Geschichte Tschechiens“. Im Folgenden werden dann die grundsätzlichen Entwicklungsschritte geschildert. Dabei zeigt der Autor zunächst die enge Verknüpfung von Staatsbildung und Christianisierung auf. Es folgen Abschnitte zum letztlich produktiv wirkenden Dualismus zwischen König und Adel, zur mittelalterlichen Stadtgeschichte und zur Hussitenzeit. Die Darstellung über die Zeit um 1400 verdeutlicht anschaulich das Zusammenspiel von Wachstum und Krise und deren gesellschaftlichen und religiösen Folgewirkungen.

Insbesondere für die frühe Neuzeit und die 1526 beginnende Habsburgerherrschaft warnt Bahlcke indirekt vor der Gefahr von Rückpro-

jektionen. In der Tat ist es in einer kompakten, potentiell für einen größeren Leserkreis gedachten Publikation angebracht, darauf zu verweisen, dass Begriffe wie „Habsburgermonarchie“ oder „Donaumonarchie“ sich auf Staatsformen des 19. Jahrhunderts beziehen und für die Zeit davor der Blick auf die spezifischen Formen der Einbindung der historischen böhmischen Länder in den dynastischen Verbund der Habsburger gerichtet werden muss. Der Autor zeigt in diesem Zusammenhang auf, wie das Gebiet infolge der Schlacht am Weißen Berg (1620) von einem religiös plural orientierten Land zu einem geschlossenen Konfessionsstaat wurde.

Ähnlich wie das Mittelalter und die frühe Neuzeit wird auch die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts entlang den bekannten politischen Zäsuren abgeschrieben. Das von nationalen Bewegungen beeinflusste Verhältnis von deutscher und tschechischer Bevölkerung wird als ein wichtiges Motiv gesellschaftlicher Entwicklung benannt, die aber auch im Kontext anderer politischer Entwicklungen beschrieben wird. Die vom Autor erwähnte Vorstellung, im Laufe des 19. Jahrhunderts seien zwei „Parallelgesellschaften entlang der tschechisch-deutschen Sprachgrenze“ (S. 71) entstanden, steht freilich im Gegensatz zu neueren Forschungen, die trotz bestehender Antagonismen auf Formen der gesellschaftlichen Durchlässigkeit und Vielfalt verwiesen haben. Der Begriff der Parallelgesellschaften steht somit auch gegen den von Jan Křen geprägten und vielfach aufgegriffenen Begriff der deutsch-tschechischen „Konfliktgemeinschaft“.

Das letzte Viertel der Darstellung ist dann der Geschichte der Tschechoslowakei seit 1918 bzw. Tschechiens seit 1993 gewidmet. Wie bei vielen anderen Studien auch zeigt sich in der vorliegenden Publikation die Schwierigkeit, die Rolle der Slowakei angemessen zu bewerten. Auch bei Bahlcke kommt zum Beispiel die Frage nicht vor, welche Rückwirkung die Einbindung der östlichen Landeshälfte nach 1918 für die tschechische Gesellschaft hatte. Der Autor benennt dafür explizit, wie sehr die Tschechoslowakei von der gesellschaftlich-politischen Entwicklung vor 1914 profitierte. Der Band

endet mit dem Wechsel im Präsidentenamt von Václav Klaus zu Miloš Zeman im Frühjahr 2013. Im knappen Anhang finden sich eine Liste der Herrscher und Staatsoberhäupter, eine Literaturliste sowie ein Orts- und Personenregister.

Insgesamt bietet der Band einen kompakten Überblick über die tschechische Geschichte. Im Zentrum stehen allerdings die politikge-

schichtlichen Entwicklungen, die nur selten mit Erkenntnissen neuerer sozial- und kulturhistorischer Forschungen verwoben werden. Schade ist, dass die im Vorwort erwähnte Mittlerstellung des Landes „zwischen Ost und West“ als Motiv in die weitere Darstellung nicht mehr eingebunden wird.

*Martin Zückert, München*

VIRGIL CIOCIŁTAN: *The Mongols and the Black Sea Trade in the Thirteenth and Fourteenth Centuries*. Translated by Samuel Willcocks. Leiden, Boston, MA: Brill, 2012. IX, 321 S., 7 Ktn. = *East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450–1450*, 20. ISBN: 978-90-04-22666-1.

Die Mongolen oder Ta(r)taren, wie sie in den Quellen genannt werden, die im Spätmittelalter ein Weltreich vom Pazifik bis nach Ostmitteleuropa hinein errichtet hatten, werden gemeinhin vor allem mit der Destruktivität ihrer blutigen Kriegs- und Beutezüge in Verbindung gebracht. Es dominiert das Bild vom bedrückenden „Tatarenjoch“ über die Rus'. Darin sehen viele Historiker eine wesentliche Ursache für die Abkopplung der Rus' von der Entwicklung des übrigen Europas und für die bis in die Gegenwart hineinreichende notorische Rückständigkeit Russlands. Allerdings lässt sich das griffige Bild vom Tatarenjoch erstmals erst für die Zeit nach dem Ende der Tribut Herrschaft quellenmäßig nachweisen und es ist somit eine, wenn auch sehr frühe, historiographische Konstruktion. Vor allem aber versperrt es den Blick darauf, dass die Mongolenherrschaft außer ihrem zweifellos oppressiven Charakter in manchen Bereichen eine durchaus konstruktive Wirkung entfaltet hat. Dies betraf besonders den internationalen Handel zwischen Asien und Europa. Das Schwarze Meer hatte dabei die Funktion einer wichtigen Drehscheibe. Virgil Ciociltans Studie behandelt deshalb einen zentralen Aspekt der Herrschaft des Ulus Ĵučı („Goldene Horde“) und trägt damit zur Aufarbeitung eines großen Forschungsdesiderats wesentlich bei. Der mittlerweile emeritierte Historiker und Orientalist

Ciociltan hat lange Jahre an der Rumänischen Akademie der Wissenschaften und an der Dunărea-de-Jos-Universität in Galați (Galatz) gewirkt. Bei dem nun auf Englisch vorgelegten Buch handelt es sich um die Übersetzung seiner 1997 eingereichten und im folgenden Jahr bereits auf Rumänisch publizierten Dissertation. Für die Übersetzung hat Ciociltan neuere Forschungen allerdings nur punktuell eingearbeitet, die wichtigen Arbeiten von Nicola Di Cosmo und anderer fehlen deshalb im Literaturverzeichnis.

Die Untersuchung des mittelalterlichen Schwarzmeerhandels wird vor allem durch den Quellenmangel erschwert, so dass seine Quantifizierung nicht möglich ist. Ciociltan fokussiert deshalb auf die politischen Rahmenbedingungen, die den zweifellos vorhandenen intensiven Handelsverkehr überhaupt erst ermöglichten. Angesichts der Vielzahl der dabei involvierten Akteure und ihrer unterschiedlichen Interessen ist dies ein sehr verdienstvolles Unterfangen, zumal für das Quellenstudium umfassende Sprachkenntnisse erforderlich sind, welche die Grenzen der traditionellen universitären Disziplinen weit überschreiten.

Zunächst skizziert Ciociltan in einem relativ kurzen Kapitel die Auswirkungen des Mongolensturms auf die eurasischen Handelswege: Dschingis Khans Eroberungszug verlief entlang der Seidenstraße, und die frühen Khane des Ulus Ĵučı legten in den ersten Jahren der Herrschaftskonsolidierung großen Wert darauf, den Handel auf dieser Route zu fördern und zu schützen. Als sich die Ilkhaniden in Syrien, Mesopotamien und Persien festsetzten, erschlossen sie auch den Zugang zur Gewürzroute nach Indien.

Das anschließende Kapitel beleuchtet die Folgen der Aufsplitterung des zentral zusammengehaltenen mongolischen Herrschaftsgebietes in Teilreiche und die Folgen der damit verbundenen Konkurrenz vor allem zwischen dem Ulus ʾJuči und dem Ilkhanat für den Handel. Die traditionellen westlichen Zugänge zur Seidenstraße erfolgten über die Südküste Kleinasiens sowie über Syrien und führten über Täbriz oder Bagdad südlich des Kaspischen Meeres entlang weiter nach Osten. Beide Zugangswege lagen damit weitgehend im Herrschaftsbereich des Ilkhanats. Dieses befand sich wiederum im Konflikt mit den Mamluken in Ägypten und dem Ulus ʾJuči, die sich miteinander verbündeten, zumal die Mamluken die Sklaven für ihre Armee aus dem Dešt-i-Qipčaq bezogen. Eine Schlüsselrolle spielte dabei das 1261 wiederhergestellte Byzantinische Reich, denn die Handelsverbindung zwischen den Mamluken und der Goldenen Horde konnte nur über das Schwarze Meer und die Meerengen erfolgen, da der Landweg durch das Ilkhanat versperrt war. Die päpstliche Kurie sah wiederum im Ilkhanat einen potentiellen Partner, um der Bedrohung der Kreuzfahrerstaaten durch die Mamluken zu begegnen. Weitere wichtige Akteure waren die italienischen Handelsmächte Venedig und Genua, das Kilikische Armenien sowie die Seldschuken. Im Ergebnis entstand über Konstantinopel, das Schwarze Meer, Kaffa auf der Krim, Saraj an der Wolga (die Hauptstadt des Ulus ʾJuči) und weiter nördlich entlang des Kaspischen Meeres ein neuer Zugang zur Seidenstraße, der sich in Buchara und Samarkand mit der traditionellen Route wieder vereinigte. Auf dieser Route wurde ab dem Ende des 13. Jahrhunderts und im 14. Jahrhundert hauptsächlich der Ost-Westhandel abgewickelt.

Den eigentlichen Schwerpunkt des Buches, der auch den meisten Umfang einnimmt, bildet das Kapitel über die Rolle des Ulus ʾJuči im Schwarzmeerhandel. Ciociltan gelingt es herauszuarbeiten, dass die Khane wesentlich die Bedingungen des Schwarzmeerhandels mitbestimmten und dabei auch ihre eigene handelspolitische Agenda verfolgten. Damit setzt er einen neuen wichtigen Akzent, denn traditionell werden vor allem Genua und die anderen

italienischen Republiken als die treibenden Kräfte hinter dem Handel gesehen. Allerdings widmeten die Khane des Ulus ʾJuči dem Schwarzen Meer erst ihre volle Aufmerksamkeit, nachdem der Versuch gescheitert war, Täbriz einzunehmen und auf dieser Route den Handel abzuwickeln. Genuas privilegierte Rolle im Schwarzmeerhandel erklärt Ciociltan mit dem Umstand, dass seine Position nach der Vernichtung eines Großteils seiner Flotte durch Venedig vor Akkon 1258 im dortigen Orienthandel geschwächt war und dass es wie der Ulus ʾJuči gleichfalls nach einer Alternativroute über das Schwarze Meer suchte. Mit dem Vertrag von Nymphaion schlossen Genua und das Kaiserreich von Nikaia 1261 eine Allianz gegen das Lateinische Kaiserreich von Konstantinopel und seinen Bündnispartner Venedig. Eine logische Folge dieses Vertrages war, dass nach der Restauration des Byzantinischen Reiches noch in demselben Jahr Genua im Handel Privilegien erhielt. Es lässt sich daher eine große Interessenskongruenz unter den beteiligten Parteien sowohl in politischen als auch in handelspolitischen Fragen konstatieren. Der Ulus ʾJuči war jedoch darauf bedacht, sich nicht in eine völlige Abhängigkeit von Genua zu begeben, und gestattete später auch Venedig und Pisa, Handelsniederlassungen an der von ihm kontrollierten Schwarzmeerküste zu errichten. Kennzeichnend für die turko-mongolische Haltung ist eine Äußerung von Khan Jani Bek aus dem Jahr 1347, dass auf dem Meer nur sein Wort gelte und dass er die Macht habe, dies auch durchzusetzen. Dieser Machtanspruch führte deshalb auch zu Konfrontationen und zur zwischenzeitlichen Zerstörung der italienischen Handelsstützpunkte, die aber schon kurze Zeit später wieder eröffneten.

Ciociltan hat eine große Menge an Quellen und Literatur in einer Vielzahl von Sprachen verarbeitet. Das Buch ist deshalb eine wahre Fundgrube an Informationen. Dennoch verliert sich der Text nicht in Kleinigkeiten. Nicht ganz so stark ist es allerdings in der Interpretation und der Gesamtschau des ausgebreiteten Materials. Symptomatisch dafür ist, dass die Schlussbetrachtungen nur gerade einmal eine halbe Seite umfassen. Aber dessen ungeachtet



ist Ciociltans Studie ein wichtiger Forschungsbeitrag, da sie die große Bedeutung des Ulus Juči im internationalen Handel und in der in-

ternationalen Politik aufzeigt und hilft, stereotype Geschichtsbilder zu überwinden.

*Wolfram von Scheliba, Leipzig*

WALTER K. HANAK: *The Nature and the Image of Princely Power in Kievan Rus', 980–1054. A Study of Sources.* Leiden, Boston, MA: Brill, 2013. 224 S. = *East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450–1450*, 25. ISBN: 978-90-04-25982-9.

Der Interpretationsansatz des Buches ist ein zweifacher. Es geht nicht nur darum, was der Autor an historischer Erkenntnis zum Untersuchungsgegenstand aus den Quellen eruiert, sondern wie die – in der Regel – geistlichen Annalisten und Schreiber die altrussische Geschichte und Gegenwart interpretierten und aus welchen Quellen sie geschöpft haben, um ihre ideologisch gefärbte Sichtweise auf „Natur“ und „Image“ der fürstlichen Macht unter Vladimir Svjatoslavič (gest. 1015) und Jaroslav Vladimirovič (gest. 1054) zur Geltung zu bringen. In fünf Kapiteln geht Walter Hanak der Frage nach, welche biblischen, byzantinischen, warägischen, chazarischen und slavischen Traditionen, politischen Ideen, Begriffe und Ereignisse nachweisbar Einfluss auf die Konzeption des Kiever Herrscherbildes der Zeit zwischen 980 und 1054 hatten bzw. welche ideologischen Versatzstücke von den Chronisten und Literaten übernommen wurden, die ihrer Vorstellung vom christlichen Herrscheramt entsprachen. Wir haben es also vielfach mit manipulativen „Image“-Konstruktionen zu tun, die nur bedingt oder gar nicht objektive Wirklichkeit widerspiegeln. Dennoch finden sich beim Verfasser eine ganze Reihe von z. T. relativ eindeutigen Aussagen über die Welt des sog. historisch Realen, die mit dem, was die geistlichen Schreiber als wünschenswert bzw. als Ideal formulierten, weitgehend oder zumindest partiell in Einklang stehen. So neigt Hanak offenbar der Auffassung zu, dass die von ihnen vorgenommene Parallelisierung der Herrschaften Vladimirs und Jaroslavs mit jenen der biblischen Könige David und Salomo auch dem herrscherlichen Selbstverständ-

nis der beiden Kiever Fürsten und ihrer Vorstellung vom Wesen fürstlicher Macht realiter entsprochen haben könnte. Die altrussischen Chronisten hätten durchaus „sorgfältig“ etwa jene Ereignisse im Leben Salomos ausgewählt, die die Ähnlichkeit zwischen seiner und Vladimirs Person und Herrschaft illustrierten, aber auch markante Unterschiede aufgezeigt, wie in dem Beispiel: „Er (Salomo) war weise, aber am Ende war er ruiniert. Er (Vladimir) war ein ignoramus, aber am Ende fand er Erlösung.“ Wenn 1015 die Nestorchronik in der Nachfolgefrage entgegen bisheriger rjurikidischer Praxis nicht den Ältesten, sondern den Fähigsten zu bevorzugen scheint, so fanden nach Hanaks Deutung die Chronisten die Rechtfertigung dafür im AT, wo bei den Hebräern keine Erbregelung nach Ältestenrecht nachweisbar ist. Der Verfasser führt eine ganze Reihe weiterer Beispiele an (Errichtung repräsentativer Bauten, blühender Handelsverkehr, der Vergleich des „verfluchten“ Svjatopolk mit dem biblischen Kain usw.), die zeigen, wie die Chronisten das Geschehen mit der biblischen Brille betrachteten und damit sozusagen eine „unabhängige Kiever historiographische Tradition“ (S. 145) begründet hätten. Allerdings lässt sich eine gewisse Neigung zur Überstrapazierung der biblisch-altrussischen Parallelisierung nicht übersehen: Folgte Jaroslav und Mstislav bei der Reichsteilung 1019 etwa dem Vorbild Salomos, wie der Autor mit Hinweis auf die Teilung von dessen Königreich in die Gebiete Israel und Juda andeutet? Haben die Chronisten die Streitigkeiten über exzessive Besteuerung unter Vladimir deshalb erwähnt, weil solche Auseinandersetzungen auch unter Salomo üblich waren? War das Fehlen einer ausführlichen Schilderung der Königreiche Juda und Israel wirklich das Modell für die knappe Beschreibung der Reichsteile Jaroslavs und Mstislavs zwischen 1019 und 1036? Um es vorwegzunehmen: Dieser erste und umfangreichste, die biblischen Bezüge zur altrussischen Historie

aufzeigende Abschnitt der Untersuchung (S. 1–69) gehört, trotz einiger Vorbehalte im Detail, zum Interessantesten und Innovativsten des ganzen Buches.

Die Vorstellung, dass die frühen Rus'-Analisten eine Autokratie nach dem Vorbild von Byzanz favorisiert hätten, wird nach Meinung des Verfassers von den Quellen nicht gestützt: Die fürstliche Autorität Vladimirs beruhte auch nach Übernahme des Christentums auf dem Fortwirken überkommenen Gewohnheitsrechts und traditioneller Herrschaftspraktiken, die durch Beratung – mit der Gefolgschaft, mit den „Ältesten“ – und Konsens charakterisiert gewesen seien. Vladimirs Lobpreisung als „neuer Konstantin“ hält Hanak für ein isoliertes Statement im religiösen Kontext, das keine neue historiographische Tradition begründet und auch nicht den Vorstellungen von Byzanz entsprochen habe, das den Kiever Herrschern im internationalen Kontext nur einen inferioren Rang zubilligte. Wenn sowohl Vladimir als auch Jaroslav vom Kiever Metropoliten Ilarion mit „Khagan“ tituliert werden, so ist dies nach Hanak nicht Ausdruck eines maßgeblichen chazarischen Einflusses auf die Definition des Wesens der Kiever Fürstenmacht, sondern es habe vor allem dazu gedient, die Unabhängigkeit ihres Reiches gegenüber byzantinischen Oberherrschaftsansprüchen zu unterstreichen. Neben dieser plausiblen Erklärung begibt sich der Verfasser zugleich in hochspekulative Gedankenspiele über das möglicherweise vorübergehend in der Rus' von den Chazaren übernommene doppelherrschaftliche Khagan-Beg-Verhältnis, das er mit der Kompetenzaufteilung zwischen Vladimir und Olaf Trygvasson bzw. Jaroslav und Mstislav parallelisiert (S. 142 f.), wenngleich er an anderer Stelle (S. 122) für die duale Herrschaft ebenfalls das nordische Vorbild in Betracht zieht. In diese Kategorie des Spekultativen gehört auch die freilich nicht ganz abwegige Vermutung, dass die Vertrautheit der altrussischen Schreiber mit den Texten des AT u. a. auf die Anwesenheit chazarischer, dem Judentum anhängender Kaufleute und Handelsherren in Kiev zurückzuführen sein könnte.

Mit A. Vasiliev (1932) sieht Hanak das

Fürstentum Vladimirs auch nach dessen Konversion als „politisch absolut unabhängig von Byzanz“ an. Wie er mit dieser These der älteren Literatur folgt, so auch mit der Auffassung, dass erst die Weigerung von Basileios II. (976–1025), seine Schwester zur Heirat freizugeben, Vladimirs Angriff auf Korsun (Cherson) provoziert und zur Herausgabe der „purpurborenen“ Anna geführt habe. Hier vermisst man den Hinweis auf die wichtigen anders lautenden Forschungsergebnisse Andrzej Poppe zu diesem ganzen Komplex, trotz seiner Nennung im Literaturverzeichnis. Bei der Übernahme des Zehntsystems durch Vladimir sieht der Verfasser das westliche Vorbild als Gegengewicht zu byzantinischen kirchlichen Präntionen wirksam. Dass etwa Ja. N. Ščapov den ‚fiskalischen‘ Zehnt als slavische Erscheinung bezeichnete, wird trotz Nennung seiner Arbeiten in der Literaturliste nicht erwähnt. Das Fazit, die Regierungszeiten Vladimirs und Jaroslavs hätten die – wenn auch „ungleichmäßige“ - „Einimpfung“ (*inculcation*) von byzantinischer religiöser und politischer Gedankenwelt in der Kiever Rus' mit sich gebracht, kommt angesichts des vorangehenden Katalogs von vermeintlichen Abgrenzungsaktivitäten ihrer Fürsten gegenüber byzantinischen Vorherrschaftsansprüchen, die – mit Priselkov – sogar 1043 zum Angriff Jaroslavs auf die Kaiserstadt geführt hätten, etwas überraschend. Dass sie nun als Mitglied der christlichen Völkergemeinschaft unter Führung von Byzanz einerseits eine starke Prestigeaufwertung erfuhren, andererseits sich im politischen „Orbit“ von Konstantinopel bei Wahrung ihrer Identität und Unabhängigkeit behutsam („*with caution*“) bewegt hätten (S. 105), entspricht denn auch wohl am ehesten dem historischen Sachverhalt.

Das skandinavische Modell von Herrschaft war nach Hanak wirksamer, als dies die geistlichen Literaten der Kiever Rus' wahrhaben wollten. Besonders Jaroslavs „nordisches Image“, das sie mit dem Hinweis auf seine Liebe zu den griechischen Büchern abzuschwächen versucht hätten, offenbare das Fortwirken warägischer Herrschaftskultur im fürstlichen Milieu. Das Recht, den Anführer zu verlassen, der seinen Verpflichtungen gegenüber

der Gefolgschaft nicht oder nur unzureichend nachkam, wie 980 unter Vladimir geschehen, habe als essentieller Bestandteil der nordischen politischen Gedankenwelt gegolten. Jaroslavs Erbfolgeregelung des Seniorats sieht der Verfasser als das deutlichste Beispiel für den skandinavischen Einfluss auf das fürstliche Milieu in der Rus'. Während Manfred Hellmann seinerzeit feststellte, dass unter allen Fürstenbildern dem Jaroslavs ein „besonderer Glanz“ zukomme, da er den drei Grundforderungen an den christlichen Herrscher („Frieden bewahren, Recht sprechen und Ordnung erhalten“) „in besonderem Maße“ entsprochen habe, konstatiert Hanak im Gegensatz dazu das Fehlen einer ausführlichen Würdigung von dessen „vortrefflichen Taten“ in den altrussischen Denkmälern. Er führt das auf die von ihm angesprochenen „nordischen Affinitäten“ Jaroslavs zurück (S. 132). Dazu passt allerdings schlecht sein an anderer Stelle begebener Hinweis darauf, dass die Nestorchronik Jaroslav nach 1036 als „Autokrator“ (*samovlastec*) charakterisiert. Eine solche titulare Zuschreibung von Macht durch die Chronik sei für Vladimir nicht erfolgt (S. 60). In völligem Widerspruch hierzu steht seine Aussage, dass sich Vladimir auf den Münzen als „Autokrator“ bezeichnet haben könnte, während für Jaroslav ein solcher Anspruch nicht auszumachen sei (S. 101). Hanaks generelle Bewertung des skandinavischen Einflusses bleibt letztlich ambivalent: Der Übergang von den vorchristlichen Herrschaftsidealen zu denen der christlichen Ära war weder abrupt noch total, was die lange Beibehaltung fundamentaler nordischer Konzepte und Praktiken von Herrschaft zeige. Andererseits beinhalteten etwa Vladimirs administrative Maßnahmen eine deutliche Distanzierung vom skandinavischen exekutiven Dezentralismus, denn die Kiever Fürsten hätten im Unterschied zu den skandinavischen Souveränen „a remarkably high sense of political order“ (S. 126) entwickelt.

Die slavischen Institutionen der Stammesfürsten (*knjazj*) und Heerführer (*voevody*) sieht der Verfasser als unter Vladimir und Jaroslav im Niedergang befindliche Elemente von Tribalismus und Partikularismus, als „Mächte des

Chaos“ an. Diese Einschätzung hängt vermutlich damit zusammen, dass er eine übertriebene Vorstellung von Ausmaß und Erfolg der „zentralisierenden Tendenzen“ unter den frühen Rjurikiden und vom ‚Einheits‘-Charakter des Kiever Reiches in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts hat. Noch im 12. Jahrhundert wird ein Stammesführer Chodota erwähnt, der gegen Vladimir Monomach kämpfte. Gewisse typische Erscheinungen in der Spätphase der Kiever Rus' (politische und ökonomische Ungleichgewichtigkeit; die zum politischen Niedergang führende rasche Aufspaltung) lassen gerade nicht auf eine stark ausgebildete Zentralgewalt schließen. Hochgradig hypothetisch und modernisierend ist auch die Charakterisierung der Voevoden als spezifische slavische „militäristokratische“ Eliteschicht, die einen Mangel an „nationaler Identität“ an den Tag gelegt habe, partikularen Stammesinteressen folgte und deshalb von der Nestorchronik als „Instrument von Unordnung“ betrachtet worden sei. Hanaks unausgesprochene Anknüpfung an die legendenhafte Berufungssage („unser Land ist groß und fruchtbar, aber es ist keine Ordnung in ihm“) ist hier ebenso unverkennbar, wie seine eindeutige ethnische Zuordnung des Voevodenamtes fraglich ist. Der unter dem Jahr 945 erwähnte Voevode Svenel'd war sicherlich kein Slave, sondern ein Waräger.

Die Volksversammlung (*veče*), deren historische Existenz im untersuchten Zeitraum für den Verfasser keinem Zweifel unterliegt, obwohl alle frühen Belege vor dem ersten sicher bezeugten *veče* von 1068 durchaus strittig sind, wird als nicht fest etablierte lokale Institution interpretiert, die im Vergleich zur frühslavischen Zeit jetzt allerdings auf eine rein beratende Rolle ohne Beteiligung am legislativen Prozess beschränkt gewesen sei. Die „Berufung“ der Waräger sieht Hanak übrigens als von einem *veče* initiiert (S. 155), für dessen zweifellose Existenz in der Rus' die Chronik z. B. unter dem Jahr 980 das biblische Vorbild der Beratung zwischen dem Herrscher und „den Ältesten und Einwohnern des Landes“ anführe. Die Erwähnung von einheimischen „Ältesten“ in der Nestorchronik sieht der Verfasser denn auch als unzweifelhaften Beleg für

die Existenz von Volksversammlungen in der Ära Vladimirs und – weniger – Jaroslavs an; sie seien ähnlich wie die *knjazji* und *voevody* „Instrumente der nationalen Spaltung“ (S.163) gewesen, was eine zwar unkonventionelle, aber zweifelhafte historische Bewertung dieser alt-slavisches Verfassungsinstitution ist.

Dass Walter Hanaks in Teilen durchaus anregende Untersuchung eine durch neuere Literatur ergänzte Wiederauflage seiner Dissertation von 1973 ist, geht dem Leser erst aus einem kurzen Anmerkungshinweis (Anm. 125, S. 48) im laufenden Text auf. Kaum zu glauben, dass dies angesichts der sehr speziellen Thematik der Verkaufsstrategie des Verlages geschuldet sein könnte. Ein flüchtiger Vergleich mit der Erstpublikation lässt keine wesentlichen substantiellen Veränderungen an der Textversion von 1973 erkennen. Bereits damals wurde der

ziemlich exakt mit der Thematik des Verfassers übereinstimmende Aufsatz von Manfred Hellmann über *Das Herrscherbild in der sog. Nestorchronik* (1965) nicht herangezogen, wohl aber dessen Arbeit über *Vladimir d. III. in der abendländischen Überlieferung* (freilich mit dem falschen Veröffentlichungsjahr 1934 statt 1959!). Wenn ein so fundamentales und den Inhalt von Hanaks Untersuchung betreffendes Werk wie M. B. Sverdlovs *Knjaz' i knjažeskaja vlast' na Rusi VI – pervoj treti XIII v.*“ (Spb. 2003) keine nachträgliche Berücksichtigung fand, so zeigt auch dies die Problematik einer mehr oder weniger nur formal veränderten Neuauflage, die durch über vierzig Jahre sowjetischer bzw. russischer und internationaler Forschung vom Zeitpunkt der Erstveröffentlichung getrennt ist.

Hartmut Riß, Münster/Westfalen

JULIA HERZBERG: Gegenarchive. Bäuerliche Autobiographik zwischen Zarenreich und Sowjetunion. Bielefeld: Transcript, 2013. 494 S. = 1800/2000. Kulturgeschichten der Moderne, 11. ISBN: 978-3-837-62136-5.

In einer Zeit, in der jeder Unmengen Text produziert, der zumindest zeitweilig festgehalten wird, ist die Situation von vor gut hundert Jahren kaum mehr vorstellbar. Auch wenn es Historiker der nächsten Jahrzehnte zur Verzweiflung bringen wird: Jeder von uns produziert heute jährlich mehr Text als ganze Generationen russischer Bauern im 19. Jahrhundert. Historiker suchen händeringend nach Zeugnissen und der Stimme der einfachen Männer und Frauen aus der späten Zarenzeit.

Julia Herzberg von der Universität Freiburg im Breisgau verfolgt allerdings bei ihrer Studie der bäuerlichen Autobiographik der späten Zarenzeit (d. h. vor allem nach der Bauernbefreiung 1861) bis zur frühen Sowjetzeit (d. h. bis zur Kollektivierung der Landwirtschaft) einen besonderen Ansatz. Die Historiker, die sich in den letzten 20 bis 30 Jahren für diese Quellen und die Alltagsgeschichte des einfachen Russen interessierten, suchten oftmals ein Gegengewicht und Korrektiv für die klassische

politische Geschichte aus der Perspektive der Herrschenden. Hierdurch wurde mit den autobiographischen Texten der ersten Bauern, die des Schreibens mächtig waren, ein zu hoher ‚Wahrheitsanspruch‘ verbunden. Diese ehemaligen Leibeigenen würden die Geschichte schreiben, ‚wie es wirklich gewesen war‘. Oder die Repräsentativität der überlieferten Texte anhand einiger weniger formaler Kriterien wurde in den Mittelpunkt der Erforschung gestellt.

Herzberg befasst sich im ersten Teil des Buches äußerst sorgfältig und ausgiebig mit diesen methodischen Fragen und den entsprechenden (deutschen und russischen) historiographischen Traditionen im Umgang mit sogenannten „Ego-Dokumenten“ (nicht weniger als 80 der insgesamt 420 Seiten Haupttext). Auch wenn diese Überlegungen präzise, subtil und gründlich präsentiert werden, gibt es in der Argumentation mehrere Abschnitte, die erst bei erneutem Lesen wirken. Die Herangehensweise als Ganzes leuchtet dagegen sofort ein. Herzberg schlussfolgert, dass die Autobiographik von Bauern aus jener Umbruchzeit, wie sie uns heute zur Verfügung steht, das Produkt eines komplexen Prozesses ist und sicherlich keinen privilegierten Zugang zur Vergangenheit als solcher bietet. Nicht nur (wie

die Empirie des Buches eindrucksvoll belegt) passten die Bauern ihr Schreiben inhaltlich und stilistisch an Medium und Zielgruppe an, sondern es gibt auch starke Indizien, dass die Sammler bestimmte Zeitzeugnisse aufbewahrten, andere aussortierten und wieder andere neu schrieben. Der Historiker hält hierdurch somit keinen Zugang zum ‚wahren Leben‘ des gemeinen Volkes in der Hand, sondern bestenfalls das Produkt eines komplexen, zeitlich gestreckten Prozesses mit vielen Akteuren, Motiven und Wendungen. Somit distanziert Herzberg sich sowohl von den älteren Historikern, die dem *mužik* jede Individualität absprachen, als auch von den Revisionisten, die diese Autobiographik als authentisches Korrektiv für die Meistererzählung des politischen und gesellschaftlichen Establishments benutzten.

Besonders interessant, tieferschürfend und subtil ist dabei Herzbergs vergleichende Analyse der Wissenschaftstraditionen von Historikern und anderen, die sich in den letzten anderthalb Jahrhunderten in Russland und Deutschland mit Bauernautobiographik befasst haben. Während zum Beispiel in der deutschen Perzeption literarische Qualität im Vordergrund stand, war aus russischer Sicht im 19. Jahrhundert deren Fehlen der Beweis, dass der Bauer die Lage ungeschönt und spontan schilderte. In der frühen Sowjetzeit war diese Autobiographik für Autoren und Sammler eine Gratwanderung zwischen der drohenden Beschuldigung des „Subjektivismus“ (d. h. sich selbst über das Kollektiv zu erheben) und politisch erwünschten Zeugnissen des Gegensatzes zwischen Zarenherrschaft und Kommunismus. Wenn leise Kritik an dieser exzellenten, fundierten Studie überhaupt angebracht wäre, hätte man sich eine noch breitere Erörterung des Umgangs von professionellen Historikern in Westeuropa und Russland mit Autobiographik wünschen können. Die vermeintliche Ausnahmestellung Russlands wäre dadurch wahrscheinlich noch weiter geschrumpft: Vielerorts überzeugten erst die in offiziellen Akten ungenügend dokumentierten Geschehnisse des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts die Historikerzunft von der Notwendigkeit, sich eingehend mit Ego-Dokumen-

ten als problematischen, aber wertvollen Quellen zu befassen. Die von Herzberg konstatierte Depolitisierung der Autobiographik als Quelle findet sich heutzutage in der westlichen wie in der russischen Historiographie. Ein zweiter kleiner Punkt der Kritik in dieser überlegt komponierten Studie beträfe die Bewertung der Motive und Zwänge der Politik, die für die späte Zarenzeit differenzierter und empathischer daherkommt als für die Herrschaft Lenins, wo schneller Rückschlüsse gezogen werden.

Die wohlüberlegte Komposition ist dagegen ein großer Vorzug dieser Studie im Vergleich zu ähnlich umfangreichen Monographien, bei denen der Autor der Versuchung erlegen ist, all das mühsam gesammelte und ausgewertete Material dem überforderten Leser *in extenso* präsentieren zu wollen. Herzberg hat sicherlich auch (wie sie gelegentlich anklingen lässt) viel Zeit und Herzblut in die Suche und Auswahl der Autobiographik investiert. Da in ihrem Ansatz die Frage der Repräsentativität müßig ist, hat sie einige wenige Individuen in der Darstellung hervorgehoben. Die Struktur des Buches bilden nicht Epochen oder Individuen, sondern die prägenden Medien der Autobiographik bzw. die Orte der Veröffentlichung und die anvisierten Zielgruppen.

Im zweiten Kapitel stehen dann Presse und Publizistik zentral. In diesen Medien treten drei Gruppen von Bauern auf, gruppiert nach Schreibthema und nicht nach sozioökonomischen Kriterien: ehemalige Leibeigene, die die Reformen unterstützen, indem sie über ihr hartes Schicksal erzählen; Autodidakten, die das Potenzial der Bauern für Russland unter Beweis stellen; Bekehrte, die zum richtigen Glauben (zurück)gefunden haben. Besonders einprägsam ist dabei die Feststellung der Autorin, dass Bekehrte sich in den kirchlichen Blättern nie über Leibeigenschaft auslassen. Das Medium ist prägend für die Inhalte der „Erfahrungen“. Die Autobiographik, die ausgewählt und gründlich analysiert wird (zum Beispiel der Bauernpoet Spiridon Drožžin in knapp fünfzig Seiten), ist nicht repräsentativ, aber aus unterschiedlichen Gründen interessant. Bewundernswert ist dabei, dass die Autorin die Auto-

biographen einerseits zum Sprechen bringt, aber andererseits selbst im Narrativ immer kommentierend und einordnend anwesend ist. Die Quellen sprechen nicht für sich.

Im dritten Kapitel stehen dagegen die Sammler zentral, die mittels Schreibauftrufen die Bauern dazu zu bewegen versuchten, ihre Lebensgeschichte zu erzählen. Faszinierend ist dabei, dass einige große Moskauer Sammlungen solche deutliche wiederkehrende Argumentationsmuster aufweisen. Folglich hat der Sammler entweder die erhaltenen Texte an seine eigene Vorstellungen angepasst oder abweichende Autobiographik schlichtweg aussortiert. Drei Sammlungen, die vor der Revolution

begannen und danach noch erstaunlich lange fortgeführt werden konnten, werden ausführlich analysiert. Die dritte und letzte Kategorie bilden die Tagebücher von Individuen oder von Familien, die diese manchmal über mehrere Generationen fortführten. Diese Berichte über Alltag, Wetter und Wirtschaft zeigen, dass die große Zäsur weder die Bauernbefreiung von 1861 noch das Revolutionsjahr 1917 war, sondern die Kollektivierung unter Stalin. Aller *cultural-turn*-Vorsicht zum Trotz scheint hier dann doch ein Bezug zur Welt jenseits des Textes auf.

Wim van Meurs, Nijmegen/Kleve

Pravjaščie élitj i dvorjanstvo Rossii vo vremja i posle petrovskich reform (1682–1750) [Die herrschenden Eliten und der Adel Russlands während und nach den Petrinischen Reformen (1682–1759)]. Otv. sost. N. N. Petruščincev / L. Ėrren. Moskva: Rosspën, 2013. 455 S., Tab., Graph. = Rossija i Evropa vek za vekom XVII–XVIII. ISBN: 978-5-8243-1717-6.

This useful collection of essays stemming from a conference with the same title is a welcome addition to the series *Rossija i Evropa vek za vekom XVII–XVIII* edited by A. V. Doronin and issued by the German Historical Institute in Moscow. The contributions are divided into four sections, and the contributors are all Russian: from Ekaterinburg, Cheliabinsk, Ufa, Samara, Lipetsk and Novosibirsk as well as Moscow and St. Petersburg, with one from the USA.

While the editorial suggestion that the first half of the eighteenth century has been less studied than the second is well-founded, the last decades of the seventeenth century have been even more neglected and receive comparatively little coverage here. Indeed, the cut-off dates of the book are somewhat misleading, since far less attention is given to the years before 1700 than those following. So, while the collection is based on the assumption that the reforms of Peter I constituted a break with the Muscovite order, this might appear less abrupt

if closer attention were given to the earlier period. (After all, Peter himself gave the credit for the formation of the Russian army to his father Aleksei Mikhailovich.) To this end, there could also have been more comparative focus on other nobilities throughout Europe, in Prussia and France for example. Nevertheless, within its own parameters, the collection adds considerably to our understanding, with virtually all its contributions based on archival researches and putting forward worthwhile ideas.

The first of the four sections is entitled *The Russian nobility and power: problems of the inter-relationship and structure of the Russian noble élite*. It begins with an examination by A. V. ZAKHAROV of the relationship between the sovereign's court and the actual structure of noble service: it contains several helpful tables. S. V. CHERNIKOV considers meritocratic and aristocratic elements in Peter I's military elite, again with helpful tables, while O. G. AGAEVA focuses on the relationship between the monarch and the nobility of the capital in the Noble Order of Fools and Jesters. And M. V. BABICH adds several appendices to support his argument that "concealed levers" of retirement were more important regulators of service than such well-known legislative acts as the manifesto of 31 December 1736 limiting its periods.

*The individual and the élites* constitute the second section, with an opening analysis by D. O. SEROV of the elite in the Petrine Senate

in two embodiments, from 1711–1718 and from 1718–1724, with the former less well-known personally to the tsar and of lower rank than the latter. This anatomy of a group is followed by a series of studies of significant individuals. T. A. BAZAROVA scrutinises the manner in which the converted Jew P. P. Shafirov rose to the top of the social tree to become the first vice-chancellor, taking advantage of Peter's patronage like A. D. Menshikov. IA. I. PROKOPENKO describes how a foreigner, Heinrich Fick, used his experience as *burgermeister* of Eckernförde in Holstein to help develop the Russian administration. This essay is well-researched and informative, but one of the introductory statements to the effect that Peter's reign marked the beginning of the internationalisation of the Russian elite is surprising, since this process was already underway before then. The curious story of Boris Ivanovich Korybut-Kurakin's self-promotion as an aristocrat is told by E. A. ZITSER, while I. A. VOZNESENSKAIA utilises the archive of Ludwig Gruno von Hessen-Homburg to illustrate the history of the military elite in the 1730s. Finally, I. V. KURUKIN takes a new glance at A. P. Volynskii and his 'konfidenty' in the same decade. He shows familiarity with recent Western writing on aspects of his subject, but, somewhat surprisingly, makes no mention of pre-revolutionary Russian work by Iu. V. Got'e and D. A. Korsakov.

D. G. POLONSKII opens the third section, *The noble estate: problems of self-consciousness in the epoch of reforms and political crises*, with a study of the self-identification of the Russian nobility and the Petrine reform of epistolary etiquette at the end of the XVII century to the beginning of the eighteenth, with one correspondent abasing himself as far as *nizhaishii rab nepotrebnii, ubogii*. Next, N. N. PETRUKHINTSEV discusses the consolidation of the noble estate and the problems of its evolving terminology, Peter himself preferring *dvorianstvo* because *sbliazbekstvo* carried implications of less complete control by the state. M. A. KISELEV focuses on the development of the noble estate's self-consciousness in the first third of the eighteenth century with special reference to the

interregnum of 1730, asking the question '*sbliazbekstvo*' or '*families and sbliazbekstvo*'? Finally, *The court and 'court society' in Post-Petrine Russia* are addressed by S. V. POL'SKII, applying the ideas of Norbert Elias.

For the fourth section, we move far away from the court and the capitals for *prikazchiki* and *komissary* and bureaucratisation of local elites in Siberia in the first forty years of the eighteenth century to be anatomised by D. A. REDIN and corporate links in the service town of Ufa in the second half of the seventeenth century and beginning of the eighteenth – by B. A. AZNABAEV. The noble *goroda* of the Novgorod *razriad* as indicated in the *razbory* at the beginning of the eighteenth century receive the attention of T. A. LAPTEVA before IA. A. LAZAREV brings the collection to an end with an evaluation of the function of informal links in Russo-Ukrainian noble relations in the 1720s and first half of the 1730s.

Undoubtedly, all the contributions to this collection have richly deserved mention. However, in conclusion, a few more general observations are in order perhaps. Consider, for example, the contrast between the post-Soviet and Soviet approaches to the subject. In the earlier period, the relationship between the nobility and the other classes would not have been almost totally ignored. Bulavin's 'peasant war' would almost certainly have received a mention among other instances of conflict. Now, the *dvorianstvo* appears somewhat separated from the rest of society. Of course, a collection such as this cannot aspire to be comprehensive, but perhaps it is excusable for a reviewer in Aberdeen to recommend a local hero James Keith as a source for our understanding of the events of 1730. And, while several Gordons receive a mention, it always has to be recalled that the Diary of Patrick Gordon is a most valuable source for the second half of the seventeenth century in Russia and throughout Europe. It should be used extensively if and when the editors of this excellent series could be persuaded to bring out another volume on the period preceding 1682–1750.

Paul Dukes, Aberdeen

SVETLANA MALYŠEVA: „Professionalki“, „Arfistiki“, „Ljubitel'nicy“. *Publičnye doma i prostitutki v Kazani vo vtoroj polovine XIX – načale XX veka* [„Professionelle“, „Harfenspielerinnen“ und „Amateurinnen“. *Bordelle und Prostituierte in Kazan' in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jh.*] Kazan': Kazanskij universitet, 2014. 187 S., Tab. ISBN: 978-5-00019-178-1.

Die Autorin, Professorin an der Kazaner Universität, hat bereits 12 Monographien, u. a. zur Fest- und Alltagskultur in der vorrevolutionären Periode ihrer Heimatstadt, vorgelegt. Im Fokus ihrer neuesten Untersuchung steht der Einfluss der Prostitution auf das soziokulturelle Leben dieser multinationalen Provinzstadt.

Im ersten Kapitel zeigt sie, dass die fraglichen Etablissements möglichst fern von den Wohnvierteln der „anständigen Bürger“ gehalten wurden. Gleichzeitig unterstützten die Behörden ihre Einrichtung mit dem Ziel einer besseren ärztlichen und polizeilichen Kontrolle der Prostituierten. Dabei weist sie auch nach – und das ist für Kazan' als multinationale, damals vorwiegend russische Stadt mit einer starken tatarischen Minderheit moslemischen Glaubens besonders relevant – dass das Phänomen Prostitution sowohl was das „Angebot“ als auch die Nachfrage betraf, auch eine tatarische Seite hatte, trotz aller gegenläufigen Bemühungen der moslemischen Geistlichkeit. Russische Männer suchten in der Regel russische Prostituierte auf, ebenso bevorzugten Tataren Angehörige ihrer eigenen Ethnie.

Anschließend wendet sich die Autorin der Ausstattung der Bordelle zu, die starke Kontraste zeigten und in denen es verboten war, religiöse Bilder oder solche der Zarenfamilie aufzuhängen.

Das dritte Kapitel ist von besonderem Interesse, denn es beschäftigt sich mit den Prostituierten selbst, ihrer sozialen Herkunft, ihren Motiven und ihrer nationalen Zusammensetzung (1889: 282 oder 84,7 % Russinnen; 49 oder 14,7 % Tatarinnen und 2 sonstige). Die Autorin führt die demütigenden Beschränkungen vor Augen, denen die registrierten Prostituierten unterlagen, und die verbreitete illegale Tätigkeit von „Harfenspielerinnen“ und ande-

ren Amateurinnen. Interessant ist ihre Feststellung, dass während des Ersten Weltkrieges viele illegale Prostituierte sich als Krankenschwestern in den Lazaretten im Hinterland verdingten und es generell zu einem Anschwellen der Prostitution in Kriegszeiten kam. Wie Malyševa an verschiedenen Stellen veranschaulicht, war auch in den ersten Jahren der Sowjetzeit zumindest in Kazan' die „käufliche Liebe“ noch eine sehr weit verbreitete Erscheinung.

Ebenfalls überzeugen kann der vierte Abschnitt über die Bordellbesitzerinnen, die oft viel jünger waren als die vom Gesetz verlangten 35 Jahre. Im fünften Kapitel führt sie aus, dass die Nachfrage nach den Diensten der Prostituierten nicht nur aus der Unterschicht kam, sondern auch in beträchtlichem Maße aus der Studentenschaft, in der der Besuch der Bordelle (mit Schlägereien und der Gefahr der Ansteckung mit venerischen Krankheiten) ein Teil der Rituale zur Bestätigung der Männlichkeit wurde.

Am Schluss fasst die Autorin ihre Ergebnisse nochmals konzise zusammen. In den sehr umfangreichen Anhängen werden die Quellen – aus dem Nationalen Archiv der Republik Tatarstan (NART) –, auf denen ihre Untersuchung hauptsächlich beruht, aufgeführt.

In der ganzen Untersuchung wird deutlich, wie profund Malyševa das vorrevolutionäre Milieu in Kazan' kennt und wie vollkommen sie ihr Thema im Griff hat. Quellen unterschiedlichster Provenienz und aus einer Vielzahl von verschiedenen Fonds des NART wurden herangezogen, ebenso wie die relevante zeitgenössische Sekundärliteratur und die Publizistik des 19. Jahrhunderts. Gleichzeitig verzichtet sie bewusst auf eine Darstellung der – sehr umfangreichen – Forschung zur Prostitution im vorrevolutionären Russland. Gerade durch ihre konsequente Beschränkung auf Kazan' gewinnt ihre Studie einen besonderen Reiz.

Spezialistinnen und Spezialisten finden in diesem in einer angenehmen Wissenschaftsprosa flüssig und interessant geschriebenen sowie vorbildlich aufgebauten Werk, in dem die Routine der Verfasserin deutlich zu spüren ist, eine Vielzahl von Informationen.

*Georg Wurzer, Wilhelmsdorf*



ANDREJ JU. ANDREEV: Rossijskie universitety XVIII – pervoj poloviny XIX veka v kontekste universitetskoj istorii Evropy. [Die russischen Universitäten vom 18. bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Kontext der europäischen Universitätsgeschichte]. Moskva: Znak, 2009, 640 S. ISBN: 978-5-9551-0320-4.

ANDREJ JU. ANDREEV / S. I. POSOCHOV: Universitetskaja ideja v rossijskoj imperii XVIII – načala XX vekov. Antologija. Učebnoe posobie dlja vuzov. [Die Universitätsidee im Russischen Reich vom 18. zum Anfang des 20. Jahrhunderts. Eine Anthologie. Lehrwerk für Universitäten]. Moskva: Rosspen, 2011. 527 S. ISBN: 978-5-8243-1515-8.

Grundlegende vergleichende Darstellungen europäischer Universitätsgeschichte sind sowohl in der Ost- wie Westeuropahistoriographie selbst angesichts zahlreicher Einzelstudien auch heute noch ein Forschungsdesiderat. Bereits Peter Moraw beschrieb die meisten Studien, die in der Regel entweder einzelne Universitäten oder nur einzelne Fragestellungen im Blick hatten, als „anlass- und standortgebunden“ und daher mit eingeschränktem Anspruch auf epochale bzw. grenzüberschreitende Bedeutung. Hinsichtlich russischer Universitäten betraf die Herstellung vergleichender Perspektive bisher vor allem ihre Verbundenheit mit einzelnen deutschen Universitäten – etwa in Göttingen – und deren Bedeutung für die Entwicklung des russischen Hochschulsystems, nicht aber die Behandlung der russischen Universitäten als Teil des europäischen Wissenschaftsnetzes und im Zusammenhang aktueller Forschungskonzeptionen. Auch umfassten solche Forschungsansätze wie etwa das Verständnis der Universitätsgeschichte als Gesellschaftsgeschichte (Classes), oder die Erarbeitung einer flächendeckenden Vergleichsperspektive im gesamteuropäischen Raum (Seibt) bisher die west- und mittel-, kaum aber die osteuropäischen Universitäten.

Die bis zu einem gewissen Grad isolierte Darstellung der Geschichte einzelner Universitäten ist auch in der russischen Ge-

schichtsschreibung festzustellen. Die sowjetische Historiografie behandelte zudem die Entwicklung einzelner russischer Universitäten eher im Zusammenhang mit dem Klassenkampf als im größeren Kontext europäischer Universitätsentwicklung. Selbst die These über die besondere Verbundenheit russischer Universitäten mit ihrem deutschen Vorbild, die bereits in der vorrevolutionären Geschichtsschreibung durchaus vorhanden war und in der Entstehungsphase des russischen Hochschulwesens einzelnen deutschen Universitäten und Wissenschaftlern eine besondere Rolle zuschrieb, änderte an dieser Haltung zunächst wenig.

In dieser Hinsicht ist die vorliegende Studie des Moskauer Historikers Andrej Jur'evič Andreev über die russischen Universitäten vom 18. bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein überaus gelungener Versuch, die vorhandenen Lücken in der geschilderten Forschungssituation zu schließen. Dabei wird hinterfragt, inwiefern die russischen Universitäten im Gesamtkontext der europäischen Universitätsgeschichte betrachtet werden können bzw. inwiefern sich die im Laufe ihrer Entwicklung entstandenen Probleme direkt vergleichen lassen. Damit versucht der Autor, die Geschichte russischer Universitäten im Hinblick auf die besonderen historischen Bedingungen in ihrem unmittelbaren Umfeld und über den Rahmen bloßer epochaler Entwicklungen hinaus zu betrachten und sie im Gesamtkontext der europäischen Universitäten prägenden Entwicklungen einzuordnen. Er geht dabei nicht nur vom bloßen Einfluss europäischer, allen voran deutscher Universitäten auf die russischen aus, sondern versucht, den Ausmaß dieses Einflusses und dessen nachhaltige Folgen für jede einzelne Epoche aufzuzeigen. Unterschieden wird bewusst zwischen den drei wichtigen Entwicklungsetappen gerade der deutschen Universitäten, nämlich zwischen den Epochen der vor-modernen, der modernen bzw. reformierten und der postmodernen Universität, wobei auf die letzte Etappe der Autor nicht mehr zu sprechen kommt.

Die Studie beginnt mit einer langen Einführung, die einen sehr ausführlichen Blick auf die

europäische und russische Forschungsliteratur wirft, gefolgt von vier Großkapiteln, welche nach der epochalen Entwicklung europäischer Universitäten gegliedert sind. Der zeitliche Rahmen spannt sich – neben der einführenden spätmittelalterlichen Epoche – vom Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts, als sich die ersten Wirkungen der europäischen universitären Ausbildung im Russländischen Reich zeigten und hier die ersten Versuche zur Gründung einer Universität unternommen wurden, bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. In dieser Epoche erreichte der Einfluss der reformierten Universität in Russland seinen Höhepunkt, bevor der Prozess der Aufnahme klassischer Ideen nach 1848 erst einmal abrupt aufhören sollte.

Das erste Kapitel behandelt die Entstehung der Universitäten in Zentral- und Osteuropa, angefangen von den mittelalterlichen privilegierten Korporationen bis hin zur Entstehung eines europäischen Universitätsnetzes. Parallel schildert der Autor die Entwicklung der russischen Universitätsidee im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts. Der Rolle und Bedeutung der sogenannten Privilegien, die als Grundlage für die Entstehung der modernen universitären Ordnung einschließlich ihrer Selbstgerichtsbarkeit dargestellt werden, schenkt der Autor in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit, zumal diese oft auch der russischen Universitätsidee zugrundelagen. Sie wurden vom Papst oder vom Kaiser des Heiligen Römischen Reiches als Träger der absoluten geistlichen bzw. weltlichen Herrschaft im christlichen Westeuropa den spätmittelalterlichen Universitäten verliehen und schenkten ihnen damit ein besonderes Gewicht im Vergleich zu anderen Bildungsanstalten bzw. den Anspruch auf eine gesamteuropäische Bedeutung.

Das zweite und dritte Kapitel sind jeweils der Modernisierungsgeschichte deutscher Hochschulen in der Epoche der Aufklärung sowie der Krise europäischer Universitäten infolge der napoleonischen Kriege und der nachfolgenden Entwicklung gewidmet. Die Entstehung der sogenannten akademischen Universität in St. Petersburg sowie die Gründung der Moskauer Universität ordnet der Autor in

den Kontext dieser Entwicklungen ein bzw. sieht sie als direkte Folge derselben. Die Krisenzeit europäischer Universitäten, die bis zu einem gewissen Grad auch die russischen betraf, zeichnete sich im Russländischen Reich gleichzeitig durch die Entstehung einer allgemeinen Gesetzgebung für die Universitäten aus. Auch setzte in dieser Epoche die Tradition ein, europäische, vor allem deutsche Professur für den Unterricht an russischen Universitäten zu verpflichten, was wesentlich zum direkten Einfluss der westlichen Universitätsidee in Russland beitrug.

Im vierten und letzten Kapitel schließlich wird die Entstehung der klassischen deutschen Universität behandelt, verbunden mit der Wirkung von Wilhelm von Humboldt. Dies veränderte nicht nur die innere Organisation und das Selbstverständnis deutscher Universitäten, sondern auch ihre Rolle und Bedeutung sowohl in der deutschen Gesellschaft als auch auf der gesamteuropäischen Ebene. In der Entwicklung der russischen Universitäten war in dieser Epoche die Amtszeit vom Bildungsminister S. S. Uvarov von großer Bedeutung; diese Zeit war aber auch durch starke Bildungsmigration an westeuropäische Universitäten geprägt. Dies sollte die russischen Universitäten mit eigenen, an Erfahrung und Professionalität der europäischen Professorenschaft gleichgestellten Spezialisten versorgen, worauf die „nationale“ Wissenschaft aufgebaut werden sollte. Das Kapitel wird mit den zeitgenössischen Debatten über die Durchsetzbarkeit der klassischen Universität in Russland abgeschlossen.

Aus dieser vergleichenden Perspektive sucht der Autor Antworten auf die grundlegenden Probleme des russischen Universitätssystems, nämlich wie genau die Genese der universitären Ausbildung im Russländischen Reich verlief, welcher Ideen sich die Initiatoren der Universitätsreformen in der einen oder anderen Epoche bedienten, wie sich die gesellschaftliche Haltung gegenüber der Rolle russischer Universitäten im Laufe der Zeit veränderte und worin die Probleme des Verhältnisses zwischen den Universitäten und dem Staat bestanden. Das Hauptaugenmerk ist auf die Wende zum 19. Jahrhundert gerichtet,

eine Epoche wichtiger Reformen im Russländischen Reich, wo auch die Grundlagen für das spätere Universitätssystem geschaffen wurden. Die ausführliche Schilderung der entscheidenden Etappen europäischer Universitätsgeschichte soll zudem zum besseren Verständnis jener Prozesse beitragen, die die Wandlung der vorklassischen Universität zur klassischen prägten und jeweils die unterschiedlichen Grundlagen der beiden wichtigsten Universitätssatzungen in Russland von 1804 und 1835 bildeten.

Diese Satzungen sowie verschiedene Reformentwürfe bilden den besonderen Schwerpunkt in der vorliegenden Studie, da sich die Parallelen zur Entwicklung der deutschen bzw. französischen Universitäten in diesen Dokumenten besonders nachvollziehbar widerspiegeln. Die konkrete Übernahme des europäischen Beispiels in der Entwicklung der russischen Universitätsidee, aber auch in der praktischen Umsetzung der Reformen wird beispielsweise anhand der Anlehnung der Universitätssatzung von 1804 an das französische utilitaristische System, oder aber anhand der Übernahme der Selbstgerichtsbarkeit deutscher Universitäten gezeigt.

Selbst wenn in der europäischen und russischen Universitätsgeschichte zumindest in ihrer epochalen Entwicklung nicht von Parallelentwicklungen die Rede sein kann, gelingt es der vorliegenden Studie immerhin, die Prozesse in Europa und im Russländischen Reich auf einer durchaus nachvollziehbaren Ebene darzustellen, obgleich dies ständige epochale Sprünge in der Darlegung bedeutet. Da sich die Studie des Weiteren stark an der oben beschriebenen vergleichenden Perspektive im gesamteuropäischen Kontext orientiert, bleiben wichtige innenpolitische kultur- bzw. bildungsgeschichtliche Fragestellungen notwendigerweise nicht berücksichtigt. Das Selbstverständnis russischer Universitäten vor dem Hintergrund der Realität eines Vielvölkerreiches fehlt beispielsweise in der Studie fast komplett. Nur beispielhaft wird des Weiteren auf die Spannung zwischen dem Verständnis der Universität im Dienste des Staates und ihrer Rolle in der Bildung nationaler Eliten eingegangen.

Die Betrachtung der europäischen Universitätsgeschichte über diesen langen Zeitraum hinweg erlaubt zwar, gewisse Kontinuitäten und Umbrüche zu erkennen, die der Autor sehr professionell mit der russischen Universitätsgeschichte in Verbindung bringt. Die Tatsache jedoch, dass die europäischen und russischen Universitäten weder epochal noch kulturgeschichtlich ohne weiteres vergleichbar sind, sorgt für gewisse Disharmonie.

Ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur russischen Universitätsgeschichte ist das Buch über die Universitätsidee im Russländischen Imperium im 18. Jahrhundert und bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, eine Quellensammlung, die anhand ausgewählter Texte den nationalen Kern der russischen Universitätsidee deutlich macht. Das eigentlich für die Hochschulen vorgesehene Lehrbuch, zusammengestellt von A. Ju. Andreev und S. I. Posochov, untersucht die Entwicklung der Universitätsidee im Russländischen Imperium vor dem Hintergrund der sogenannten klassischen Humboldtschen Universitätsidee. Als solche wird von den Herausgebern die Gesamtvorstellung über die Universität, über ihre Ziele und Aufgaben, über inneruniversitäre Korporationen sowie über die Beziehungen zwischen der Universität und ihrem sozialen Umfeld bzw. dem Staat beschrieben (S. 9.). Ziel des Buches ist unter anderem die nähere Betrachtung des Verhältnisses zwischen Universitätsidee und realer Entwicklung des Hochschulwesens im Russländischen Imperium. Die Diskrepanz zwischen den von ausländischen Spezialisten und ehemaligen russischen Studierenden an europäischen Hochschulen importierten Ideen und der im Laufe verschiedener Entwicklungsetappen in Russland selbst etablierten Universitätsidee bleibt als zentraler Gegenstand der Untersuchung stets präsent.

Anhand unterschiedlicher Texte russischer Wissenschaftler, Publizisten, Vertreter der Volksbildung etc. wird versucht, die komplexe Entwicklung der russischen Universitätsidee nachzuzeichnen. Die Auswahl der Texte und ihre Strukturierung, darunter auch die Tatsache, dass keine Gesetzestexte über Universitätsreformen in die Publikation Eingang

gefunden haben, dienen dem Zweck, vor allem die theoretische Entwicklung zu beleuchten. Kurze Hintergrundinformationen zur jeweiligen Epoche sowie biographische Ausführungen zu den Autoren – auch zu ihrer Ausbildung –, die einzelne Großkapitel einführen, sollen sowohl epochale als auch persönliche Bezüge zur Entwicklung ihrer Weltanschauung und Ideen und damit zu ihrer Haltung gegenüber der Universität herstellen.

Die ausgewählten Texte umfassen einige größere Themenkomplexe: Behandelt werden beispielsweise Projektentwürfe über die Universitätsgründung im Russländischen Reich (Kozodavlev, Karazin etc.), Denkschriften über die Entwicklung europäischer Universitäten, ihre Entstehungsgeschichte und Erfahrungen (Tret'jakov, Balug'janskij, Kavelin etc.), aber auch über die Rolle und Bedeutung russischer Universitäten für den Staat und die russländische Gesellschaft (Jakob, Maksimovič, Speranskij etc.). In den Texten ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geht es verstärkt um verschiedene Aspekte konkreter Universitätsreformen (Vernadskij, Čir'jev, von Kaufman).

Der erste Teil des Buches beginnt mit der längsten Periode, der Zeit vom Ende des 17. Jahrhunderts bis zur Schwelle des 19. Jahrhunderts, d. h. von der Entstehung der ersten Entwürfe zur Gründung einer Universität bis zur Epoche, als sich ein Universitätsnetz im Russländischen Imperium etabliert hatte. Der zweite Teil ist den Reformen in den Jahren 1830 bis 1840 gewidmet, während im dritten Teil die grundlegenden Debatten über die Weiterentwicklung des russischen Universitätsystems und dessen Beziehung zu den europäischen Universitäten am Ende des 19. Jahrhunderts behandelt werden. Der letzte Teil des Buches ist der komplizierten Periode am Anfang des 20. Jahrhunderts gewidmet, als in den Debatten über die Universitätsidee die sozialpolitisch bedingten Konflikte innerhalb der

Universitäten, studentische Unruhen und die Haltung der liberalen Professorenschaft überwogen. Zwei Texte von Wilhelm von Humboldt und Friedrich Schleiermacher sind im Anhang als notwendige Orientierung bzw. für das bessere Verständnis der Entwicklungstendenzen russischer Universitätsidee eingeführt.

Ogleich die angebliche Unvereinbarkeit der aus dem europäischen Kontext importierten Universitätsidee mit den russischen Realitäten durchaus angesprochen wird, vermisst der Leser den nicht uninteressanten Bezug zwischen der Entwicklung der Universitätsidee und den universitären Realitäten im Russländischen Reich. Zum Teil ist dies sicherlich der von den Herausgebern formulierten Absicht geschuldet, keine Gesetzestexte in der Quellsammlung zu berücksichtigen.

Die Vorstellung von den Universitäten als nationalen Bildungszentren, die ihren Platz in der multinationalen russländischen Gesellschaft erst zu finden hatte, ging stets mit der Adaptierung der europäischen „Universitätsidee“ an die Bedingungen der russischen Realität einher. Genau dieser Aspekt stellt den wichtigsten Eckpunkt in den beiden besprochenen Studien dar, die in zweierlei Hinsicht als besonders gelungen gelten können: In der zuerst besprochenen Studie wird die Entstehung und Entwicklung der russischen Universitäten in ihrer Verbundenheit mit den europäischen, allen voran den deutschen Universitäten zwar im größeren europäischen Kontext, dennoch unter Berücksichtigung ihrer speziellen Rolle als vom Staat finanzierte und daher den Interessen des Staates dienende Institutionen betrachtet. Im zweiten Buch ist es mit der bedachten Auswahl der Texte gelungen, aus dem Gesamtkontext der russischen Universitätsgeschichte die theoretische Entwicklung der Universitätsidee herauszugreifen und dieser somit eine durchgreifbare Gestalt zu verleihen.

*Arpine Maniero, München*

DIETLIND HÜCHTKER: *Geschichte als Performance. Politische Bewegungen in Galizien um 1900*. Frankfurt a.M., New York: Campus, 2014. 386 S. = *Geschichte und Geschlechter*, 65. ISBN: 978-3-593-50070-6.

Jede geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Disziplin hat ihre eigenen Konventionen bezüglich der Größenordnung des erwünschten theoretischen Rahmens und der dazugehörigen Fallstudien. Die Frage der Repräsentativität von Fallstudien, die Politikwissenschaftler permanent umtreibt, findet bei Anthropologen weit weniger Beachtung bzw. wird dort grundsätzlich in Frage gestellt. Historiker finden sich oftmals zwischen diesen beiden Extremen wieder. Die frauengeschichtliche Habilitation von Dietlind Hüchtker (Universität Halle-Wittenberg 2012) lässt diesbezüglich nicht erahnen, dass die Autorin neben Geschichte auch Politikwissenschaft studiert hat. Die Einleitung über politische Vorstellungen und Handeln steckt mit eher abstrakten Überlegungen einen sehr umfangreichen Rahmen ab.

Diese Einleitung gibt ihre theoretischen Einsichten nicht leicht preis. Die Annäherung an „Regeln des Wandels, die zahlreichen Übergänge von einem Ort und einer Zeit in einen anderen und eine andere“ (S. 8) über die Nacherzählung der Handlung eines Romans auf den ersten Seiten lässt den nichteingeweihten Leser leicht verzweifeln. Auch manche wortgewaltige Formulierung ist dem guten Verständnis eher abträglich: „Eine Performance, gebunden an die Kommunikations- und Wissensformen der Beteiligten, kann und will diese verfremden, verschieben, pointieren, muss sie aber aufgreifen, um verstanden zu werden.“ (S. 21) Ein prägnanter Satz enthält dagegen das Wesentliche zum Forschungsgegenstand der Studie und zum methodischen Ansatz von Dietlind Hüchtker: „Wie die historischen Akteur/innen Geschichte erzählen und Wandel praktizieren und wie gleichzeitig Erzählungen und Wandel eingehen in ein weiteres Narrativ, das der Autorin [...]“ (S. 10) Da Repräsentativität nicht das Ziel ist, wird die Auswahl der drei Frauen folgerichtig (aber etwas unbefriedigend) kaum näher begründet als mit der Relevanz der Zei-

tenwende um 1900 in Galizien und ihrer mehr oder weniger parallelen Lebens. Auch die Auswahl der zu beschreibenden Wirkungsstätten wird nicht explizit erläutert oder auf Bildverzerrungen überprüft. (S. 199)

Unvermittelt wird der Leser anschließend mit den Fallstudien konfrontiert. Nach der theoretischen Großperspektive wird der Fokus neu justiert – nicht auf Nationalbewegungen und die Rolle der Frauen, nicht spezifischer auf die Jahrhundertwende oder auf Galizien, sondern noch genauer auf drei ausgewählte politisch-gesellschaftlich tätige Frauen in Galizien um 1900: eine Bauernaktivistin, eine Feministin und eine Zionistin. Diese Zuspitzung ohne Repräsentativitätsfrage erinnert eher an anthropologische als an politikwissenschaftliche Konventionen. Gleiches gilt für die fast künstlerisch-metaphorische Ordnung des Buches in vier Kapiteln zu „Mitwirkenden“, „Stücken“, „Bühnen“ und „Auftritten“ der „Performance“ dieser Frauen, die in nichts an eine hierarchisch-systematische politikwissenschaftliche Arbeit erinnert. Der Schreibstil ist wohlüberlegt und elegant. Die Angst um ein kohärentes Narrativ mit den unweigerlichen Deutungsansprüchen führt leider ins Leere. „Aus einem Konglomerat von Deutungen und Selbstdeutungen lassen sich verschiedene Narrative über das Selbst- und Weltverständnis der drei Frauen herauskristallisieren, Narrative, in denen differierende Aspekte des Lebens vereint werden, antagonistisch gegenüber- oder auch unverbunden nebeneinanderstehen.“ (S. 46) Das Problem einer vom Autor geschaffenen Deutung lässt sich nicht umgehen, indem statt einer Gesamterzählung Kurzfragmente angeboten werden und es dem Leser überlassen wird, sich daraus ein Gesamtbild zu formen. Gelegentlich sieht die Autorin sich gezwungen, die Selbsteinschätzung der historischen Figuren zu korrigieren: „Alle drei Frauen waren verheiratet oder verwitwet und verfolgten mit Unterstützung ihrer Ehemänner, so die Selbstdarstellungen, berufliche und politische Ambitionen [...]“ (S. 305)

Diese Selbstbeschränkung führt dazu, dass aus den sehr perceptiven und subtilen Analysen der Texte und Handlungen kein Gesamt-

bild entsteht. Die vertiefte Analyse umfasst die Durchleuchtung vorhandener Texte (Briefe, Zeitschriftbeiträge u.ä.) in ihrem Kontext und mit den darin verborgenen Konzepten und Normen. Außerdem werden die Aktivitäten der Protagonistinnen vor dem Hintergrund der galizischen Politik und Gesellschaft jener Zeit gedeutet. Diese Analysen lösen das überaus wichtige Versprechen ein, diese Frauen nicht nur vor der Folie der großen Nationalgeschichte ihrer Zeit zu betrachten und sie damit dieser unterzuordnen. Mit den besprochenen Fragen und Quellen wechselt auch der relevante Kontext – Europa, Galizien, die Frauenbewegung, die Intelligenzija, der örtliche Verein. Dieses Kunststück ist der Autorin hoch anzurechnen. Es nimmt den Frauenleben die teleologische Eindeutigkeit und Zielstrebigkeit. Die Quellen und die oft sehr kleinen Netzwerke und Milieus, in denen die Frauen sich bewegten, bedingen außerdem, dass die Gesellschaft als solche nur – um in der gewählten Metapher zu bleiben – als Kulisse zu sehen ist. Die drei Frauen gehören vielleicht nicht zu den Wohlhabenden, aber sie fühlten sich sehr wohl der

politischen Elite, dem Bildungsbürgertum und der gesellschaftlichen Führungsschicht zugehörig.

Die Tatsache, dass über das Leben der drei ausgewählten Frauen trotz aller Recherchen vor allem aus Selbstzeugnissen Informationen überliefert sind, birgt nicht nur methodische Gefahren, auf die die Autorin zu Recht und wiederholt hinweist. Das Gesamtbild ist dadurch aber auch unwirklich steril und konfliktfrei. Was unvermeidlich fehlt, sind Kontrahenten (weitgehend), Emotionen und vor allem Zweifel bei den Protagonistinnen. Eine Frage, die bei aller methodischen Reflektion und historischen Dekonstruktion vielleicht zu kurz kommt, ist die nach der Traditionsgebundenheit dieser Frauenleben: In welchen Ansichten und Handlungen sind sie eben nicht modern? Dass „Begriffscontainer“ wie Klasse, Nation und Kollektive wie Bauern, Frauen oder Arbeiter konsequent, aber ohne anachronistische Wertungen aufgebrochen werden, ist der große Verdienst dieser Studie.

*Wim van Meurs, Nijmegen/Kleve*

ANDRÉJ N. JANUŠKEVIČ: Livonskaja vojna 1558–1570 gg. i Velikoe knjažestvo Litovskoe. Minsk: Vyd. Medisont, 2013. 361 S. ISBN: 978-985-7085-04-0.

Die Monographie des weißrussischen Historikers Andréj Januškevič (geb. 1976) ist die russische Fassung einer ursprünglich 2007 auf Weißrussisch erschienenen, bereits 2002 eingereichten Dissertation. Einige Monate nach Publikation des hier rezensierten, in Minsk veröffentlichten Bandes erschien in Moskau noch eine dritte Fassung des Buches (ANDRÉJ JANUŠKEVIČ: Livonskaja vojna. Vil'no protiv Moskvy 1558–1570. Moskva 2013). Deren Text ist mit dem des in Minsk gedruckten Bandes weitgehend identisch, die Unterschiede betreffen die sprachliche Redaktion.

Der Schwerpunkt des Buches liegt auf der Frage nach der Rolle des Großfürstentums Litauen im Livländischen Krieg und der Bedeutung des Krieges für die inneren Entwicklun-

gen im Großfürstentum. Dieser Blickwinkel ist besonders begrüßenswert, weil gerade der litauische Faktor in der traditionellen Geschichtsschreibung über diesen Krieg in der Regel im Hintergrund geblieben ist. Der Verfasser kennt sich vor allem in der weißrussischen, russischen, polnischen und auch litauischen Historiographie gut aus, hinsichtlich der deutschsprachigen Forschungen und Quellenspublikationen sind seine Kenntnisse dagegen eher oberflächlich.

Das erste Kapitel der Monographie thematisiert die russisch-litauische Diplomatie sowie die militärischen Handlungen in Livland und auf dem Gebiet des heutigen Weißrusslands. Der Überblick ist sachlich gehalten. Es ist aber wohl zu modernisierend, die Politik der Herrscher und Elitengruppierungen als eine Tätigkeit der personifizierten Agenten „Wilno“, (Moskauer) „Kreml“, oder „Bağçasaray“ darzustellen. Die inneren Meinungsverschiedenheiten werden nur im Falle Litauens behandelt.

Am Moskauer Zarenhof soll man sich erst im März 1559 darüber im Klaren gewesen sein, dass der Konflikt mit Livland kein lokaler Gegensatz war, sondern dass hier auch die Nachbarmächte Livlands und besonders das Großfürstentum Litauen um Mitsprache bestrebt waren. Die anfängliche Kompromissbereitschaft Litauens hat man aber in Moskau als ein Zeichen der Schwäche wahrgenommen, was letztendlich in Livland zum litauisch-russischen Krieg führte. Für den Verlust von Polozk 1563 konnte sich das Großfürstentum mit dem Sieg am Fluss Ula 1564 teilweise revanchieren, danach kann man bis 1570 von einem „Erschöpfungskrieg“ sprechen.

Den originellsten Teil der Veröffentlichung bilden das zweite und dritte Kapitel, wo die wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Krieges für die Gesellschaft des Großfürstentums sowie für die Organisation der litauischen Armee dargestellt werden. Das Heeresaufgebot vom Jahr 1567 schätzt der Verfasser auf 28.000–30.000 Mann, was die höchste Zahl im Großfürstentum im gesamten 16. Jahrhundert darstellte. Eine entscheidende Rolle in den litauischen Garnisonen in Livland spielten die meistens aus Polen stammenden Söldner. Die entsprechenden Kosten konnte das Großfürstentum aber nur mithilfe von Subsidien aus Polen tragen. Die Mobilisierung der eigenen Ressourcen ist Litauen nur ungenügend gelungen. Der Verfasser behandelt die Heeresaufgebote und das Steuerwesen in Litauen im behandelten Zeitraum, darunter auch die Besteuerung der Juden. Als Bilanz wird hervorgehoben, dass die Besetzung Livlands und der Krieg mit Russland für den Fiskus des Großfürstentums eine Last bildeten, die es über einen längeren Zeitraum nicht tragen konnte. Nach der Schätzung von Januškevič lag der Grund vor allem in der mangelnden Fähigkeit der Herrschaftsstrukturen, das eigentlich im Lande vorhandene Potenzial auszunutzen, die Streitkräfte zu organisieren und die Szlachta vollständig zu disziplinieren. Als

besonders kompliziert erwies sich die Bezahlung der Söldner in Livland, was die militärische Leistungsfähigkeit Litauens entscheidend begrenzte.

Im letzten Kapitel wird hervorgehoben, dass die vom Krieg verursachte wirtschaftliche Abhängigkeit Litauens von Polen der entscheidende Faktor war, der zur Union von Lublin im Jahr 1569 führte. Im diesem Zusammenhang wird vergleichend auch die Behandlung der Frage nach den Ursachen der Union in der Geschichtsschreibung thematisiert. Die Elite des Großfürstentums hatte ein ambivalentes Verhältnis zum Krieg um Livland. Die ursprüngliche Unterstützung der Szlachta wurde wegen der Steuerforderungen beeinträchtigt.

Erwähnenswert ist die Beobachtung, dass die in der sowjetischen Geschichtsschreibung oft vertretene These, die slavische Bevölkerung des Großfürstentums Litauen habe die Politik Russlands unterstützt, in den Quellen keine Unterstützung findet. Eher hat man die Bauern als eine passive Volksmenge wahrgenommen, die kein Objekt irgendeiner politischen Propaganda war. In den von Russland eroberten Territorien des Großfürstentums wurde das System des russischen Dienstgutbesitzes eingeführt, insgesamt brachte der Krieg aber in den betroffenen Gebiet eine demographische Krise mit sich.

Es handelt sich um eine gelungene Studie, die neben den publizierten Quellen auch umfangreiches Material aus den Archiven in Polen, Litauen, Weißrussland und Russland verwendet. Das erste Kapitel leidet zwar etwas unter der begrenzten Auswahl der benutzten Quellen und Literatur, ist aber akzeptabel, wenn man es als eine Einführung in das Thema betrachtet. Den originellsten und wertvollsten Teil der Monographie bilden die Abschnitte über das Kriegswesen und die Kriegswirtschaft des Großfürstentums in den sechziger Jahren des 16. Jahrhunderts und die lokalhistorischen Exkurse.

*Anti Selart, Tartu*

MARTINA NIEDHAMMER: Nur eine „Geld-Emancipation“?. Loyalitäten und Lebenswelten

des Prager jüdischen Großbürgertums 1800–1867. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht,

2013. 340 S., 22 Abb., 5 Graph. = Religiöse Kulturen im Europa der Neuzeit, 2. ISBN: 978-3-525-31020-5.

*Nur eine „Geld-Emancipation“?* ist eine Gruppenbiographie von fünf großbürgerlichen Prager jüdischen Familien während des 19. Jahrhunderts. Diese methodologische Wahl erweist sich als außerordentlich produktiv und bereichernd. Martina Niedhammer schafft es in ihrem hervorragenden Buch nicht nur, einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Juden in Prag und in Böhmen zu leisten, sie bietet auch überzeugende Thesen zur allgemeinen jüdischen Geschichte, die einige gängige Interpretationen in Frage stellen.

Auch wenn Niedhammer im Titel des Buches die Termini „Loyalitäten“ und „Lebenswelten“ hervorhebt, findet man im Text oft auch Umschreibungen wie „komplexe Identitäten“, „Selbstkonzepte“ und „Selbstverständnis“, die alle unterstreichen, dass es Niedhammer um die subjektive Perspektive der Selbstverortung der Familienmitglieder geht. Sie benutzt zu ihrer Analyse eine sehr breite Quellenbasis – Memoiren, Korrespondenz, Nachlässe, amtliche Dokumente, aber auch künstlerische und materielle Quellen wie Gemälde, Toramäntel oder Grabsteine.

Die Kapitel sind nach sechs realen oder imaginierten Orten aufgeteilt. Diese Komposition ermöglicht anhand von ortsgebundenen Themen unterschiedliche Perspektiven auf das Thema. Die Jerusaleminsel in der Moldau steht für das industrielle Unternehmen und das Geschäftsleben; der Sophiensaal in der Prager Neustadt für das Vereins- und Gesellschaftsleben; der Tempel in der Geistgasse für das religiöse Leben; die k.k. Hofkanzlei in Wien für die administrative wie auch politische Verankerung und für Verhandlungen; die Villa Portheimka, das Wohnhaus der Familie Porges im Smichow bei Prag, repräsentiert das Familienleben und letztendlich Jerusalem wirkt als „emotionaler Fluchtpunkt“ wie auch Ort für karitative Erziehungsexperimente.

Das Resultat einer solchen tiefgehenden und vielschichtigen Analyse ist in mehreren Hinsichten bereichernd. Überzeugend zeigt

Niedhammer, wie selbstbewusst, aktiv und kreativ die Familienmitglieder in vieler Hinsicht gehandelt haben. Die früher in der Forschungsliteratur überwiegende Perspektive von „Partizipation durch Assimilation“ oder einer einseitigen „Akkulturation“ bekommt mit diesem Buch wieder einen Schlag.

Niedhammers Mikroanalyse der sozialen Beziehungen der fünf jüdischen Familien zeigt die Breite der kulturellen, politischen und karitativen Aktivitäten, die ganz natürlich in den Kontext der Prager großbürgerlichen Elite eingegliedert waren: so zum Beispiel die Unterstützung des Vaterländischen Museums, der *Měst'anská beseda* oder des Gewerbevereins, das Interesse für Bohemismus oder Austroslawismus, die Teilnahme am prominenten Musikleben der Stadt (bei den Porges beispielsweise spielte bei Konzerten auch Antonín Dvořák, Julie Lämél nahm Klavierunterricht bei Wenzel Johann Tomaschek, Sophie Lämél wieder bei Carl Maria von Weber). Zugleich waren die privaten wie auch die gesellschaftlichen Kontakte dieser Familien landesgrenzenüberschreitend. So gehörten zum Bekanntenkreis dieser Unternehmer nicht nur lokale Größen wie František Palacký und sein Schwiegersohn František Ladislav Rieger, sondern auch Johann Wolfgang von Goethe, Heinrich Heine und Rahel Varnhagen. Wie aber Niedhammer überzeugend am religiösen Leben, an den Heirats- und Begräbnisritualen, wie auch an dem karitativen Projekt Lämels in Jerusalem zeigt, bedeutete diese Inklusion und aktive Teilnahme am kulturellen, politischen und industriellen Leben Prags und Europas keine Abschwächung der religiösen Werte und der Bedeutung der jüdischen Gemeinschaft für diese Familien.

Faszinierend ist auch Niedhammers Neuinterpretation der Nobilitierung der ersten Juden, darunter auch einiger Mitglieder der untersuchten Familien. Sie widerspricht der gängigen Interpretation der Nobilitierung als einem Akt, in dem die jüdische Elite die individuelle Emanzipation der allgemeinen vorgezogen habe. Niedhammer zählt die vielen Bestrebungen insbesondere der Familien Lämél und Porges um die Emanzipation aller böhmischen Juden auf. Wenn solche Verhandlungen um die Judene-



manzipation in der älteren Generation eher die Form von Gnadengesuchen, verbunden mit prächtigen Geschenken, hatten, so verliefen in der jüngeren Generation, etwa bei den Brüdern Porges in den 1830er Jahren, die Verhandlungen eher auf der Basis eines breiten transnationalen Netzwerkes und anhand langfristiger Strategien (S. 143-185). Wie Niedhammer in Detail und anhand überzeugender Dokumente zeigt, erfolgte die Nobilitierung dieser Personen nicht, weil sie eine individuelle Emanzipation der allgemeinen vorgezogen hätten, sondern umgekehrt, weil der Staat die Emanzipation aller Juden konsequent verweigerte und lieber diesen einzelnen Fürsprecher durch die Nobilitierung zum Schweigen bringen wollte.

An mehreren Stellen des Buches wird auf die spezifischen Züge der Prager jüdischen Eliten und ihrer Familien hingewiesen. Zum einen kann sie feststellen, dass im Unterschied zu Wien und Budapest die neue jüdische ökonomische Elite nach 1800 aus alten Prager Familien stammte. Migration spielte also bei der Herausbildung der großbürgerlichen Schicht der jüdischen Bevölkerung eine marginale Rolle (S. 45-46). Zweitens stammte das Vermögen dieser Familien hauptsächlich aus der Großhandelstätigkeit. Im Unterschied zu den Bankiersfamilien aus Frankfurt oder Wien, war keine dieser Prager Familien mit ehemaligen Hofaktoren verbunden (S. 46). An anderer Stelle im Buch findet man das dritte Spezifikum Prags: Auch wenn es dort wie in anderen Städten Europas antijüdische Unruhen und Ressentiments gab, so „nahmen Vertreter des jüdischen Großbürgertums spätestens seit den 1840er Jahren regen Anteil am örtlichen Vereinsleben“ (S. 70). Es sei „auffällig, dass sich in Prag über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus keine Bestrebungen nachweisen lassen, ein eigenständiges, auf ethnischen (nichtreligiösen) Prinzipien fußendes jüdisches Vereins- und Gesellschaftsleben zu etablieren, wie dies in anderen mitteleuropäischen Städten häufig der Fall war, nicht zuletzt auch als Reaktion auf die

Exklusivitätsansprüche nichtjüdischer Vereine“ (S. 70, Fußnote 7).

Für den Leser ist aber zugleich überraschend, dass eine solche Schlüsselinformation in der Fußnote auftaucht. Niedhammer hätte diesen Befund noch vertiefen und nach den Gründen fragen können, auch deshalb, weil ihre eigenen früheren Thesen als Erklärung dienen könnten. Hängt die Tatsache der Inklusion der jüdischen Eliten in den 1830er und 40er Jahren nicht damit zusammen, dass es sich um Familien handelte, die in der Stadt schon längst sozial vernetzt waren und das Milieu gut kannten? Und da es sich um keine ehemaligen Hoffaktoren handelte, war auch ihre Startposition im Geschäftsleben vergleichbar mit derjenigen der anderen bürgerlichen Unternehmer aus christlichen Familien, und so war auch die gemeinsame Teilnahme am Gesellschaftsleben für beide Seiten akzeptabel.

Das auffällig friedliche Zusammenleben von christlichen und jüdischen großbürgerlichen Familien in Prag, wo zumindest vor 1848 das soziale Milieu der Gäste bei gesellschaftlichen Veranstaltungen wichtiger war als die ethnisch-religiöse Zugehörigkeit (S. 221), könnte auch als eine zusätzliche Erklärung für die spätere außerordentliche Inklusion der jüdischen Elite in die deutschsprachige Oberschicht von Prag dienen. (Zur Inklusion der Prager jüdischen Elite am Ende des 19. Jahrhunderts, siehe insbesondere GARY COHEN: *The Politics of Ethnic Survival: Germans in Prague, 1861-1914*. Rev. 2nd ed. Lafayette 2006.)

Niedhammer ist es gelungen ein innovatives, fundiertes und ideenreiches Buch zu schreiben, das uns einen plastischen und vielschichtigen Blick in die Denkweise, den Alltag und die Selbstverortung von fünf großbürgerlichen jüdischen Familien in Prag vermittelt. Zugleich ist ihr Buch ein nicht zu übersehender, wichtiger Beitrag zur Geschichte der böhmischen und habsburgischen Juden, wie auch zur Stadtgeschichte von Prag.

*Kateřina Čapková, Prag*

HANS MOMMSEN: *Das NS-Regime und die Auslöschung des Judentums in Europa*. Göttingen: Wallstein, 2014. 234 S. ISBN: 978-3-8353-1395-8.

Hans Mommsens Band bietet eine gedrängte Gesamtdarstellung der komplexen Zusammenhänge, die zum nationalsozialistischen Judenmord geführt haben. Dabei lässt er sich von der entscheidenden Fragestellung leiten, warum und unter welchen Begleitumständen die jeweiligen Einzelschritte – von der Diffamierung und gesellschaftlichen Isolierung der Juden bis hin zu ihrer Ermordung – vollzogen wurden. In neun Kapiteln beschreibt Mommsen diese Etappen, skizziert zunächst die Judenfeindschaft in der Weimarer Republik und ihre Rolle beim Aufstieg der NSDAP. Sodann schildert er, wie das NS-Regime die Verfolgung der Juden von 1933 an radikalisierte – bis hin zu ihrer ständig perfektionierten Ausgrenzung und Entrechtung: durch die Nürnberger Gesetze, die „Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft“ (S. 67) und die Gewaltexzesse um den 9. November 1938 herum, in denen „die öffentliche Herabwürdigung des Judentums in Deutschland“ (S. 87) zum Ausdruck gekommen sei. Hiermit schlug der Rassenantisemitismus zugleich in massenhaften Mord um, der durch die deutsche Justiz nicht geahndet wurde. Zehn Monate später setzte sich dies in einem weit größeren Umfang bei der Eroberung Polens fort, obwohl zunächst noch die „Umsiedlung der Juden und die Fiktion einer ‚territorialen Endlösung‘“ (Kapitel 6) auf der Agenda der führenden Nationalsozialisten stand, die Millionen Juden in Reservate pferchen oder nach Madagaskar deportieren wollten. Mit dem „Rassenvernichtungskrieg“ gegen die Sowjetunion“ (S. 131) kamen neue Ziele für ein Umsiedlungsprojekt auf den Tisch, doch verflüchtigte sich dieses zur gleichen Zeit auch schon wieder – nicht zuletzt als Folge der konkreten deutschen Kriegführung, der bis Ende 1941 bei unablässigen, alltäglich verübten Massakern an ungezählten Orten Hunderttausende Juden zum Opfer fielen. Während diese andauerten, schufen Hitlers und Himmlers Vertraute im Generalgouvernement und im Warthegau aus

eigenem Antrieb die Voraussetzungen, eine noch weit größere Anzahl in eigens errichteten speziellen Tötungszentren kurzerhand mithilfe von Giftgas zu ermorden. Das längste Kapitel widmet Mommsen daher dem „europäischen Osten als Schauplatz der Ermordung der Juden“ (S. 152), dem noch ein Abschnitt über die Funktion des Lagers Auschwitz folgt. Zur Mordstätte für die Juden aus Mittel- und Westeuropa konnte Osteuropa freilich nur werden, weil die Deportationen mit der Eisenbahn reibungslos verliefen, während Transportmittel für den totalen Kriegseinsatz eigentlich unentbehrlich waren.

Die Stärken des Bands liegen eindeutig in der oft auf die Ergebnisse eigener Forschungen gestützten, ebenso sachkundigen wie knappen Beschreibung der Entwicklungen in Deutschland während der Vorkriegsjahre. Treffend sind etwa Mommsens Ausführungen über die spontanen Übergriffe, wobei „die Ministerien gedrängt wurden, illegales Vorpreschen der radikalen Gruppen nachträglich zu sanktionieren“, oder über die Ermutigung „antisemitischer Scharfmacher“, denen es darum ging, „immer wieder vollendete Tatsachen zu schaffen und unter Berufung auf angebliche Proteste in der Öffentlichkeit gegen den Einfluss von Juden schärfere Maßnahmen zu fordern“ (S. 43).

Auch einige Schwächen fallen ins Auge, darunter redundante und sich wiederholende Formulierungen (beispielsweise S. 16–18, 43, 53–54, 91, 112, 174), unklare oder widersprüchliche Angaben zu Prozentzahlen (S. 39) und zu angeblich „sich häufenden Massakern [an Juden] in Westpreußen“ (S. 187) oder zu Juden als Partisanen (S. 174). Mit dem Ortsnamen „Samoisk“ ist offenbar Zamość gemeint. Das „berüchtigte Konzentrationslager an der Janowska-Straße in Lublin“ (S. 157) befand sich in Lemberg (so richtig S. 158), wohingegen das Lubliner Lager an der Lipowa-Straße gelegen war. Der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement Krüger wird nicht bei der Ersterwähnung (S. 169), sondern erst auf der folgenden Seite eingeführt. Im Oktober 1941 ging es nicht um den „Ausbau des Vernichtungslagers Belzec“ (S. 161), sondern al-

lenfalls um Vorbereitungen für dessen Errichtung, denn nicht vor Anfang November 1941 traf dort ein damit beauftragtes deutsches Kommando ein. SS-Sturmbannführer Rolf-Heinz Höppner (1910–1998) wollte das von ihm Mitte 1941 in Vorschlag gebrachte Großgetto keineswegs „in der Nähe des Kohlerevierts“ (S. 162), sondern an der „Kohlenmagistrale“ errichten, also an der Bahnlinie, die von Oberschlesien durch den Warthegau zum Ostseehafen Gdingen verlief – sie kreuzte östlich von Kolo die Strecke Warschau–Posen, und unweit davon wurde im November 1941 das Vernichtungslager Kulmhof/Chełmno errichtet. Die Rede von der „Grenzenlosigkeit des Terrors“ (S. 212), der gegen Judenhelder ausgeübt worden sei, übertüncht die erheblichen Unterschiede bei der nationalsozialistischen Verfolgung und Ahndung der Judenhilfe zwischen Mittel-, West- und Ost(mittel)europa sowie innerhalb Osteuropas. Der fränkische Gauleiter Karl Holz beging nicht 1938/39 Selbstmord (S. 79, 91), sondern starb erst am 20. April 1945. Die Lage der Juden in Belgien, Frankreich, Jugoslawien, den Niederlanden und Ungarn wird weitgehend vernachlässigt, ebenso wenig wird die Rettung des Großteils der dänischen und bulgarischen Juden erwähnt.

Störend wirkt der häufig fehlende Gebrauch von Anführungszeichen bei spezifischer NS-Terminologie wie Mischling(sfrage), Führer, Halb-, Achteljuden usw. Die Bezeichnung des Judenmords als „Liquidierung“ ist ebenso unpassend wie die Rede von der „Judenvernichtung“ oder gar „Vernichtung des Judentums“ (S. 208), denn bei Letzterer begeben wir uns unnötigerweise in die Niederungen der nationalsozialistischen Diktion. Einer (noch) besseren Lesbarkeit steht die Verwendung ungebräuchlicher Begrifflichkeit entgegen, allen

voran die überstrapazierte Rede von der kumulativen Radikalisierung (S. 82) bzw. einer ebensolchen Wirkung (S. 89) und Verschärfung (S. 102) oder auch von kumulativen Maßnahmen (S. 113, 114).

Der Band von Hans Mommsen ist aus einer bloßen Überarbeitung seines 2002 in München erschienenen Buchs *Auschwitz, 17. Juli 1942. Der Weg zur europäischen ‚Endlösung der Judenfrage‘* hervorgegangen. Wohl deswegen ist die Darstellung nicht immer auf dem neuesten Forschungsstand, denn Mommsen hat kaum jüngere Literatur zum Thema ausgewertet. Dieser wäre etwa zu entnehmen gewesen, dass im November 1938 in Deutschland mehr als 91 Juden ermordet und weit über 25.000 in Konzentrationslager verschleppt wurden.

Dass Mommsen im abschließenden, zehnten Kapitel *Der Holocaust und die Deutschen* (S. 204) sich von den Hauptkriegsverbrechern abwendet und Schuld und Verantwortung der vielen anspricht, die das Vernichtungswerk an den europäischen Juden durch Mittäterschaft, Unterstützung, Mitwisserschaft, durch Geschehen-Lassen und Nicht-Verhindern mit ermöglichten, trifft auch heute noch einen empfindlichen Nerv der Erinnerungskultur hierzulande. Dabei ist der Schluss nachvollziehbar, wonach die Versäumnisse in der deutschen Gesellschaft sehr früh anzusetzen sind – „dass es darum hätte gehen müssen, den Anfängen der Gewalt gegen Juden entgegenzutreten“ (S. 212). Damit stellen sich einmal mehr brennende Fragen an die politische Kultur in der ersten – chancenlosen – Republik von Weimar und an das heftige Schwanken zwischen Abscheu und Begeisterung, das die Bilder von Osteuropa seinerzeit hervorriefen.

*Klaus-Peter Friedrich, Marburg/Lahn*

LUKAS MÜCKE: Die allgemeine Altersrentenversorgung in der UdSSR, 1956–1972. Stuttgart: Steiner, 2013. 565 S., Tab. = Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 81. ISBN: 978-3-515-10607-8.

Die Dissertation nimmt mit den Altersrentnern

die Bevölkerungsgruppe in den Blick, deren soziale Absicherung in der Sowjetunion genauso wie in allen anderen sozialistischen Staaten im Vergleich mit Westeuropa am unzureichendsten geregelt war. Mücke setzt sich vor allem zwei Ziele (S. 14–19): Weil er in der „rentenpolitischen Reformtätigkeit“ nach Stalins Tod

eine deutliche Abkehr von der zuvor betriebenen Politik sieht, will er die Hypothese prüfen, die neue Führung habe nunmehr ihr Regime legitimieren und stabilisieren wollen, indem sie den Umgang mit den Adressaten der Rentenreformen auf Elemente realer Wechselseitigkeit, eines Gebens und Nehmens, ausrichtete. Dieses angebliche Austauschverhältnis will er in seiner Bedeutung für die politischen Ziele des Regimes und für die Eigenwahrnehmung der älteren Menschen analysieren. Sein zweites Anliegen besteht darin, die Untersuchung in den internationalen Kontext einzuordnen und dabei die Frage zu beantworten, ob die Sowjetunion zwischen 1956 und 1972 als „Wohlfahrtsstaat“ einzustufen ist.

Der Untersuchungszeitraum ist eigenwillig. Während das Ende mit 1972 überzeugend damit begründet wird, dass die Gesetzgebung zur Altersrentenversorgung mit ihren Nachbesserungen 1971 zum Abschluss kam (S. 19), drückt der Beginn mit 1956 statt mit 1953 eine problematische und die ganze Studie prägende Fixierung auf das ‚Regierungshandeln‘ und die Gesetzgebung im Obersten Sowjet aus. Das deckt sich nicht mit unserem Wissen um die Machtverteilung, wonach die entscheidenden Direktiven von der Partei ausgingen. Mücke weist selbst darauf hin, dass das Präsidium des ZK bereits im Juli 1953 eine Kommission zur Rentenreform einsetzte und sich 1954 mindestens mit zwei Entwürfen befasste (S. 98).

Mücke beginnt seine Studie mit einem Blick auf die demographischen Daten, mit denen er die Alterung der Bevölkerung und damit die Dringlichkeit von Altersrenten verdeutlichen möchte (S. 34–51). In dem sehr umfangreichen 2. Kapitel erörtert er ausführlich die Vorgeschichte der Reform, die getroffenen Regelungen und auch die Mängel, die sich bei der Implementierung zeigten. Zunächst betrachtet er das Gesetz über Altersrenten für Arbeiter und Angestellte von 1956 (S. 52–178), anschließend das über Altersrenten und Beihilfen für *kolchozniki* von 1964 (S. 179–252). Den vergeblichen Protest der Briefschreiber gegen die Nichteinbeziehung der *kolchozniki* in die staatliche Sozialversicherung, die Stalin mit der Verfassung von 1936 durchsetzte, erwähnt er allerdings

nicht. Die einschlägige Untersuchung von Arch Getty dazu fehlt im Literaturverzeichnis (J. ARCH GETTY: State and Society under Stalin: Constitutions and Elections in the 1930s, in: Slavic Review 50 (1991), S. 18–35). In den Kapiteln 3 und 4 fragt der Autor nach Reichweite, Qualität und Grenzen der Alterssicherung (S. 253–315). Sein Versuch, die „Löcher im Netz“ der Alterssicherung zu bestimmen, bleibt allerdings angesichts des Fehlens belastbarer Daten vergleichsweise vage. Kapitel 5 untersucht, wie die Rentenpolitik die Sozialstruktur der Sowjetunion veränderte, indem erstmals eine „Versorgungsklasse“ von Altersrentnern entstand (S. 316–356). Um die Bedeutung der Reform zu bewerten, prüft Mücke, ob sich das Konzept der „Anspruchsgemeinschaft“ (Mark Edele) auf die Altersrentner übertragen lässt. Das 6. Kapitel blickt auf die Beziehung von Staat und Gesellschaft (S. 357–398). Mücke diskutiert, ob die Rente als Wohltat eines paternalistischen Staates oder als wechselseitige Verpflichtung von Staat und Bevölkerung angesehen wurde. Das 7. Kapitel widmet sich den Rentnerräten, die Mücke für Organe „gesellschaftlicher Selbsttätigkeit“ hält (S. 399–457). Kapitel 8 fasst die Ergebnisse zusammen (S. 458–516).

Mückes Übertragung des von Mark Edele für sowjetische Kriegsveteranen entwickelten Konzepts der „Anspruchsgemeinschaft“ auf die Altersrentner (S. 327 ff.) wirft Fragen auf. Die drei Kriterien (Kommunalität = Zusammenhalt der kollektiven Einheit; Konnektivität = die relationalen Verbindungen, die Menschen miteinander vernetzen; Zusammengehörigkeitsgefühl) sieht er im Resümee als erfüllt an (S. 466–467). Im Kapitel 5 klingt das noch vorsichtiger. Dort räumt er ein, dass die rechtlich fixierte Position der normalen Altersrentner nicht mit dem Ansehen der Kriegsveteranen zu vergleichen war. Die der Verrentung innewohnende Normalität lasse die Altersrentner in ihrer Gesamtheit kaum als Statusgruppe im Sinne Edeles erscheinen. Auch die Konnektivität sei nicht so ausgeprägt gewesen. Die Gründung von Rentnerräten zeige aber, dass Engagement auf lokaler Ebene möglich war. Die Frage nach dem Zusammengehörigkeitsge-

fühl lasse sich nicht seriös beantworten. Dass einige Briefschreiber beanspruchten, für die Gruppe zu sprechen, wertet er als Ausprägung eines Wir-Gefühls zumindest bei einem Teil der Rentner (S. 342). Die Rentner insgesamt als „Anspruchsgemeinschaft“ zu sehen, überzeugt vor allem deshalb nicht, weil ihnen, im Unterschied zu den Kriegsveteranen, der Ansprechpartner fehlte, der auf ihre Forderungen einging. Das zeigte sich drastisch in der von Mücke nicht mehr behandelten Zeit nach 1972. Die Lage der Rentner verschlechterte sich erneut, über ihre misslichen Lebensverhältnisse klagten sie in vielen Briefen. Anders als in westlichen Demokratien fehlte den sowjetischen Altersrentnern aber jegliche Möglichkeit, politischen Druck auszuüben.

Mücke begründet überzeugend, warum er den in der Beziehung zwischen Staat und Bevölkerung von George W. Breslauer verwendeten Begriff „Sozialvertrag“ für unpassend hält. Sein Vorschlag, stattdessen von Reziprozitätstheoretischen Überlegungen auszugehen, macht Sinn. Allerdings sollte man, anders als er es tut, klarer konstatieren, dass sich dabei der Blickwinkel beider Seiten unterschied. Das Regime verstand Sozialleistungen als paternalistische Wohltaten und erwartete als Gegenleistung eine Steigerung des individuellen Arbeitseinsatzes in der Produktion. Mücke bezeichnet dies als paternalistische Dimension der Reziprozität. Die Rentner leiteten dagegen aus ihrer zurückliegenden Arbeitsleistung eine Verpflichtung des Staates zu ihrer Absicherung im Alter ab und verwiesen in ihren Briefen auf ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt. Dies bezeichnet Mücke als qualifikatorische Dimension der Wechselseitigkeit; sie habe der paternalistischen Dimension diametral entgegengestanden (S. 476). Wenn er den Paternalismus als fundamental neues Phänomen in der Beziehung zwischen Regime und Bevölkerung nach Stalins Tod sieht, ignoriert er die entsprechenden Forschungen zur Situation vor 1953.

Mückes Überlegungen zur Wohlfahrtsstaatlichkeit der Sowjetunion (S. 485–516) irritieren. Das Referieren westlicher Konzepte, die sich auf Marktwirtschaften beziehen, ist nicht erhel-

lend für die staatlich gelenkte Wirtschaft der Sowjetunion. Mücke ignoriert, dass unter Chrusčev ein alternativer Weg zur Sicherung des Existenzminimums eingeschlagen wurde, indem Preise zur Grundsicherung subventioniert wurden. Elementare Bedürfnisse wurden aus dem „staatlichen Konsumtionsfonds“, ein Begriff, den Mücke nicht erwähnt, finanziert. An keiner Stelle begründet er, warum er seine Aussagen zum Wohlfahrtsstaat ausschließlich auf die in der Sowjetunion besonders schlecht gestellten Altersrentner stützt. Mücke definiert „Wohlfahrtsstaatlichkeit“ zudem problematisch, wenn er sie nicht nur an das Bemühen um Lösung des Problems der Bevölkerungsarmut knüpft, sondern auch an deren tatsächlichen Erfolg. Weil der Aktionsradius und die Qualität der staatlichen Renten nicht ausreichten, um den Sowjetbürgern einen flächendeckenden Schutz zu gewährleisten, war die Sowjetunion nach seiner Ansicht zwischen 1956 und 1972 kein Wohlfahrtsstaat. Es ließe sich trefflich darüber streiten, ob die heutige Bundesrepublik nach Mückes Kriterien ein Wohlfahrtsstaat ist. Die Entdeckung der „Kostenexplosion“ sozialer Absicherung, die auch alle westeuropäischen Sozialsysteme erschütterte und das hehre Ziel von William H. Beveridge, Not zu vermeiden, in den Bereich der Utopie verwies, scheint ihm nicht vertraut zu sein. Immerhin gesteht er der Sowjetunion schließlich den Status eines „wohlfahrtsstaatlichen Schwellenlandes“ (S. 515) zu.

In seiner Argumentation stützt sich Mücke auf Briefe. Sie sind in der Tat eine sehr interessante Quelle. Ihre Verwendung wirft allerdings erhebliche methodische Probleme auf, vor allem wenn man sich wie hier auf die inhaltlichen Aussagen stützt. An keiner Stelle reflektiert er das Problem, dass die Briefe (genauso wie das Archivmaterial) in der ‚Sprache des Regimes‘ verfasst sind und deshalb der Übersetzung in unsere Sprache bedürfen. Anders als er behauptet (S. 473), steht lediglich außer Zweifel, dass Partei und Regierung Eingaben, Briefe und Beschwerden zur Kenntnis nahmen. Ob sie sich tatsächlich in ihrem Handeln von ihnen beeinflussen ließen, muss im Einzelfall nachgewiesen werden. Das tut Mücke nur

für den Protest der *kolchozniki* gegen die Festlegung eines abweichenden und damit diskriminierenden Renteneintrittsalters (S. 218–242). Hier aber hatte sich das Regime mit seiner Begründung so stark in Widerspruch zu seinem paternalistischen Anspruch verstrickt, dass es die Schlechterstellung nach kurzer Zeit korrigieren musste. Bisherige Archivstudien belegen ansonsten eher die Nichtberücksichtigung der in Briefen erhobenen Forderungen (vgl. etwa Arch Getty), zumal massenhafte Zuschriften zu öffentlich präsentierten Reformvorhaben bereits als Legitimation des Handelns hingestellt wurden. Mückes Behauptung, die sowjetische Führung habe mit ihrer Rentenpolitik „auf eine Vielzahl von Impulsen aus der Bevölkerung (reagiert), die über die Schief lagen im System der sozialen Sicherung informierten und eine Behebung der Mängel forderten“ (S. 84), widerspricht auch dem bekannten Zeitablauf, wonach die Parteiführung bereits im Sommer 1953 die Initiative ergriff, bevor der Zustrom von Briefen 1954 und 1955 einsetzte.

Mücke begründet nicht, warum er für seine Studie zum sowjetischen „Wohlfahrtsstaat“ gerade die Altersrenten ausgewählt hat. Das Thema ist wenig geeignet, um Erfolge aufzuzeigen. Mücke versucht das zu überspielen, indem er im Bereich der Altersrenten Höhepunkte der „Partizipation“ der Bevölkerung am Regime festmachen will. Den Umgang mit der Bevölkerung in dieser Frage deutet er als eine neue Art der Beziehung. „Die Regierung“ sei überhaupt erst auf der Grundlage von Briefen tätig geworden, und die Rentner hätten zur Vertretung ihrer Interessen sofort „Rentnerräte“ gebildet! Die von ihm zu den Rentnerräten zusammengetragenen Informationen reichen in keiner Weise aus, um die behauptete systemkritische Bedeutung zu stützen (S. 480–481, 399–457). Statt nachzuweisen, dass die Masse der überwiegend aus Parteimitgliedern zu-

sammengesetzten Räte ihrer offiziellen Aufgabenbestimmung entsprechend der ZK-Verordnung vom April 1958 nicht nachkam (S. 427), beruht seine Wertung allein auf einer Kampagne vom Anfang der sechziger Jahre, die den Räten „Abgesondertheit“ vorwarf. Ähnliche Kritikkampagnen an der Tätigkeit von Organisationen waren keineswegs ungewöhnlich. Die offenbar ungestörte und erfolgreiche Tätigkeit der Rentnerräte nach 1962 übergeht Mücke, weil er in der Presse keine Berichte mehr zu ihnen gefunden hat (sic!, S. 454). Um an dem offiziellen Selbstbild des von „väterlicher Fürsorge geleiteten Regimes“ zu kratzen (so Mücke S. 484), bedurfte es der Rentnerräte keinesfalls. Die Mängel, darunter die völlig unzureichenden Wohnverhältnisse, waren den führenden Parteileuten nur zu bewusst.

Die Studie ist insgesamt sehr referierend angelegt. Mücke diskutiert Konzepte, die andere entwickelt haben. Er justiert sie nicht entsprechend, obwohl das Nichtgreifen von marktwirtschaftlichen Wohlfahrtsstaats-Konzepten oder die Probleme der Übertragbarkeit des Konzepts „Anspruchsgemeinschaft“ eigentlich selbstredend sind. Bei der Lektüre entsteht der Eindruck, dass er über ein Regime schreibt, dessen Funktionsweise er mit den von ihm entlehnten westlichen Konzepten auch nicht verstehen kann. Ein höheres Abstraktionsniveau, der deutlichere Versuch, die besonderen Verhältnisse in der Sowjetunion zu erfassen, und ein breiterer zeitlicher Überblick hätten es Mücke erlaubt, Einordnungen und Bewertungen mit größerer Kompetenz vorzunehmen. Am interessantesten sind seine Erörterungen zur Reziprozität aus der Sicht der Bevölkerung, und dazu, dass einzelne Gruppen der Altersrentner ihre Absicherung mit anderen Bevölkerungsgruppen verglichen (Kapitel 5). Kürzungen hätten der Lesbarkeit gut getan.

*Stephan Merl, Bielefeld*

VIKTOR KRIEGER: Bundesbürger russland-deutscher Herkunft. Historische Schlüsselerfahrungen und kollektives Gedächtnis. Berlin: LIT, 2013. IV, 264 S., 61 Abb. = Geschich-

te, Kultur und Lebensweisen der Russlanddeutschen, 1. ISBN: 978-3-643-12073-1.

Viktor Kriegers Publikation wurde anlässlich

der 70. Wiederkehr des Jahrestages der Deportation der Russlanddeutschen am 28. August 1941 verfasst. An diesem Tag löste die Sowjetunion die Wolgarepublik auf und beschloss die Deportation der Titularnation. Mit dem Ziel, unterschiedliche Perspektiven auf identitätsstiftende Ereignisse sowie Entwicklungen der Geschichte der Russlanddeutschen im letzten Jahrhundert bis hin zur aktuellen Lage einzunehmen, richtet der Autor den Fokus auf die Geschichte der Russlanddeutschen in der Zeit nach 1917.

Bei dem vorliegenden Band des Heidelberger Historikers, der sich auf dem Feld der Geschichte der Deutschen im Zarenreich und in der Sowjetunion einen Namen gemacht hat, handelt es sich um eine Zusammenstellung von Artikeln aus den *Heimatbüchern* und der Zeitung *Volk auf dem Weg* der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. – veröffentlicht zwischen 2006 und 2011 –, die Krieger aufgrund des wissenschaftlichen Anspruchs mit Kommentaren und Zitaten versehen sowie fast durchgängig überarbeitet hat. Einen geringen Teil des Buches bilden andere Textsorten wie z. B. ein Interview.

Der Schwerpunkt liegt auf dem Thema des ersten Kapitels *Verfolgung, Verbannung und Zwangsarbeit*, welches sich über 91 Seiten erstreckt. Im Vergleich dazu werden den drei weiteren Kapiteln über das *Nonkonforme Verhalten der Russlanddeutschen im Sowjetstaat*, *Die politischen, geistigen und sprachlich-kulturellen Tendenzen* und über die *Historischen Hintergründe und die aktuelle Lage der deutschen Minderheit. Eine Denkschrift* jeweils nur circa 40 bis 50 Seiten eingeräumt. Diese Gewichtung hängt sicherlich mit dem Ursprung der Texte zusammen, denn für die *Heimatbücher* und für *Volk auf dem Weg* sind *Verfolgung, Verbannung und Zwangsarbeit* zentrale, wenn nicht sogar die zentralen Themen. Abgerundet wird das Werk mit einem ausführlichen Anhang von rund 30 Seiten: Er umfasst ein Glossar, welches die wichtigsten Begriffe ausreichend erklärt und zusammenfasst, ein Orts- und Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und eine *Chronologie der antideutschen Maßnahmen im Russischen Reich bzw. in der UdSSR neben der Opferbilanz*. Diese Chrono-

logie bietet einen schnellen, gut gelungenen Überblick über die Ereignisse.

Das vierte und letzte Kapitel über die gegenwärtige Geschichte der Russlanddeutschen, vor allem ab Unterkapitel 4.3., behandelt die Schwierigkeiten der Russlanddeutschen nach der Stalinzeit. Dabei werden Probleme wie jenes der Identität sowie der Integration und Diskriminierung in der Bundesrepublik Deutschland diskutiert. Den Bogen zum Anlass des Buches spannt Krieger mit seinem letzten Unterkapitel (4.8.), in dem er Vorschläge und Forderungen anlässlich des 70. Jahrestages am 28. August 2011 erörtert. Obwohl hier die Opferperspektive im Vordergrund steht, wird das Thema der Publikation in einen aktuellen Kontext gehoben und die Relevanz der Aufarbeitung der Geschichte der Russlanddeutschen deutlich.

Jedem größeren Kapitel wird ein kleines, teilweise aber zu kurz geratenes Fazit angefügt; allerdings fehlt eine allumfassende Schlussbetrachtung. Zwar ist dies wahrscheinlich dem Charakter eines Sammelbandes geschuldet, doch hätte der Autor diesen relativieren, seine Auswahl der Texte begründen und erläutern sowie sein Buch insgesamt umrahmen können.

Eine Besonderheit des Buches ist die reiche, teilweise farbliche Bebilderung, die das Thema veranschaulicht. Auch wenn manche Bilder nicht zwingend notwendig erscheinen, so sind sie immer treffend positioniert. Zur weiteren Veranschaulichung dienen aufschlussreiche Tabellen, die sich ebenso exzellent in den Text einfügen. Hinzu kommen viele Quellen, die abgedruckt und kommentiert die Veröffentlichung bereichern. Im Kapitel 3.3. beispielsweise arbeitet Krieger die Geschichte der Russlanddeutschen mit Hilfe von Thesen auf genuin wissenschaftliche Art auf. Laut dem Verfasser kann die Geschichte der Russlanddeutschen nach 1941 nicht in den Kontext von Flucht und Vertreibung gestellt werden, und er konstatiert einen erzwungenen Identitätswandel bei den Russlanddeutschen, den die staatliche Politik bewirkte. Indessen fehlen in diesem Kapitel die Literaturverweise, wobei sie gerade hier besonders interessant gewesen wären. Dazu kommt, dass die nach fast jedem Kapitel

aufgelisteten „ausgewählten Quellen“ hier nicht vorhanden sind und somit das gesamte Kapitel ohne Nachweise auskommen muss.

Nicht alle Texte sind im strengen Sinne wissenschaftlicher Natur. Einige wurden mit einem ausführlichen wissenschaftlichen Apparat versehen, darunter mit Verweisen auf viele Quellen, auch auf russische, sowie auf die einschlägige Literatur von deutscher und russischer Seite. Andere Artikel fallen in den Ton der Landsmannschaft ab oder berichten über private Familiengeschichten (Seite 179 f.). Wieder andere kommen ohne Literaturangaben aus, etwa im Kapitel 3.2.

In der Gesamtbetrachtung vermittelt die Publikation, trotz formaler Mängel, zweifelsohne einen wissenschaftlich gehaltvollen Eindruck. Sie leistet einen detaillierten, meist reproductiven Gesamtüberblick über Verfol-

gung, Deportation, Widerstand, Autonomiebewegung und vieles mehr, was den Hauptinhalt darstellt. Weniger oft in der Wissenschaft thematisiert wurde der Widerstand der Russlanddeutschen gegenüber der Sowjetregierung (S. 99–140) oder auch wie in Kapitel 4.6. die heutige Situation der deutschen Minderheit in den Russischen Föderationen. Neuland betrat Krieger mit der Interpretation von Protestbriefen Russlanddeutscher gegen ihren Status als Personen minderen Rechts auf Seite 124 f. Hier zeigt sich die Nähe der Veröffentlichung zur Forschungsdebatte. Dazu kommt Kriegers durchgängig kritische Betrachtung von Zahlen, die sich durch das gesamte Buch verfolgen lässt. Insgesamt liegt hier ein wichtiger Beitrag zur Erforschung der Russlanddeutschen vor.

*Steffi Keil, Leipzig*

J. ARCH GETTY: *Practicing Stalinism. Bolsheviks, Boyars, and the Persistence of Tradition*. New Haven, London: Yale University Press, 2013. XVIII, 359 S. ISBN: 978-0-300-16929-4.

In diesem faszinierenden, aber auch Widerspruch herausforderndem Werk geht J. Arch Getty der Frage nach, inwiefern die Herrschaftspraxis des Stalinismus als eine traditionale und patrimoniale Herrschaft im Sinne Max Webers interpretiert werden kann. Für seine Untersuchung zieht der Verfasser in erster Linie zahlreiche sowjetische Archivquellen aus den zwanziger und dreißiger Jahren heran sowie die einschlägige englisch- und russischsprachige Literatur. Neben Max Weber stellen die Arbeiten Pierre Bourdieus sicherlich eine weitere Inspirationsquelle für Getty dar. Er beschränkt sich auch nicht allein auf den Stalinismus, um bestimmte Kontinuitäten vom 16. Jahrhundert bis zur Putin-Ära zu beschreiben. Besonders neu erscheint die These von Patrimonialismus oder Neo-Patrimonialismus des Stalinismus nicht, doch der Verfasser ist der erste, der ihr eine gesamte Monographie widmet.

Den Kern von patrimonialer Herrschaft bilden ein willkürlich agierender Autokrat, perso-

nalisierte Machtstrukturen, ein Patronage- und Klientelwesen, informelle Praktiken sowie politische Seilschaften. Diese waren in der Sowjetunion unter Stalin und auch zu anderen Zeiten mit Sicherheit vorhanden und sie spielten eine wichtige Rolle bei politischen Entscheidungsprozessen. Das Verdienst von Gettys Werk liegt bestimmt darin, dies für den Stalinismus deutlich herauszuarbeiten. Allerdings wirkt die Bezugnahme auf die russische Geschichte mitunter etwas befremdlich, wenn der Verfasser führende Sowjetpolitiker beispielsweise als Bojaren oder Fürsten bezeichnet.

Das Kernproblem dieses Buches liegt in der Gegenüberstellung zu ‚modernen‘ Herrschaftsformen, wie sie in den westlichen, entwickelten Ländern existieren. Die patrimoniale Herrschaft sei frei nach Weber ‚vormodern‘ und ‚archaisch‘; die ‚moderne‘ Herrschaft mit einer neutralen und austauschbaren Bürokratie bilde das eigentliche Ziel. Getty betont wiederholt, die ‚Tiefenspuren‘ der russischen Geschichte seien dafür verantwortlich, allerdings nicht allein, dass das Zarenreich, die Sowjetunion und das Putin-Regime patrimonial beherrscht wurden bzw. werden. So wichtig Kultur, Tradition oder Geschichte auch sind, der Autor übersieht ein wichtiges Detail: Der



„Westen“ hat seit der Aufklärung am Ende des 18. Jahrhunderts rund 150 Jahre benötigt, um einen Rechtsstaat, effiziente Institutionen und eine Demokratie aufzubauen; und die Aufklärung bildete keineswegs den Anfang dieser Entwicklung. Das letztere wurde erst mit einem allgemeinen Wahlrecht, einschließlich des Frauenwahlrechts, im 20. Jahrhundert erreicht. Außerdem gab es auch in hochentwickelten Staaten Rückfälle wie das Dritte Reich. Bei diesem Aufbauprozess spielten sowohl gut funktionierende Institutionen als auch die Bereitschaft der Eliten, ökonomische und politische Macht abzugeben, eine entscheidende Rolle – und nicht „Tiefenspuren“ der Geschichte. Auch hat sich der ‚weiter entwickelte‘ Westen nicht besonders bemüht, einen Rechtsstaat, effiziente Institutionen oder die Demokratie in Kolonien oder abhängigen Gebieten einzurichten. Wie sollte also das relativ rückständige Russland bis zum Ersten Weltkrieg diese Aufbauleistung bewältigen oder die von einer utopischen Ideologie und einer Gewaltpolitik geprägte Sowjetunion? Auch in der heutigen Welt gibt es mehr patrimoniale oder vormoderne Regime als Demokratien mit effizienten Institutionen. Mit anderen Worten, Demokratie und funktionierende Bürokratie sind heute und auch historisch die Ausnahme und patrimoniale Herrschaft ähnlich wie in der Sowjetunion und in Russland die Regel. Was Getty als eine Art Sonderweg der russischen Geschichte darstellt, ist eben keine Besonderheit. Die Ursache für die Entwicklung in Russland liegt wahrscheinlich weniger in irgendwelchen „Tiefenspuren“ als in der Schwäche von Institutionen. Über die Bedeutung von Institutionen liegt inzwischen eine umfangreiche Literatur vor, die der Verfasser jedoch nicht rezipiert hat.

Der Aufbau des Werks ist nicht stringent an einigen Leitfragen orientiert, sondern eher essayistisch. Die einzelnen Kapitel könnten auch isoliert gelesen werden und der Autor springt mitunter von einem Thema zum nächsten. Gelegentlich ist seine deskriptive und quellennahe Schreibweise für den Leser auch ermüdend. Anfangs geht Getty auf historische Kontinuitäten ein wie das Verfassen von Bittschreiben bzw. Eingaben, die Bedeutung von

Auszeichnungen und Rängen, die kollektive Verantwortung oder die Rolle der Eliten. Hierbei übersieht er allerdings zwei Faktoren: Der Kollektivismus in Russland ist ein Topos, und heute sind Russen laut Erkenntnissen der Soziologie ebenso individualistisch wie Westeuropäer. Weiterhin bestand in der Sowjetzeit, auch unter Stalin, stets ein Spannungsverhältnis zwischen Patronage und Professionalisierung der Apparate.

Im zweiten Kapitel widmet sich Getty besonders Persönlichkeitskulten, die im Stalinkult ihren Höhepunkt erreichten. Er folgert, dass Russland stets so regiert wurde. Doch hier kann eingewandt werden, dass erstens auch andere Länder ihre Staatsoberhäupter verehrten und zweitens die personale Herrschaft ein Ausdruck relativ schwacher Institutionen war. In den beiden folgenden Kapiteln schreibt der Autor über die Personalpolitik und die Entscheidungsfindung der Parteiführung. Auch hier kann er das organisatorische Chaos und die informellen Wege gut belegen. Allerdings ist diese Erkenntnis nicht neu und jedem bekannt, der längere Zeit in den Archiven des Stalinismus gearbeitet hat. Anschließend geht der Verfasser auf regionale oder fachliche Seilschaften ein, zwischen denen es wiederholt zu Konflikten kam.

Ausführlich behandelt Getty, wie Stalin mit den regionalen „Clans“ umging, indem er beispielsweise Sonderbevollmächtigte seines Vertrauens schickte. Angeblich spielten die geplanten Wahlen für den Obersten Sowjet eine entscheidende Rolle für den Beginn des Großen Terrors. Getty vertritt die wenig überzeugende These, sie seien als geheime Wahlen mit mehreren Kandidaten beabsichtigt worden. Der Beschluss Stalins zum Massenterror sei durch die Angst der Provinzfürsten vor einer möglichen Opposition ausgelöst worden. Später wandte sich Stalin gegen die regionalen Seilschaften selbst. In Gettys Interpretation des Terrors ist Stalin der Getriebene, während die heute dominierende Richtung der Forschung ihm eine aktivere Rolle zuschreibt.

Der Verdienst der Monographie liegt sicherlich darin, den patrimonialen Charakter der Sowjetunion auf Basis von quellennaher

Arbeit deutlich und mit vielen Beispielen zu belegen. Auch gelingt es dem Verfasser überzeugend, bestimmte Kontinuitäten der russischen Geschichte – wie eben die Patronageverhältnisse und die Nutzung informeller Praktiken – zu verdeutlichen. Allerdings sind die

Sonderwegthese und der angebliche Anlass des Massenterrors in der vorgelegten Form nicht nachzuvollziehen. Im Hauptteil nutzt der Autor weiterhin ausgesprochen selten die in der Einleitung erwähnten theoretischen Ansätze.

*Olaf Mertelsmann, Tartu*

GEORG SCHILD: 1983. Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges. Paderborn [usw.]: Schöningh, 2013. 234 S., 2 Abb., 2 Tab., 1 Kte. ISBN: 978-3-506-77658-7.

1983 war „das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges“: Dem Autor, Professor für Nordamerikanische Geschichte an der Universität Tübingen, geht es in seiner Darstellung nicht um einen effektvollen Wettstreit, in dem der brisanteste Moment in der Geschichte des Kalten Kriegs herauspräpariert wird. Er schlägt vielmehr eine neue Sicht auf die Auseinandersetzung der Supermächte USA und UdSSR nach 1945 vor. Der besondere Stellenwert des Jahres 1983 ergibt sich für Schild aus zwei Überlegungen. Zum einen seien Reagans USA davon ausgegangen, dass sie aufgrund ihrer eigenen wirtschaftlichen und technologischen Überlegenheit den langjährigen Konflikt klar für sich entschieden hätten. Dagegen habe sich die UdSSR, die sich ihrer Schwächen wohl bewusst war, eine Niederlage noch nicht eingestehen wollen. Es ging der Reagan-Administration in ihren ersten Jahren demnach zwar nicht darum, den endgültigen Sieg militärisch zu beschleunigen, wohl aber, Moskau den westlichen, uneinholbaren Vorsprung vorzuführen und es somit zu den entsprechenden Ein- und Zugeständnissen zu bringen. Amerikanische Demonstrationen militärischer Stärke versetzten die geschwächte UdSSR jedoch in Alarmstimmung. Ausschlaggebend war hierbei, dass der Kreml Washington in dieser Zeit tatsächlich unmittelbare Angriffsabsichten zugetraut habe. Dieser Befund ist mit Schilds zweiter Grundthese verknüpft. Er sieht die zahlreichen Krisen der ersten Phase des Kalten Krieges bis einschließlich Kuba 1962 nicht als potentielle „Vorboten eines größeren Krieges“, sondern als „bewusst begrenzte Aushandlungsprozes-

se“ (S. 204). Diese gelangen, da die Entscheidungszentren in Washington und Moskau immer davon ausgegangen seien, dass „keine Seite einen Krieg wollte“ (S. 16). Gemäß der Darstellung Schilds ging dieses, wenn man so will, sowjetische Urvertrauen gegenüber den USA ab den von Moskau nicht erwarteten harschen amerikanischen Reaktionen auf die Invasion in Afghanistan verloren. Noch Präsident Carter leitete eine anti-sowjetische Politik ein, die unter Reagan forciert und mit Endkampfstimungen aufgeladen wurde.

Schild führt seine Interpretationen in einer kompakten, sehr gut lesbaren Darstellung des Kalten Krieges bis Mitte der achtziger Jahre aus. Den Kern stellt hierbei die Abkehr von der Entspannungsphase der späten sechziger und siebziger Jahre dar. Die Beschreibungen lassen deutlich die Dynamik der Abläufe gerade in Washington erkennen. Dem Leser wird eindrucksvoll die rasche Abfolge schwergewichtiger Entscheidungen und dramatischer Zuspitzungen vor Augen geführt. Diese waren in einen allgemeinen, deutlich wahrnehmbaren Stimmungswandel in den USA gegenüber der UdSSR eingebettet, verbunden mit Reagan'schen Armageddon-Phantasien und begleitet von öffentlichen Diskussionen um immer höher gesteckte amerikanische Aufrüstungsziele einschließlich neuer Gewinnchancen in einem Atomkrieg. In diesen Zusammenhängen erscheint 1983 tatsächlich als neuer Höhepunkt des Kalten Krieges: Im Januar definierte Washington eine Änderung des politischen Systems der UdSSR als ein amerikanisches Politikziel, im März brandmarkte Reagan die UdSSR öffentlich als „Reich des Bösen“. Noch im selben Monat kündigte der US-Präsident – aus eigener Initiative und ohne Beratung mit seiner Umgebung – die Entwicklung eines weltraumgestützten Raketenabwehrschirms, SDI, an.

Schild zeichnet die besondere militärstrategische Bedeutung des Programms nach und macht hierbei deutlich, dass es im misstrauischen Moskau durchaus als Baustein einer amerikanischen Erstschlags- und Enthauptungs-Strategie betrachtet werden konnte. Parallel hierzu unterstrichen amerikanische Marinemanöver und Aktivitäten der Air Force entlang der sowjetischen Grenzen eine machtvolle globale Präsenz der USA. Dieser hatte die UdSSR offenkundig nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Ab September 1983 kulminierten die Ereignisse: Der Abschuss des südkoreanischen Passagierflugzeugs KAL 007 über Sachalin am 1. September war aller Wahrscheinlichkeit nach einer Fehleinschätzung des sowjetischen Militärs geschuldet, das die Boeing für ein Spionageflugzeug hielt. Knapp vier Wochen später rettete der diensthabende Offizier im sowjetischen Raketenfrühwarnzentrum, Stanislav Petrov, die Welt vor einem Atomkrieg, indem er auf eigene Verantwortung Angriffsmeldungen des unausgereiften Systems als Fehlalarm klassifizierte und keine Gegenmaßnahmen einleitete. Im Oktober 1983 ließ Reagan die sozialistische Regierung von Grenada mit Militärgewalt stürzen. Anfang November übte die NATO den politischen Abstimmungsprozess ihrer Mitglieder vor dem Einsatz nuklearer Waffen. Erst jetzt wurde man in Washington unter anderem durch Meldungen des sowjetischen Doppelagenten Oleg Gordievskij gewahr, dass die sowjetische Führung ernsthaft mit einem Angriff rechnete. Die Reagan-Administration fand zu einem ruhigeren Auftreten zurück. Dieses trug dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis insofern Rechnung, als Washington eindeutig zu erkennen gab, dass die USA auf keinen Fall einen atomaren Krieg führen wollten: Was, so notierte sich ein völlig überraschter Reagan am 18. November 1983 in sein Tagebuch, „haben sie, was irgendetwas haben möchte?“ (S. 188).

Schilds Narrativ und Argumentation sind zupackend und anregend. Sie werfen allerdings ihrerseits Fragen auf. Für die Zeit ab den sechziger Jahren ist unsere Kenntnis der sowjetischen Motive und Entscheidungsprozesse ge-

nerell weitaus weniger dicht und eindeutig, als es die Monographie erkennen lässt. So erscheint es zweifelhaft, dass sich die UdSSR vor allem aus Angst vor einem Ausgreifen des politischen Islams nach Zentralasien zur Invasion in Afghanistan entschloss. Ob das erwähnte Raketenfrühwarnsystem 1982 aus Angst vor den USA vorschnell in Betrieb genommen wurde, sei dahingestellt, ebenso der wirkliche Stellenwert, den die sowjetische Politik in ihren Entscheidungen der – traditionellen und grundsätzlich routinemäßigen – geheimdienstlichen Aufgabe beimaß, Angriffsvorbereitungen des Gegners im Frühstadium zu erkennen. Darüber hinaus bleibt die Balance von Ideologie und Realpolitik in der sowjetischen Außenpolitik bei Schild unklar. Dass die sowjetischen Führer von Stalin bis Andropov einen atomaren „großen Entscheidungskrieg jemals willentlich und bewusst als Ziel definiert und angestrebt haben“, wird man so kaum behaupten wollen (S. 204). Anders sieht es jedoch aus, wenn es um die sowjetische Fremdwahrnehmung ging: Hier ist es keineswegs ausgemacht, dass Stalin und seine Nachfolger durchgängig davon überzeugt waren, dass die USA diesen Konflikt partout „nicht wollten“ oder zumindest nicht bereit waren, ihn gegebenenfalls in Kauf zu nehmen (S. 204). In diesem Gesamtzusammenhang wünschte man sich schließlich, dass die Studie die unauflösbare Verflechtung der bipolaren Konfrontation mit weiteren Entwicklungen des 20. Jahrhunderts ausführlicher thematisiert und damit relevante Interdependenzen erfasst hätte. Ohne eine angemessene Einbeziehung der Außenpolitik Maos beispielsweise bleiben Beschreibungen des Koreakriegs oder der Bemühungen um eine Begrenzung der Atomrüstung lückenhaft, werden wichtige krisenhafte Entwicklungen etwa in der Taiwanfrage oder in Südostasien nur unvollständig erfasst. Insgesamt ergab sich unter anderem aus der Eigen-dynamik regionaler Interessen und der entsprechenden Konflikte mit ihrem gefährlichen Potential zur Eskalation sowie ihrem Wechselspiel mit innenpolitischen Machtkonstellationen insbesondere in Moskau, mit globalen innersozialistischen und ggf. innerkapita-

listischen Debatten sowie mit bilateralen Beziehungen der Supermächte zu Dritten eine multi-dimensionale Komplexität des Kalten Krieges,

die über die unmittelbaren sowjetisch-amerikanischen Beziehungen hinausging.

*Andreas Hilger, Hamburg*

ALEKSANDR GOGUN: *Stalinskie kommandos. Ukrainskie partizanskije formirovanija, 1941–1944* [Stalins Kommandos. Ukrainische Partisanenverbände 1941–1944]. Moskva: Rosspeň, 2012. 526 S., Abb., Tab., Ktn., Graph. = *Istori-ja stalinizma*. ISBN: 978-5-8243-1634-6.

Alexander Gogun's impressive study of *Stalin's Commandos* in Ukraine is the to date most complete exploration of irregular warfare in the Soviet Second World War. While claiming to focus on the *Soviet* partisans only, in fact Gogun, in long excursions, also explores the history of Ukrainian and Polish irregulars as well as Jewish survival groups. Moreover, in terms of the Soviet partisans, this is the only study which encompasses all three subgroups of Soviet special forces operating behind German lines: military scouts, irregulars under the command of the communist party (i.e., the Ukrainian Staff of the Partisan movement), and NKVD troops. To simplify somewhat, the first were most interested in counting trains, the second in blowing them up, while the third were predominantly engaged in targeted assassinations of occupation troops and collaborators. The three agencies were not particularly well coordinated, at least before 1943. As they rarely shared operational information, tense stand-offs were common and lethal incidents not infrequent when units met behind the front-line.

Despite the poor preparation and initially haphazard organisation of the Soviet side, the Germans lost the war behind the front-line. Gogun gives three reasons: Like others before him, he stresses (1) the weakness and over-extension of German occupation forces and (2) Nazi brutality shifting the loyalties of the population. More original is the third observation: that the German polycracy hindered the development and implementation of a clear and united policy against the partisan challenge. Wehrmacht, SS, and civilian administration were in constant battles over competencies and

rarely collaborated efficiently. The three different agencies composing the Soviet guerillas, meanwhile, began to collaborate better as time went on, embedding representatives in each other's structures, and sharing more and more information. In the end, the revolutionary bureaucrat Stalin was better at coordinating his resources than the revolutionary bohemian Hitler.

The book is based on an unparalleled source base: Gogun consulted archival holdings in Germany, Poland, Russia, and Ukraine; he conducted oral history interviews with 21 informants; and he read widely in a breath-taking range of published sources. This primary base is matched by secondary literature in German, English, Polish, Ukrainian and Russian.

The book is organised systematically: after a comprehensive (and at times sharply worded) historiographical overview comes a chapter introducing the organisational structure of the Soviet partisan movement, followed by a "short" overview (of 74 pages) of its history. Several chapters explore the major activities of the partisans, their social and ethnic composition, "problematic questions" of the Soviet partisan war, disciplinary problems, and internal conflicts among partisans.

The concluding chapter revolves around a very useful double comparison of Stalin's partisans with the Ukrainian nationalist guerillas (UPA) on the one hand and the Polish *Armia Krajowa* (AK) on the other. As they all operated in similar circumstances, Gogun argues, this comparison distills what was particularly "Soviet" about the Soviet partisans. And the results are truly interesting. While Gogun is not a historian to whitewash Stalinist terror (he includes a whole chapter on it, flanked by more description of violence in the chapter on disciplinary problems), he concludes that both the UPA and the AK killed more civilians than did the Soviet partisans. Despite everything, class violence was more discriminate than ethnic vi-

olence: Soviet terror against collaborators and whatever “class enemies” they could find was not as all-encompassing as the ethnic cleansing of Ukrainians by the AK and Poles by the UPA. Meanwhile, both AK and UPA tried to avoid civilian casualties among ‘their’ respective ethnic groups (by not operating in the vicinity of villages in order not to expose them to German revenge). Stalin’s guerillas had no such qualms and were quite willing to sacrifice the local population if this seemed politically or militarily necessary. The UPA tried to protect Ukrainians from the wrath of German armed men, and many AK officers saw their main role as saving Poles from Ukrainian violence. Soviet partisans were neither ordered to do the same with Soviet citizens – be they Ukrainian or Russian victims of German repressions or Jewish and Romani targets of genocidal violence – nor were local commanders likely to get into conflicts with their superiors because they desired to do so themselves. The Soviets were also not, like UPA and AK, “insurgents” engaged in an uprising. They were “commandos” whose *raison d'être* was purely military: to disrupt lines of communication, to spread panic among the occupiers, to collect intelligence, or to target German functionaries and their collaborators.

Gogun does not paint a pretty picture of life behind German lines. One suspects that this is one of the reasons that it has become hard to buy this book in Russia today. This is unfortunate. While not pulling his punches when confronting historiographical pieties with archival evidence to the contrary, Gogun is not out to simply replace the Soviet mythology of the heroic partisan war with the kinds of counter-myths, which had become popular in the liberal intelligentsia ever since Perestroika. Rather, he explores a diverse, complex, and contradictory movement engaged in a multi-sided war with local insurgents, different parts of the German occupation machine, and the local population. For example, in the chapter on “problematic questions” he deals with two

complexes: first, the problematic of how partisans supplied themselves while operating behind enemy lines, and second the controversy over whether or not the partisans deliberately provoked German atrocities in order to force the civilian population to take sides. In the first case, he concludes that there was a wide range of behaviour, from being willingly supplied by the local population to forced requisitioning at gun point. The extent to which the partisans resorted to coercion depended on the local situation they were in, the commander in question, signals from the political leadership, and the military situation. As far as provocation of German crimes is concerned, he shows that while there is considerable circumstantial evidence to support the suspicion that this was what Stalin’s irregulars did, the available source base does not allow certainty that this was or was not central policy. Only further declassification of top-level documentation – more than unlikely in the current political climate in Moscow – could settle the debate. Likewise, while dealing in a systematic fashion with the darker side of partisan life in chapter six, Gogun insists that not every requisitioning can be seen as “robbery”, even if the victims sometimes saw things in these terms. Rather, he assumes a historical perspective which implies that only those cases of armed expropriation be thus classified, which Soviet partisans defined as such. That Soviet partisans did nevertheless often fleece the population, and even by their own standards behaved in frequently outrageous ways, is not Gogun’s fault, but a simple fact of historical record keeping.

Overall, then, Gogun has written an important contribution to the scholarship on the Soviet Second World War. Given the revival of the Soviet myth of the Great Patriotic War, it is refreshing to read the work of a scholar able to rise above the polarised positions in the current history wars. Lamentably, the fact that this is indeed a subtle and balanced book will be lost on many in Russia today.

*Mark Edele, Crawley, Western Australia*

JERZY KOCHANOWSKI: *Jenseits der Planwirtschaft. Der Schwarzmarkt in Polen 1944–1989*. Aus dem Polnischen übersetzt von Pierre-Frédéric Weber. Göttingen: Wallstein, 2013. 475 S., Abb., Tab. = *Moderne europäische Geschichte*, 7. ISBN: 978-3-8353-1307-1.

Wenn auch wirtschaftliche Aktivitäten – selbst solche am „Schwarzmarkt“ – fast ausnahmslos geplant sind, so wird doch am Titel des Buches sogleich klar, dass die sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft gemeint ist, ohne die der „Schwarzmarkt“ weder die Vielfalt seiner Aspekte noch sein enormes volkswirtschaftliches Gewicht hätte entwickeln können.

Schon im ersten Kapitel, das Definitionen und methodischem Vorgehen gewidmet ist, verdeutlicht der – bereits durch eine Fülle einschlägiger Beiträge bekannte – Autor seine Skepsis gegenüber dem Anspruch staatlicher Planung, die Bedürfnisse der Bürger mit dem Angebot in Einklang zu bringen: Dieser Illusion sei ganz überwiegend die universale Präsenz von Schatten- und Parallelwirtschaft, des breiten Spektrums zwischen legalen und kriminellen Transaktionen geschuldet. Kochanowski erhebt dabei nicht den Anspruch auf ökonomische, sozialwissenschaftliche oder anthropologische Analyse, sondern möchte eine „interdisziplinär angelegte, jedoch betont geschichtswissenschaftliche Rekonstruktion“ (S. 9) der Schwarzmarktentwicklung in der Volksrepublik liefern. Die Auswahl der dazu ausgewerteten Quellen ist groß: Die Mehrzahl der über 1300 Fußnoten enthält Verweise auf Materialien aus fünf zentralen und sechs regionalen polnischen Archiven. Wegen der Einseitigkeit staatlicher Dokumentation des Geschehens bezieht der Autor Meldungen und Kommentare aus über 80 Zeitungen des In- und Auslandes ein und nutzt das Pressearchiv des Herder-Instituts Marburg, u.a. auch für die Berichte von RFE. Da wissenschaftliche Publikationen zum Problembereich in Polnisch aus dem in Frage stehenden Zeitraum rar sind, ist die Mehrheit der zitierten Beiträge im Ausland erschienen.

Das nächste Kapitel gibt einen Überblick über Schwarzmarktphänomene bis unmittelbar

nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, vor allem in Polen und anderen europäischen Ländern. Neben dem Ausweis der bekannten Ursachen Besteuerung, Regulierung, Staatsmonopolen und Verboten ist hier von besonderem Interesse die Akzeptanz illegaler Transaktionen unter Fremdherrschaft und Besatzung, die – nicht nur in Polen – verschiedentlich in deren Heroisierung als Akte des Widerstands gipfelte.

Nach dieser Hinführung zum Gegenstand folgt dessen Behandlung unter zeitlichem, räumlichem und sachlichem Aspekt: Zunächst werden die wiederholte Verschärfung der Versorgungsprobleme in vier Jahrzehnten Volksrepublik, die Reaktionen der Bevölkerung wie der Schwarzmarktakteure und die wechselnden Gegenmaßnahmen des Staates geschildert, wobei letztere zur Periodisierung dienen. Von besonderem Interesse ist bei diesen Maßnahmen das Bemühen, durch entsprechende Propaganda den Ursachenzusammenhang umzukehren und die Spekulation für die Engpässe verantwortlich zu machen. Neue institutionelle Vorkehrungen, die sich – zumindest anfangs – um Einbindung „gesellschaftlicher Kräfte“ in den Kampf gegen die Spekulation bemühten, wurden zu Beginn häufig von Schauprozessen für die ersten gefassten Delinquenten flankiert.

Räumlich unterschied sich Qualität und Intensität halblegaler und illegaler Wirtschaftsaktivitäten erwartungsgemäß nach Zentrum und Peripherie, waren doch hier die verstaatlichte Industrie, Handels- und Finanzorganisationen wie auch die Behörden konzentriert, während dort die private Landwirtschaft überwog und engere Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen das gesellschaftliche Umfeld prägten.

Die Küstenregion im Norden bot spezifische Chancen durch das seefahrende Personal und Kontakte im internationalen Handel, wogegen der Süden seine Möglichkeiten im Tourismus und der unübersichtlichen Gebirgsgrenze fand.

Im Osten und Westen dagegen war vor allem die mehrfach wechselnde Durchlässigkeit der Grenzen zu den sozialistischen Nachbarn von Bedeutung. Traditionen der Teilungsgebiete spielten ebenfalls eine Rolle.

An Segmenten des Schwarzmarktes werden in speziellen Kapiteln Fleisch, Alkohol, Benzin und schließlich Gold und Devisen behandelt. Baumaterialien bleiben trotz ihrer Bedeutung außer Betracht, da sie „spezielle Forschungsinstrumente erfordert“ (S. 32, Anm. 54) hätten.

Fleisch verdient sicherlich eine herausragende Behandlung, da es wegen seiner Wertschätzung in der Bevölkerung auch in der Propaganda eine bedeutende Rolle spielte. Kochanowski weist auf eine auffällige Korrelation zwischen Engpässen in der Fleischversorgung und Krisen des Regimes hin. Der ehemalige Sozialminister A. Rajkiewicz klagte dem Rezensenten seinerzeit, dass es diese Probleme nicht gäbe, wenn man die Polen nur an eine „gesündere“ Diät gewöhnen könne.

Schwarz gebrannter und illegal verteilter Alkohol hatte eine kaum geringere Bedeutung, war aber wegen der Tradition des Alkoholmonopols weniger charakteristisch für die Volksrepublik.

Benzin gewann zwar erst mit zunehmender Motorisierung an Gewicht, konnte aber im Gegensatz zu den vorgenannten Produkten weder privat importiert noch selbst erzeugt werden und war deshalb einzig von staatlichen Zuteilungen abzuzweigen.

Wesentlich vielschichtiger gestaltete sich der Umgang mit Gold und Devisen. Sie erfüllten – im Gegensatz zur Landeswährung – die Funktionen des Wertaufbewahrungs- und universell akzeptierten Zahlungsmittels, sodass man in der Volksrepublik über weite Strecken von einer Doppelwährung sprechen konnte. Die

staatlichen Maßnahmen variierten in diesem Bereich vom Verbot des Besitzes bis zur Abschöpfung durch hoch verzinste Devisenkonten und Läden des „inneren Exports“ (Pewex).

Das Kapitel über Handelstourismus schließlich beleuchtet ein Tätigkeitsfeld, das – abgesehen von der Einschleusung von Westwaren – die Unfähigkeit des RGW zur Organisation der „sozialistischen Arbeitsteilung“ belegte, indem es sie durch teils recht komplexe Transaktionen erst – ansatzweise – ermöglichte.

Insgesamt besticht das Buch durch seine Fülle relevanter Details, ohne dabei ins Anekdotische abzugleiten. Zu bemängeln sind allenfalls gewisse sprachliche Unsicherheiten in der Übersetzung: So wird häufig von der „Macht“ oder den „Mächten“ gesprochen, wo Behörden oder Regierung gemeint sind. „Hochstapler“ steht verschiedentlich für Spekulant, „Gemeingut“ für Gemeinwohl usw.

Zu empfehlen ist es jedenfalls allen, die sich für die Sozialgeschichte der Volksrepublik interessieren, aber besonders auch denen, die zur „Zähmung“ der Märkte auf zunehmende Regulierung bis hin zur staatlichen Übernahme wichtiger Segmente vertrauen. Sie sollten die hier meisterhaft dokumentierten Manifestationen der im Konzept des *homo oeconomicus* stilisierten Komponenten menschlichen Verhaltens ernst nehmen. Der „real existierende“ Mensch ist eben viel häufiger als der „wahre“ Mensch der sozialistischen (und manch anderer) Ideologie.

*Karl von Delbaes, Marburg/Lahn*

AGNES ARNDT: Rote Bürger. Eine Milieu- und Beziehungsgeschichte linker Dissidenz in Polen (1956–1976). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2013. 288 S. = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 209. ISBN: 978-3-525-37032-2.

Rote Bürger – dieser Ausdruck mag im westlichen Politikverständnis eher als Oxymoron denn als übliches soziales Phänomen verstanden werden. Vom liberalen Bürgertum grenzen

sich Personen mit sozialistischer und kommunistischer Weltanschauung in der Regel ab. Dass aber auch (bildungs-)bürgerlicher Habitus und sozialistische bzw. kommunistische Haltung unter bestimmten sozio-historischen Bedingungen zusammenfallen können, bezeugt das Beispiel polnischer Oppositioneller. Diesem Phänomen widmet Agnes Arndt ihre Monographie, die auf ihrer an der Freien Universität Berlin eingereichten Dissertation beruht. Sie zeigt in ihrer dichten und stringent

argumentierenden Studie, dass es ein als bildungsbürgerlich bezeichnetes Milieu (Lepsius) war, aus dem sich die Protagonistinnen und Protagonisten der linken Kritik in der Volksrepublik Polen rekrutierten. Aus anfänglicher parteiinterner Kritik an der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) erwuchs prozesshaft zunächst linke Dissidenz und letztlich die demokratische Opposition. Der zeitliche Schwerpunkt der Monographie liegt auf den Jahren 1956–1976, die Verfasserin gibt aber auch einen Ausblick auf die Zeit nach 1989. Die erkenntnisleitende Frage lautet, „wie und warum es zur Entwicklung eines im politischen Spektrum als ‚links‘ einzustufenden Flügels der demokratischen Opposition in Polen kam“ (S. 11). Arndt zeigt das Potential, das in der Auseinandersetzung mit dem schwierigen Begriff der politischen „Linken“ stecken kann, wenn analytische Definition und die zeitgenössische Verwendung in ihrem Wandel differenziert betrachtet werden. Neben der Konzentration auf das Milieu der „Roten Bürger“ rückt die Verfasserin aber auch die Beziehungsgeschichte (Kaelble) im Rahmen nationaler und transnationaler Verknüpfungen mit anderen Oppositionsgruppen und Emigrationskreisen in den Fokus.

Zunächst stehen die Personen und Organisationsformen linker Dissidenz im Vordergrund. Zum einen setzt sich die Verfasserin mit der sozialen Herkunft der Protagonistinnen und Protagonisten sowie ihrer Sozialisierung als Bildungsbürger, mit der Bedeutung der jüdischen Herkunft bzw. der Assimilation sowie mit dem spezifischen Habitus auseinander. Dabei zeigt sich, dass bereits in den Herkunftsfamilien die Zugehörigkeit zu rotem Milieu angelegt und entsprechendes soziales und kulturelles Kapital im Sinne Bourdieus vorhanden waren. Zum anderen werden aber auch die spezifischen Orte des Austauschs der Netzwerke wie der *Klub Krzywego Kola*, *Polityczny Klub Dyskusyjny* und der *Klub Poszukiwaczy Sprzeczności*, deren Diskussionsthemen und personellen Entwicklungen vorgestellt. In den späten fünfziger Jahren bis Anfang der sechziger Jahre konnte in diesen Zusammenhängen innerhalb der kommunistischen Strukturen relativ frei

über Gesellschaft, Philosophie und Politik debattiert werden, ehe die Klubs von staatlicher Seite geschlossen und einige Mitglieder Repressionen ausgesetzt wurden.

In diesem ersten Kapitel wird auch ein eigener Unterpunkt dem Gender-Aspekt gewidmet. Arndt verdeutlicht, dass auch im oppositionellen Lebensalltag die genderspezifische Arbeitsteilung – die Männer redeten öffentlich und machten Politik, die Frauen kümmerten sich um Arbeit, Kinder, Haushalt und kochten Tee bei den konspirativen Treffen – reproduziert wurde. Leider taucht dieser Aspekt nicht systematisch in der weiteren Analyse auf. Zwar wird auf der theoretischen Ebene der Gender-Aspekt betont und um seine Bedeutung gewusst, angesichts der Quellenlage und der männlichen Dominanz in der öffentlichen Überlieferung wird die genderspezifische Ungleichheit in der Arbeit jedoch nicht aufgebrochen. Dabei böten im Falle der vorliegenden Studie das Beispiel der Mitbegründerin des *Klub Krzywego Kola*, Ewa Garsztecka, und ihr späteres Ausscheiden einen spannenden Ansatzpunkt, die einleitend diskutierte Gender-Problematik analytisch aufzugreifen (S. 74).

Im zweiten Teil der Arbeit steht stärker der Wandel politischer Inhalte und Deutungen im Fokus der Analyse. In eindrucklicher Tiefe und überzeugender Breite zeichnet Arndt den Weg vom parteiinternen Revisionismus über die Selbstdefinition als „laikale Linke“ hin zur pluralen Zivilgesellschaft nach. Besonders das Jahr 1968 markiert in ihrer Analyse den Wendepunkt von systemimmanentem Dissens zur systembekämpfenden Opposition. Daran schlossen sich auch die Annäherung an andere gesellschaftliche Gruppen sowie eine Integration linker und christlicher Deutungsmuster an.

Das dritte Hauptkapitel widmet sich dann vor allem den „transnationalen“ Verflechtungen. Zentrale Analysegegenstände sind die Publikationen, persönlichen Netzwerke und der Austausch, die im Umfeld der Pariser Redaktion der *Kultura*, sowie der in Schweden, später London, erscheinenden Zeitschrift *Aneks* entstanden. Hier macht Arndt vor allem die Verbindungen und inhaltlichen Übereinstimmungen zu den roten Bürgern aus, während der Ro-



*botnik* der PPS im Londoner Exil andere Akzente setzte. Sie kommt in Bezug auf die transnationale Bedeutung oppositioneller Aktivitäten aber zum Ergebnis, dass zwar aus praktischen Erwägungen die Exilzeitschriften zur Publikation genutzt wurden oder Emigrantinnen und Emigranten sich in der Pariser *Kultura*-Redaktion einer Zuflucht sicher sein konnten, in den 1970er Jahren jedoch vor allem eine Renationalisierung und ein verstärkter Bezug auf Polen in der linken Dissidenz zu finden gewesen seien.

Das von Arndt untersuchte Milieu ist sehr stark auf Warschau konzentriert, was die Verfasserin mit pragmatischen und empirischen Erwägungen begründet (S. 14). Jedoch hätte im Sinne einer Beziehungsgeschichte auch ein Blick über die polnische Hauptstadt hinaus in andere Städte und Regionen zu einer komparativen Sicht beitragen können. So zeigt beispielsweise die ebenfalls 2013 erschienene biographie- und netzwerkanalytische Studie von Piotr Filipkowski und Joanna Wawrzyniak zu einer Gruppe von Oppositionellen in Posen, dass diese der Ansicht waren, in Warschau werde sinngemäß nur „theoretisches Zeug geplappert, während man in Poznań wirklich oppositionell aktiv sei“ (vgl. PIOTR FILIPKOWSKI / JOANNA WAWRZYNAK: Polnische Oppositionelle. Biografisches Studium anhand eines Fallbeispiels in Polen, in: *Opposition als Lebensform. Dissidenz in der DDR, der ČSSR und in Polen*. Hrsg. von Alexander von

Plato und Tomáš Vilímek. Berlin, Münster 2013, S. 489–540, hier S. 526).

Das Verdienst der Arbeit Arndts liegt in einer bestechenden Verknüpfung milieu-, ideen-, sozial- und beziehungs geschichtlicher Faktoren unter Einbezug unterschiedlichster Quellenmaterialien und Forschungsergebnisse. Die Verfasserin zeigt, welche Potentiale in der Auseinandersetzung mit der Geschichte ostmitteleuropäischer Opposition stecken, besonders wenn sie auch über nationale Historiographie hinausreicht. Gerade in der Rezeption und Weiterentwicklung der Ergebnisse polnischer Historiker wie des von Arndt oft zitierten Andrzej Friszke ermöglicht die Monographie auch nicht-polnischsprachigen Leserinnen und Lesern, die Entwicklungen des Diskurses nachzuvollziehen. Mit Versuchen wie der Parallelsetzung der Debatten um den Verfassungspatriotismus (Sternberger/Habermas) und der Entwicklung des Konzepts der Zivilgesellschaft in der polnischen Opposition bietet die Arbeit auch einen Anstoß zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Demokratieverständnissen zwischen deutscher und polnischer Öffentlichkeit und damit einen Beitrag zu dem transnationalen Austausch, den – wie Arndt zeigte – die polnischen linken Dissidentinnen und Dissidenten mit der westeuropäischen Linken in der Vergangenheit nicht erlangt hatten.

*Ina Alber, Göttingen*

MAREN RÖGER: *Kriegsbeziehungen. Intimität, Gewalt und Prostitution im besetzten Polen 1939 bis 1945*. Frankfurt a.M.: Fischer, 2015. 304 S., 14 Abb., 2 Ktn. ISBN: 978-3-10-002260-8.

Das deutsch-polnische Verhältnis wurde durch die Kriegsgeschehnisse und Verbrechen des Zweiten Weltkriegs stark erschüttert und legte für Jahrzehnte einen dunklen Schatten über die benachbarten Nationen. Die nationalsozialistische Terror-Okkupation dauerte in Polen am längsten. Sie beinhaltete unter anderem Massenerschießungen auf den Straßen, Verfolgung

von intellektuellen Eliten, Vernichtung von Juden, Polen, Roma und Sinti in den zahlreichen Konzentrationslagern, wirtschaftliche Ausbeutung, Diskriminierung und Rassismus. Verschiedene Formen von Gewalt des NS-Regimes und die damit verbundene Okkupationspolitik wurden bisher durch Wissenschaftler und verschiedene Autoren untersucht. Die sexuellen Beziehungen zwischen den Besatzern und der Bevölkerung in Polen blieben bisher jedoch unerforscht, bzw. das Thema wurde in den wissenschaftlichen Diskurs nicht aufgenommen, da es als Tabu galt. Niemand bezweifelte zwar, dass es im Krieg und während der

Besatzung zu solchen Kontakten gekommen ist, jedoch hielt man in manchen Kreisen eine solche Thematik für zu brisant.

Maren Röger behandelt als erste diese Thematik im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie. Sie nimmt sowohl erzwungene als auch freiwillige intime Kontakte mit den Besatzern ins Visier und stützt sich dabei auf Akten aus mehreren Archiven, deutsch-polnische Fachliteratur sowie gedruckte Quellen und Zeitzeugeninterviews. Die Autorin versucht ohne Schwarzweiß-Schemata zu operieren und stellt verschiedene Formen der sexuellen Beziehungen dar, die von der Vergewaltigung und sexuellen Nötigung über normale Beziehungen, die z.T. sogar durch Heirat legalisiert wurden, bis hin zum Tausch von Sex gegen Geschenke und Gefälligkeiten sowie zur Zwangs- und Überlebensprostitution reichen. Das Buch ist dementsprechend in drei Kapitel gegliedert: *Kommerzielle Kontakte: Prostitution im besetzten Polen*, *Konsensuale Kontakte: Deutsch-polnische Besatzungsbeziehungen* und schließlich *Erzwungene Kontakte: Sexuelle Gewalt und die Konsequenzen*.

Die Untersuchung von Prostitution im besetzten Polen zwischen 1939 und 1945 beinhaltet solche Aspekte wie das Netz „staatlicher Bordelle“ und die damit verbundene Zwangsprostitution sowie die sexuellen Dienstleistungen, die außerhalb der Kontrolle und Organisation der NS-Behörden standen. Gemeint sind hier neben privaten Bordellen auch Erscheinungen wie die Überlebensprostitution. Letztere hatte ihre Ursache in der Regel in materiellen Gründen, da die allgemeine Lage im besetzten Polen, vor allem im Generalgouvernement, sehr schwierig war, insbesondere wenn man sich die Lebensmittelversorgung und die wertlosen Löhne vor Augen führt. Für viele Frauen waren dies die Gründe, um zur Sexarbeit als einem Mittel zum Überleben zu greifen, vor allem wenn sie eine Familie zu ernähren hatten. Zur Zwangsprostitution gezwungen wurden Frauen, die durch die deutschen Behörden bei den verbotenen intimen Kontakten mit Deutschen ertappt wurden. Eine solche Strafe gab es in besetzten Westeuropa nicht. Im Warthegau drohte den Frauen, die das Umgangsverbot brachen, neben der

Zwangsprostitution auch die Einweisung in ein Konzentrationslager. Der polnische Untergrund bestrafte Frauen, die sich mit den deutschen Besatzern auf solche Weise verbrüdereten, mit dem Abrasieren des Kopfhaaars. Die betroffenen Frauen riskierten also nicht selten sowohl die Bestrafung durch die Besatzer als auch durch die eigenen Landsleute.

Die Prämissen für die sog. „Ostehen“ waren unterschiedlich. Die rechtlich und ökonomisch privilegierten „Herrenmenschen“ konnten den „slawischen Untermenschen“ Schutz, materielle Vorteile oder auch manchmal Liebe bieten. Den deutschen Besatzern, die in intime Beziehungen mit Polinnen traten, ging es aber nicht in jedem Fall nur um Sex, sondern auch um eine Beziehung oder wenigstens menschliche Wärme mitten im Krieg. Die pauschalen Muster werden dabei durchbrochen, und Maren Röger zeigt hier die oft komplexe Lage der involvierten Personen, die häufig durch ambivalente Haltungen gekennzeichnet waren.

Eine klare Beurteilung von sexuellen Beziehungen ist somit oft unmöglich, da dahinter verschiedene Gründe stehen konnten. In sexuelle Affären mit der einheimischen Bevölkerung waren insbesondere Polizisten, Verwaltungsangestellte und SS-Männer involviert. Wehrmachtsoldaten waren weniger vertreten, da sie als Soldaten in der Regel häufig versetzt wurden. Für Vergewaltigung und Missbrauch an Frauen kann man zwar alle Gruppen verantwortlich machen, jedoch scheinen die Einsatzgruppen diejenigen gewesen zu sein, die am meisten zu diesen brutalen Formen griffen.

Maren Röger gelingt es, die zwei größten Phasen der sexuellen Gewalt aufzuzeigen. Die erste fand zu Beginn des Krieges und der Okkupation in Polen im Jahre 1939 statt, die zweite hing unmittelbar mit dem am 1. August 1944 ausgebrochenen Warschauer Aufstand und der damit verbundenen großen Welle an Verbrechen gegenüber der einheimischen Bevölkerung Warschaus zusammen. Vor allem bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands kam es zu brutalsten Verbrechen, die auf das Konto der deutschen Truppen und ausländischer „Hilfswilliger“ gingen. Tausende von Mädchen und Frauen wurden damals in

Warschau vergewaltigt, gefoltert und anschließend getötet. Maren Rögers Buch beschreibt eine Alltagsgeschichte der deutschen Besatzung in Polen, die zugleich auch ein Aspekt der Geschlechter- und Sexualgeschichte ist. Die Autorin stellt drei Thesen auf. Sie betrachtet Sexualpolitik als zentralen Bestandteil der Rassen- und Volkstumspolitik in den besetzten polnischen Gebieten. Außerdem sieht sie die Macht der NS-Besatzungsorgane in Polen als enorm an, da sie kommerzielle, konsensuale und erzwungene sexuelle Kontakte steuern und dadurch die sexuelle Integrität der betroffenen Frauen respektieren oder missbrauchen konnten. Schließlich war Sexualität wichtig und ein Bestandteil der ständigen Verhandlungen zwischen verschiedenen institutionalisierten Instanzen im okkupierten Polen und somit der Gesellschaft. Das NS-Regime nutzte sie, um

die eigene Macht durch Zugeständnisse in diesem Bereich zu sichern. Vor allem die ersten zwei Thesen sind plausibel und gut belegt. Die Rolle, welche die Sexualität im besetzten Polen hatte, scheint jedoch etwas übertrieben zu sein, zumal die Autorin immer wieder auf mangelnde Quellen, vor allem im statistischen Bereich, verweist.

Das Buch von Maren Röger ist eine wissenschaftliche, quellenbasierte Studie, die jeder Leser kennen sollte, wenn er sich insbesondere für Geschlechterrollen, Sexualität und Gewalt interessiert. Es ist auch ein Teil der deutschen Besatzungsgeschichte in Polen in den Jahren 1939–1945 mit dem Schwerpunkt auf Alltagsgeschichte. Zu diesem Thema ist es die erste wissenschaftliche und vom Niveau her eine anspruchsvolle Analyse.

*Robert Kędzierski, Regensburg*